

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnet-
 ten ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Amt f. Nr. 1508.
 Zeitungsamt - Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 16. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Professorale Schnellmauser.

Vor etwa vier Jahren veröffentlichte einer unserer heutigen Plottenprofessoren, der Erfinder des Schlagwortes von den „Kutterplägen“, — veröffentlichte Werner Sombart ein entschieden wohlwollendes Büchlein über „Socialismus und sociale Bewegung“. Die Schrift hat eine weite Verbreitung gefunden, so daß foeben die dritte Auflage erscheinen konnte, deren Vergleichung mit der ersten ein sehr interessantes Ergebnis hat.

Im siebenten Kapitel seiner Broschüre sprach Sombart über Strömungen der Gegenwart, und bei dieser Gelegenheit suchte er der Socialdemokratie die Notwendigkeit einer nationalpolitischen Politik klarzumachen. Er betonte, daß die energische Vertretung nationaler Interessen niemals ganz entbehrlich sein werde, und er legte in dem folgenden Exkurs über weltpolitische Tendenzen dar, wie er den Begriff des Nationalismus denkt. Er schrieb (erste Auflage, Seite 117 f.):

Selbst dann, wenn in Westeuropa etwa sich die nationalen Gegensätze so weit gehoben denken ließen, daß nur die socialen das Feld beherrschten, glaube ich, daß man doch niemals annehmen, daß diese westeuropäische Kultur unbehelligt ihren Gang weiter nehmen wird, ohne daß andre Elemente sich einmischen werden. Wir dürfen nie vergessen, daß — auch ein Ergebnis der modernen Verkehrs- und Handelsentwicklung! — gegen die westeuropäische Kultur nicht allein die russische Kultur oder Inkultur heranstürmt, sondern auch die ostasiatische mehr und mehr nachdrängen wird. Die Entwicklung, die wir in dem Verlauf weniger Jahrzehnte in Ostasien erlebt haben, dieses rapide Emporwachsen Japans und jetzt der Versuch Chinas, ebenfalls Kulturvolk zu werden, um von den Früchten des Weltverkehrs mit zu naschen und sich zu expandieren aus seinen engen Kreisen heraus, diese Entwicklung wird unzweifelhaft einen Verlauf nehmen, der notwendig von neuem zu nationalen Gegensätzen führen muß. Es wird meiner Ueberzeugung nach der Augenblick kommen, wo die gesamte europäische Gesellschaft sich sagt: Jetzt sind alle unsere Gegensätze belanglos gegenüber dem, was uns von Feinde droht. Symptom hierfür ist z. B. die Stellung Americas gegenüber der asiatischen Entwicklung. Das ist ein Fall, wo schon jetzt ganz einfach der „Internationalismus“ des Proletariats in die Brüche geht; und er würde auch im westeuropäischen Proletariat in dem Augenblick sein Ende erreichen, wo etwa Stills anfangen, wie die Matten über uns herzustürmen. Jene angeläutete Sympathie mit den ausgefallenen Völkern würde sich als zu schwach erweisen, um die gesunde nationale Selbstsucht zurückzuhalten. Sobald ein gemeinamer Feind die Existenz einer Gemeinschaft überhaupt bedroht, wird diese sich immer wieder ihrer Gemeinschaftsinteressen bewußt werden und sie verteidigen; und unterdessen werden die Gegensätze im eignen Innern in die zweite Reihe rücken.“

Diese Ausführungen waren für Sombarts Anschauungen von ganz fundamentaler Wichtigkeit. Sie zeigten einmal seine westeuropäischen Neigungen gegen den Osten (Rußland und Asien), die sich ungefähr in der Gedankenrichtung bewegten, wie sie sich ein Jahr vor dem Erscheinen des Buchs, 1895, in der kaiserlichen Unterschrift unter das die „gelbe Gefahr“ illustrierende Anafus-Bild äußerte: „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!“

Sodann aber geht aus den Darlegungen hervor, was Sombart unter seinem Nationalismus verstand. Nicht die Einheit einer Rasse, eines Stammes, einer Sprache, nicht einmal nur eine staatsrechtliche Einheit — solche staatsrechtlichen Einheiten, nicht Naturgebilde, sind unsere heutigen „Nationen“ — kam für ihn in Betracht, sondern die Kulturgemeinschaft, der Verband kulturell gleichstehender Staaten. „Westeuropa“ war für ihn eine Nation, und der Herr Professor war überzeugt, daß es zu dieser „Nation“ kommen würde. Kurz, Sombart äußerte Anschauungen über den Nationalismus und die Entwicklung Europas, die zum mindesten den socialdemokratischen Meinungen recht nahe kamen.

Das war der westeuropäische, rassenfeindliche Werner Sombart — der ersten Auflage.

Zwischen sind vier Jahre ins Land gegangen, ein gewaltiger Zeitraum für einen deutschen Professor, der sich der „Objektivität“ befleißigt, der „wohlwollend“ ist und ein realistischer Effektivist, will sagen, ein systemloser Sammel- und Plätschlehrer ist. Er gab seine Schrift in einer dritten Auflage heraus, deren Vorrede Weihnachten 1899 datiert ist. Und in dieser Auflage hat Werner Sombart den ganzen Abschnitt mit Ausnahme des letzten Satzes radikal — ausgestrichen, und in diesem letzten Satz („Sobald — zweite Reihe rücken“) hat er noch eine sehr charakteristische Aenderung vorgenommen, indem er den „gemeinsamen“ Feind in einen „äußeren“ Feind verwandelte.

Dagegen hat Herr Professor Sombart an Stelle des getilgten Abschnitts ein paar — ebenfalls höchst bezeichnende Worte — hinzugesetzt. Der Abschnitt, der den citierten Bemerkungen vorausging, schloß in der ersten Auflage: „Daß aber, soweit wir überhaupt zu bilden vermögen, die energische Vertretung nationaler Interessen niemals ganz entbehrlich werden wird, das freilich muß auch dem Kurzsichtigen klar sein.“ In der dritten Auflage aber fügt er hinzu, „auch dem Kurzsichtigen klar und gerade wieder in unserer Zeit klarer denn je geworden sein.“

In der That, der Herr Professor ist sich seit 1895 „klarer“ geworden, unheimlich klar. Er bekennet sich heute zu der entgegengesetzten Anschauung wie in der ersten Auflage. Damals huldigte er dem Begriff des Nationalismus im Sinne einer Kulturgemeinschaft, die sich gegen „gemein-

samen“ Feinde verteidigt, heute, nach Streichung des wichtigsten Absatzes, denkt der „klare“ Professor die Nation wie irgend ein deutscher Student in der borniertesten Willkür; heute ist „das Deutsche Reich“ ihm die Nation, die sich gegen den „äußeren“ Feind schütten muß. Nicht der Rationalismus einer Kulturgemeinschaft, sondern der Chauvinismus eines ziemlich willkürlich zusammengefügten staatsrechtlichen Gefüges beherrscht den „klaren“ Gelehrten. Nichts mehr von Westeuropa und russische Inkultur, in vieldeutiger Unbestimmtheit erscheint der vulgäre äußere Feind.

Allerdings verraten noch zwei aus Versehen nicht gestrichenen Sätze im folgenden den alten Zusammenhang: „Zur Erörterung wird nur immer der Kreis von verwandten Kulturstaaten sehen, auf die man die antinationale Bestimmung nicht ausgedehnt sehen möchte. Wo sich solche nationale Gruppen bilden werden, das ist eine Frage, die zu entscheiden uns hier nicht obliegt.“ Aber diese Sätze sind ohne den vorhergehenden Abschnitt, wo der klare, aber noch nicht klare Professor der ersten Auflage seine „Ueberzeugung“ von der westeuropäischen Gemeinschaftsdefinition ausspricht, völlig unverständlich, sie sind verlorene, zusammenhanglose Erinnerungen an die vier Jahre ältere Weisheit.

Was in aller Welt ist geschehen, was Sombarts Ueberzeugungen so von Grund aus änderte und „klärte“? O nur eine Kleinigkeit: Der Marineplan Wilhelms II., dem Professor Werner Sombart seinen klaren Kopf mit Eifer zu widmen die große, opferwillige Gabe hat. Jener gestrichene Abschnitt paßte freilich nicht mehr in die jetzige Zeit, wo die Plottenagitatoren den Krieg aller gegen alle Staaten predigen, wo sie gegen das westeuropäische England hehen, während sie das innigste Bündnis mit der russischen Inkultur segnen, — diese nationalen Professoren, die wider alle Welt bramarbasieren, es aber nicht wagen, im nationalen Stammesinteresse das Rückschließende zu fordern, etwa die Annexion der unter dem zaristischen Joch schmachtenden deutschen Ostprovinzen. Die einstige „Ueberzeugung“ von dem westeuropäischen Rationalismus gegen den Osten ist ein trauriges Opfer der professoralen Marinebegeisterung von 1899/1900 geworden.

Als Herr Werner Sombart sein Buch das erste Mal in die Welt sandte, war er kein Jüngling mehr, der in stürmender Einarung seine Ueberzeugungen wechselt und abhütet; mit 33 Jahren sollte ein akademischer Lehrer doch schon eine gewisse Reife und Stetigkeit haben. Wenn er trotzdem in ein paar Jahren seine Meinungen so grundtätig unter den Einbrüden einer kaiserlichen Flottenvorlage oder aus anderen Motive wandelt, so kann man ihm vielleicht den Lobspruch eines feinsinnigenden Stimmungsmenschen gewähren aber nicht den einer wissenschaftlichen Autorität. Wer weiß, wie Herr Professor Sombart noch abermals vier Jahren, wenn er sich noch klarer geworden sein wird, über Flotte, nationale und sociale Entwicklungen denken wird.

Als Herr Werner Sombart sein Buch das erste Mal in die Welt sandte, war er kein Jüngling mehr, der in stürmender Einarung seine Ueberzeugungen wechselt und abhütet; mit 33 Jahren sollte ein akademischer Lehrer doch schon eine gewisse Reife und Stetigkeit haben. Wenn er trotzdem in ein paar Jahren seine Meinungen so grundtätig unter den Einbrüden einer kaiserlichen Flottenvorlage oder aus anderen Motive wandelt, so kann man ihm vielleicht den Lobspruch eines feinsinnigenden Stimmungsmenschen gewähren aber nicht den einer wissenschaftlichen Autorität. Wer weiß, wie Herr Professor Sombart noch abermals vier Jahren, wenn er sich noch klarer geworden sein wird, über Flotte, nationale und sociale Entwicklungen denken wird.

Als Herr Werner Sombart sein Buch das erste Mal in die Welt sandte, war er kein Jüngling mehr, der in stürmender Einarung seine Ueberzeugungen wechselt und abhütet; mit 33 Jahren sollte ein akademischer Lehrer doch schon eine gewisse Reife und Stetigkeit haben. Wenn er trotzdem in ein paar Jahren seine Meinungen so grundtätig unter den Einbrüden einer kaiserlichen Flottenvorlage oder aus anderen Motive wandelt, so kann man ihm vielleicht den Lobspruch eines feinsinnigenden Stimmungsmenschen gewähren aber nicht den einer wissenschaftlichen Autorität. Wer weiß, wie Herr Professor Sombart noch abermals vier Jahren, wenn er sich noch klarer geworden sein wird, über Flotte, nationale und sociale Entwicklungen denken wird.

Als Herr Werner Sombart sein Buch das erste Mal in die Welt sandte, war er kein Jüngling mehr, der in stürmender Einarung seine Ueberzeugungen wechselt und abhütet; mit 33 Jahren sollte ein akademischer Lehrer doch schon eine gewisse Reife und Stetigkeit haben. Wenn er trotzdem in ein paar Jahren seine Meinungen so grundtätig unter den Einbrüden einer kaiserlichen Flottenvorlage oder aus anderen Motive wandelt, so kann man ihm vielleicht den Lobspruch eines feinsinnigenden Stimmungsmenschen gewähren aber nicht den einer wissenschaftlichen Autorität. Wer weiß, wie Herr Professor Sombart noch abermals vier Jahren, wenn er sich noch klarer geworden sein wird, über Flotte, nationale und sociale Entwicklungen denken wird.

Als Herr Werner Sombart sein Buch das erste Mal in die Welt sandte, war er kein Jüngling mehr, der in stürmender Einarung seine Ueberzeugungen wechselt und abhütet; mit 33 Jahren sollte ein akademischer Lehrer doch schon eine gewisse Reife und Stetigkeit haben. Wenn er trotzdem in ein paar Jahren seine Meinungen so grundtätig unter den Einbrüden einer kaiserlichen Flottenvorlage oder aus anderen Motive wandelt, so kann man ihm vielleicht den Lobspruch eines feinsinnigenden Stimmungsmenschen gewähren aber nicht den einer wissenschaftlichen Autorität. Wer weiß, wie Herr Professor Sombart noch abermals vier Jahren, wenn er sich noch klarer geworden sein wird, über Flotte, nationale und sociale Entwicklungen denken wird.

Als Herr Werner Sombart sein Buch das erste Mal in die Welt sandte, war er kein Jüngling mehr, der in stürmender Einarung seine Ueberzeugungen wechselt und abhütet; mit 33 Jahren sollte ein akademischer Lehrer doch schon eine gewisse Reife und Stetigkeit haben. Wenn er trotzdem in ein paar Jahren seine Meinungen so grundtätig unter den Einbrüden einer kaiserlichen Flottenvorlage oder aus anderen Motive wandelt, so kann man ihm vielleicht den Lobspruch eines feinsinnigenden Stimmungsmenschen gewähren aber nicht den einer wissenschaftlichen Autorität. Wer weiß, wie Herr Professor Sombart noch abermals vier Jahren, wenn er sich noch klarer geworden sein wird, über Flotte, nationale und sociale Entwicklungen denken wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Februar.

Der Reichstag

beschäftigte sich in seiner Donnerstags-Sitzung mit der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen. Die Abgeordneten Gauß und Riff brachten eine Reihe Verkehrsbeschwerden der elbischen Bevölkerung vor, die der Chef der Reichs-Eisenbahnen, der preussische Minister v. Tzielen, natürlich als unberechtigt zurückzuweisen sich verpflichtet hielt. Die Debatte wuchs sich bald in eine allgemeine Erörterung über die bevorstehende Eisenbahn-

tarif-Reform aus, die der Abg. Schrader heute schon als Verkehrsbehinderung fürchtet. Denn so wie sie der Minister ankündigte, mit dem einzigen Zweck einer Vereinfachung und Vereinheitlichung, wird sie sicherlich zu einer Vertueuerung des Personenverkehrs führen. Die Retourbillets, die billigen Rundreise-Geste, die Saisonkarten zc. sollen wegfallen, eine Aussicht, die indes für den Abg. Camp äußerst erfreulich schien. Während in der vorhergehenden Sitzung die rechte Seite des Hauses für das Verkehrsbedürfnis Ostafrikas nicht genug Millionen zu opfern bereit war, hatte sie jetzt für den inneren Verkehr in der Heimat nur so viel übrig, um den Transport von Ochsen und Schweinen, nicht aber den der großen Masse des Volks billig zu wollen. Nebenbei bedauerte der Abg. Müller-Sagan, der sich lebhaft an der Debatte beteiligte, die strenge Censur der Bahnhofsbuchhandlungen: nicht einmal das Hauptorgan der Socialdemokratie, der „Vorwärts“, sei zu haben — eine Schädigung, nicht etwa der Socialdemokraten, sondern der Gegner derselben, wenn es bei ihrer Bekämpfung auf Reisen nicht möglich sei, das neuste aus dem Lager der Socialdemokraten zu erfahren. Nach einer längeren Erörterung der Besoldungsverhältnisse der mittleren Eisenbahnbeamten wurde die weitere Verhandlung vertagt. Außerdem sollen am Freitag zahlreiche Petitionen zur Erledigung gebracht werden. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Bevor dem Minister sein Gehalt bewilligt wurde, kam es auch zu einer langen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Nidert (fr. Vg.), Dr. Barth (fr. Vg.), Kopp (fr. Vp.) auf der einen, Prämer (L.), Freiherrn v. Jedlig (L.), Arendt (fr.) und Frhr. v. Wangenheim (L.) auf der andern Seite über den Bund der Landwirte, den Bauernverein Nord-Ost, die Goldwährung, die Kanalvorlage, die Handelsverträge, Manchesterium, Freihandel und andre Fragen, mit denen das Gehalt des Ministers absolut nichts zu thun hat. Im Vordergrund der Debatte aber stand wieder die Frage des Kampfes gegen die Socialdemokratie. Während Abgeordneter Dr. Barth die Forderung aufstellte, daß die Regierung die Pflicht habe, die Staatsbürger nicht nach ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, sondern nach Recht und Gerechtigkeit zu behandeln, proklamierte der Mitarbeiter der „Post“, Frhr. v. Jedlig, den Grundsatz, die Aufhebung des Socialistengesetzes bedinge nicht, daß die Verwaltungsbeamten die Socialdemokratie wie jede andre Partei zu behandeln hätten; sie müßten sie vielmehr nach wie vor bekämpfen und sie für niederen Rechts erklären. Auch die Regierung dürfe die Hände nicht ruhig in den Schoß legen, sondern das Bürgertum zum Kampfe gegen die Socialdemokratie aufrufen.

In diese erste Debatte einige Ergüsse lebhafter Heiterkeit, wenn auch nicht aus freien Stücken, zu bringen, war den Herren v. Wangenheim und Dr. Arendt vorbehalten. Ersterer verglich die Socialdemokraten mit Nordbrennern, während letzterer seine bekannte Silberrede insofern etwas abänderte, als er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Zahl der Bimetallisten sich vermehren werde, sobald die Erkenntnis ins Land gedungen sei, daß die Socialdemokraten Anhänger der Goldwährung seien, weil diese geeignet sei, unsere wirtschaftliche Ordnung zu untergraben. Das ist doch endlich einmal ein durchschlagender Grund für die Einführung der Doppelwährung. Wenn Abg. Dr. Arendt weiter seinem Kollegen Dr. Barth prophezeite, dieser werde bei einer siegreichen socialistischen Revolution hingerichtet werden, so fühlen wir uns Herrn Arendt gegenüber zur Beruhigung seiner Nerven verpflichtet, ihm mitzuteilen, daß er diese Gefahr nicht zu befürchten hat. So unschätzbare und unersehliche Spätmacher uns Leben zu bringen, wäre eine Verfündigung an der Menschheit. Herr Dr. Arendt wird geschont werden und seine Silberwährungsreden werden noch auf lange hinaus die Menschen ergötzen.

Mit dem Verlauf der Generaldebatte können wir unsre Seite nur zufrieden sein. Das überschneidige Auftreten des Ministers v. Rheinbaben, die zweierlei Recht predigenden Reden des Herrn v. Jedlig und Konforten werden hoffentlich auch diejenigen Arbeiter, die uns heute noch gleichgültig gegenüberstehen, die Augen öffnen und die Reihen unsrer Kämpfer vermehren.

Aus der weiteren Debatte ist nur zu erwähnen der mißglückte Versuch des Abg. Dr. Arendt, eine Rede über die Diskontpolitik der Reichsbank zu halten, sowie die Mitteilung des Ministers, daß die Statistik der letzten Landtagswahlen in einigen Tagen fertiggestellt sein wird.

Morgen: Fortsetzung der Staatsberatung und Antrag Langerhans betreffend freiwillige Feuerbestattung. —

Deutsches Reich.

Byzanz.

Immer widerwärtiger wagt sich eine Byzantinerei hervor, die alles übertrifft, was je in älteren und späteren Zeiten an Selbstentwürdigung vor dem als Götzen aufgerichteten Cäsar erlebt ward.

Und dieses alle Laster ist nicht nur deshalb erster Beachtung zu unterziehen, weil es stets weiter um sich greift, sondern auch, weil es in einflussreichen Kreisen freudig genossen wird. Das „Kleine Journal“, das in Hof- und Offizierskreisen seine Leser hat, bringt fast täglich Artikel, in denen der wichtigste Kultus mit der Person des Kaisers getrieben wird. Heute spricht das „A. Z.“ von den „treibenden Kräften der Zeit“; unter diesen Kräften sind die mächtigsten die Persönlichkeiten der gleichzeitigen Initiative und eine solche Persönlichkeit sei vor allem der Kaiser: „Nicht bloß für uns Deutsche allein, auch für die andern tonangebenden Völker ist die unermüdlich regende Initiative, die von unserm Kaiser ausgeht, das erste und wichtigste Moment in der Erwägung der politischen Tagesfragen. Dem auf große Ziele gerichteten Wirken unsres Kaisers entspringt heute die eigentlich treibende Kraft des Deutschthums, die mehr und mehr über den Erdball in großen Dimensionen sich entfaltet. Aus der Kraft aufspeicherung im Zeitalter Wilhelms des Großen entnahm Kaiser Wilhelm der Zweite, folgend den Traditionen der Hohenzollern-Politik, den Antrieb zu einer neuen Ära in der Wachsenentwicklung des Deutschen Reichs. Es ist des Kaisers eigenes und persönliches Werk, den Markstein aufzurichten zu haben zwischen der alten und neuen Zeit. Daß auf den ungeheuren Aufschwung der Epoche der Reichsgründung kein Niedergang erfolgt ist, daß wir in einer Zeit, die nicht von der genialen Kraft eines Bismarck gezeitigt wurde, dennoch von Erfolg zu Erfolg vorangekommen sind, ist der ebenso impulsiven wie besonnenen, immer aber vorwärtsstrebenden Kraft des Kaisers zu verdanken. Wenn der Kaiser vorgelert in seinem Trübspruch auf den Prinzen Heinrich sagte: „Das deutsche Volk ist mit seinen Fürsten und seinem Kaiser darüber wissend, daß es in seiner mächtigen Entwicklung einen neuen Markstein setzen will in der Schaffung einer großen, den Bedürfnissen entsprechenden Flotte“ — so darf hinzugefügt werden, daß diese wahrhaft herzerregende Willensmeinung ein rein persönlicher Erfolg der kaiserlichen Politik ist. Was heute in Millionen Köpfen lebendig ist, das ist das Ergebnis zehnjähriger Bemühungen einer einzigen treibenden Kraft, und das einheitlich folgerichtige in der Politik gerade giebt den Deutschen einen so großen Vorsprung vor andern Völkern. Daher konnten wir so schnell und durchdringend die Ziele einer Weltmacht aufzunehmen.“

Was aber die jüdische „Arcus-Zeitung“ vermag, das kann auch ein katholischer Pfarrer. Auf einer Flottenvereins-Versammlung in Düsseldorf sprach der Divisionspfarrer Dr. Pförtner aus Ströbberg ganz ähnliche Töne des Phantasmagoras an. Er begann seine poetisch-delirierende Flottenpredigt mit dem Motto: „Mein Volk, mein Volk, wo liegt dein Glück? Auf deiner Zukunft Wegen? In Kaisers Hand ein starkes Heer und eine starke Flotte — Beschützt von Gottes Segen!“

„Dann sagte der Diener Gottes: „Während mag es auffallend klingen, daß ich den Willen und die in letzter Zeit oft wiederholten Kundgebungen des Kaisers als Grund anführe für die Notwendigkeit unserer maritimen Verstärkung. Wenn wir aber den Landesfürsten wirklich als „von Gottes Gnaden“ und gegeben ansehen, wenn wir unsern Kaiser als unsern Landesvater betrachten, ihn als solchen in sinnlicher Treue und Verehrung hochhalten und lieben, wenn wir annehmen, daß in dem Verhältnis des Kaisers zu seinem Reich der gleiche harmonische Zug liegt, wie in dem eines Vaters zu seiner Familie, dann sehen wir wahrlich die Verpflichtung nicht als auffallend, sondern als gerechtfertigt, ja heilig an, den Willen des Kaisers zu respektieren. Aus der von Gott gewollten Familie ist die Fürstkrone erwachsen, und diese erhält ihren schönsten Glanz, ihre höchste Würde aus dem Familienleben.“

Die katholische „Köln. Volksztg.“ ist entsetzt über diese Aeußerungen ihres Konfessionsgenossen, sie sieht in der Rede ein „erstes Symptom für das weitere Vorbringen des absolutistischen Geistes in Deutschland“. Sie protestiert dagegen, den Kaiser als unfehlbar zu erklären, so daß man ihn durch Dieb und Dumm folgen dürfte. Auf diese Art würde man schließlich „den Cäsarismus zur kirchlichen Pflicht“ machen. Das Centrumsblatt schließt seine Betrachtung mit der Bemerkung:

„Gegenüber dem politisch-wirtschaftlichen Radikalismus hat sich in den letzten Jahren der absolutistische-imperialistische Gedanke in Deutschland immer stärker akzentuiert, und Repräsentanten behaupten, daß wir auf gutem Wege zu Napoleonischen Stimmungen seien. Die verfassungstreuen Parteien Deutschlands haben allen Grund, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen; den deutschen Katholiken fällt dabei die besondere Pflicht zu, etwaige weitere Schritte zur geistlichen Drapierung jenes Gedankens im Keime zu ersticken.“

Keine Willensmeinung der Fürsten! Wie jetzt gemeldet wird, hat Neuf ältere Linie im Bundesrat der Flottenvorlage nicht zugestimmt. Hat Graf Pokrowski nicht im Reichstag erklärt, der Bundesrat habe sich einstimmig für die Flottenvorlage ausgesprochen? Nebrigens hat Neuf ä. Z. seiner Zeit auch gegen das Socialisten-gesetz gestimmt.

Wasserfreundlicher ist der Regent von Lippe, der das Protektorat über den lippeischen Landesverein des Flottenvereins übernommen. Auf die Anzeige dieses Ereignisses hat der Kaiser dem Grafen seinen „freudigen und verbindlichen Dank“ ausgesprochen. Ein früheres Telegramm Wilhelms II. an den Kaiserfeldher vom 17. Juni 1898 lautete bekanntlich: „Ihren Brief erhalten, Anordnungen des kommandierenden Generals gehehen mit meinem Einverständnis nach vorheriger Anfrage. Dem Regenten, was dem Regenten zulohnt, weitere nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für alle Mal vorbehalten.“

Der kommandierende General, der die Sache damals so schnell abführte, Herr v. Müsch-Buchberg, ist jetzt in Ungnade gefallen und pensioniert, der Kaiserfeldher aber protegiert Flottenvereine und erhält von Berlin freudige und verbindliche Dankbezeugungen. So ändern sich die Zeiten! —

Im dem tiefgefühlten Herzenswunsch der Flottenschwärmer nach einem flottenfreundlichen „Arbeiter“ nach Kräften zu unterstützen, widmen wir den Flottenprofessoren folgenden Brief, der mit dem Poststempel Berlin NW. 14. Februar versehen, von einer sehr flotten launisch ausgedruckten Hand verfaßt und unserm Genossen Webel zugegangen ist. Die Epistel des flottenbegeisterten „Arbeiters“, aus welchem der rapide Niedergang der socialdemokratischen Partei ersichtlich ist, lautet:

Genosse Webel! Unsere Partei braucht andere Führer; Welche könnt Ihr Euch denken wenn Ihr nicht zu dünn seid. — Genosse Webel, Sie und Lieblecht sind dünn, alt gewordene Esel, zu dem Eingeladener haben wir auch kein Vertrauen mehr; Frohne ist auch dünn, hat sehr dünn gesprochen. Genosse Webel wenn Ihr denkt wir Arbeiter haben an der Flottenvorlage keinen Nutzen so seid Ihr doch auf dem Holzwege. Euer ganze Rede ist geschäftig, wir wollen uns aber nicht mehr aufregen lassen; Euer Thema ist abgedroschen und hat für den vernünftigen denken Socialdemokraten kein Werth mehr sondern ist Quatsch, eitelhaft und langweilig. Wie lassen uns von Euch nicht mehr bedröben, Ihr seid alt und einseitig und Ihr versteht die Welt und die Ereignisse nicht mehr; Habt nur das große Maul, Singer ebenso, aber was uns Arbeitern besser ist, ist Euch egal. Ihr Lumpen habt ja genug. Ihr sät Haas und Zwieback! Hui! — Eine schöne Acquisition für die Flottenagitatoren. —

Sie fürchten sich nicht. In einem Flottenaufruf erklären die Deutschen Studenten: „Ihr Deutsche! Unser Kaiser will ja nur unser wahres Wohl, er will uns ja nur glücklich machen. Hören wir doch auf seine

von wahrer Vater Sorge eingegebenen Worte! Fürchten wir nicht die elumaligen, und groß vorkommenden Ausgaben.“ Daß sich die Jünglinge vor einem Flotten pump, der ihnen selbst keinen Pfennig kostet, nicht fürchten, glauben wir ihnen ohne weiteres. Dieses System poht ganz zu ihrem sonstigen Gepflogenheiten. —

Konservative Flottenclubschaft. Das „Deutsche Adelsblatt“ schreibt: „Die schlagen den Liberalen vor, zur Fernhaltung einer weiteren Belastung von den schwächeren Schultern, für die größere Belastung der muskulösen Schultern der Handelsherren einzutreten. Die reichen Reedereien bezw. die exportierenden oder importierenden Großfirmen wären nach einer von Sachverständigen angestellten Untersuchung in der Lage, sich an einer allgemeinen Flottensteuer spielend mit zwanzig bis dreißig Millionen jährlich zu beteiligen. Eine Steuerberechnung nach Lommenghalt oder nach der Höhe der Seeverkehrsversicherung ergibt die erfreuliche Thatsache, welche der patriotische Sinn der Großhandelsfirmen sich hoffentlich nicht entgehen lassen wird.“ Die liberalen Flottenschwärmer sind über diese Zustimmung natürlich tief entsetzt. —

Eine Lotterie gegen die koloniale Syphilis — dieses wunderbare Heilmittel empfiehlt der Gouverneur v. Bennigsen, um das Aussterben der Bevölkerung der Marschallinseln, der Nachbarinseln der Carolinen, zu verhindern. Die Marschallinseln verdanken wie alle Kolonien die Syphilis der Verührung mit der Kultur. Man müßte, so empfiehlt Herr v. Bennigsen, durch eine Lotterie die Mittel gewinnen, um Kerze zu jenen unglücklichen Opfern der Kulturseuche zu entsenden. Sonst seien die Marschallinsulaner ebenso verloren, wie es auf andern Südsee-Inseln schon der Fall sei.

Auch die Carolinen, jene Einlaß gebührenden „Mädchen“, denen man nach Herrn v. Bennigsen die Thüre des Reichs nicht zuschlagen solle, sind syphilitisch infiziert. So sieht die Kolonialherrlichkeit in Wahrheit aus. Werden unsere Flottenphantasten nun nicht kommen und erklären, gegen die koloniale Syphilis helfe nur ein Mittel: Panzerschiffe? —

Das heutige Flottentelegramm des Kaisers ist an den Vorsitzenden des Hamburgischen Landesauschusses des Deutschen Flottenvereins, Bürgermeister Köhler, adressiert.

Neues vom Saulus. Nachdem ein Redaktions-Schreiber des „Verl. Tagebl.“ in der Wasse eines wilden Socialisten für die Flotte geeifert — allerdings so plumpe, um nicht ausgelacht zu werden — nachdem weiter der eine Midertische Flottenclubdemokrat geblöht und verherrlicht worden, ohne daß unsere Mächtigstellung mit einem Worte erwähnt worden wäre, begiebt sich jetzt der Marine-Saulus des „Verl. Tagebl.“ auf das fruchtbar Gebiet der Fälschungen, um zu beweisen — daß unser Genosse Schippel in Chemnitz sich flottenfreundlich ausgesprochen. Zwar erklärt das „Verl. Tgbl.“, daß Schippel die Berliner Protestresolution verteidigt habe, aber es gestattet sich die infame Verdächtigung, daß Schippel „mehr pflichtgemäß, als seiner eignen Ueberzeugung folgend, sich der ihm gestellten Aufgabe unterzogen.“ Und worum schließt Saulus, daß Schippel per se Weise so von hinten herum die Vorlage habe verteidigen wollen? Aus einem von Schippel angeführten Engels-Citat und einer Darlegung über die Interessiertheit der kapitalistischen Bourgeoisie an der deutschen Einheit und an der deutschen Flotte? Was hat nun Schippel in Wirklichkeit ausgeführt! Er sagte nach dem Bericht unseres Chemnitzer Ozeans:

„Die Flottenvorlage berührt die Arbeiter schon deshalb ganz besonders, weil man hier von Freiwilligkeitsleistungen unter den Arbeitern selber gesprochen hat. In dem sind das leere Einbildungen der Segner. Ueberall hat sich in allen Versammlungen die volle Einmütigkeit unserer Partei gezeigt, und von mir selber brauche ich hier mit lauter Belantheit und Fremden wohl kann erst zu sagen, daß ich dieser Regierung und dieser Flottenvorlage genau so ablehnend gegenüberstehe, wie nur irgend ein Mitglied der Partei und der Fraktion.“

Schippel fährt dann weiter aus — eine Meinung, die übrigens ansehnlich ist —, daß sich im Falle der Ausführung wegen der Flottenfreundlichkeit der Freijüngigen schwierige Verhältnisse ergeben könnten. „Aber“, so erklärte Schippel, „wir haben stets eine Ehre darin gesetzt, unsern Standpunkt rein und unverfälscht aus unter den schwierigsten Verhältnissen ohne Schwanken und ohne Rücksichtnahme aufrecht zu erhalten, und ich zweifle keinen Augenblick, daß das arbeitende Volk die Haltung der socialdemokratischen Reichstagsfraktion überall billigen wird.“

Wozu brauchen wir aber eine Flotte? Zu einer Mittelverteidigung nicht! Durch ihre natürliche Beschaffenheit wehren unsere Küsten und Flußmündungen schon von selbst alle feindlichen Angriffe ab, denn sie sind durchweg so sandig und flach, daß größere Kriegsschiffe überhaupt nicht in ihre Nähe kommen können. Auch vor dem Gespenst der Ausbreitung braucht sich Deutschland nicht zu fürchten, denn unser Flottenystem setzt uns in die beste Verbindung mit Ländern, aus denen wir leicht und bequem Lebensmittel aller Art einführen können. Obwohl die Regierung vor noch gar nicht allzu langer Zeit gesagt hatte, daß man eine Flotte nicht zum Angriff, sondern nur zur Verteidigung benötige, so scheint es sich jetzt doch wesentlich hierin geändert zu haben, denn die neue Verfassung unserer Marine kann einzig und allein nur den Zweck verfolgen, schwächeren Mächten einträgliche Kolonien fortzunehmen, und so für alle Fälle gewappnet zu sein. Um hierin nur aber nicht vom Reichstage abhängig zu sein, will man denselben bis zum Jahre 1916 binden. —

Die arbeitende Bevölkerung hat gar kein Interesse an der Flottenvermehrung, deren Annahme nur eine Wackerhöhung der wirtschaftlichen Gegner der arbeitenden Klasse bedeuten würde. Die Arbeiter protestieren deshalb gegen die Annahme der Flottenvorlage durch den Reichstag und gegen das ganze von Weltnachtsgelehrten geleitete System. Die Arbeiterkraft will den Frieden und nicht den Krieg; sie braucht keine Kolonien, denn sie kennt im eigenen Lande genug Glend, das der Hilfe und der Kultur bedürftiger ist, als die wilden Kolonialländer fremder Erdteile. Aus allen diesen Gründen ist die Arbeiterkraft in keiner Weise mit den Flottenplänen einverstanden.

Das „Verl. Flottenblatt“ beruft sich ausdrücklich auf den Bericht unseres Chemnitzer Parteiozans. Es hat ihn also gelesen. Damit charakterisiert sich die Behauptung des „Verl. Tagebl.“ als Fälschung und Verleumdung. —

Zwei fürstliche Socialpolitiker. Der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Schwager des Kaisers, der längst dadurch von sich reden machte, daß er den Versuch einer Selbstorientierung über socialpolitische Fragen drucken ließ, hat wieder etwas von sich hören lassen. Er hat in der kürzlich hier abgehaltenen Versammlung eines Landschlusses für Wohlfahrtszwecke auf dem Lande eine Rede über die Wohnungsfrage gehalten, die nicht gerade den Eindruck erweckt, als ob der Herr Herzog Ausicht hätte, ein großer Socialpolitiker zu werden. Nach dem Bericht der „Post“ begann er mit der Konstatierung, daß „die ganze Arbeiterfrage zum Teil in der Wohnungsfrage gipfelt“, bezweifelste unmittelbar darauf das Bestehen einer Wohnungsnot auf dem Lande, und fügte ebenso rasch hinzu, daß die „Arbeiternot“ auf dem Lande viel dringender liege wie die Wohnungsnot. Damit hatte er schließlich den richtigen Hinkel gefunden, um noch ein lauges und breites über die „Arbeiternot“, wie man heute die Klagen der Agrarier über den Mangel an Arbeitern zu umschreiben liebt, zu reden. Am Schluß kam ihm der Gedanke, daß die Befranstaltung „angemessener“ Veranstellungen auf dem Lande ebenso wichtig sei, wie der Bau von Wohnungen. Weiter ist seine socialpolitische Erkenntnis noch nicht in die Ursachen der „Landflucht“ eingedrungen. Man kann danach

nicht sagen, daß sich die Rede durch besondere Klarheit der Gedanken und durch besondere Wärme in der Sorge um das Wohl der Arbeiter auszeichnet.

Einen viel sympathischeren Eindruck macht eine zweite socialpolitische Fürsicht, eine Frau, die Großherzogin von Hessen. Die Dame hat vor einigen Tagen eine Anzahl Herren, unter ihnen den Herrn v. Heyl, eingeladen zur Bildung eines Landeskomitees, das einen Verein zur Besserung der Wohnungsverhältnisse Winderbemittelter in Stadt und Land“ gründen soll. Diesen Herren hat sie eine Ansprache gehalten, die mindestens durch ihre schöne klare Form für sich einnimmt. Aber auch durch ihren Inhalt. Nicht etwa, daß wir uns von der Behauptung des Dranges der hohen Dame nach schönen Thaten nennenswerte Wirkungen für die Hebung der Arbeiterklasse versprechen; aber das will die Dame auch gar nicht. Sie redet nicht von der teilweisen Bepflanzung der ganzen Arbeiterfrage und auch nicht von der größeren Wichtigkeit der „Arbeiternot“. Sie erkennt nur an, daß die Wohnungsverhältnisse der Winderbemittelten in Stadt und Land“ der Besserung bedürfen und da will sie ein wenig mithelfen und bekundet diese bescheidene Absicht mit den schönen Worten, die einer gebildeten Frau für solche Wohlthätigkeitszwecke ja wohl leicht zu Gebote stehen. Mehr kann sie nicht thun, aber mehr verspricht sie auch nicht. — Und sie schlägt auch nicht auf einen Esel, wo sie den Esel meint.

Arbeitsdienst im Bergbau. München, 15. Februar. Die Abgeordnetenkammer nahm bei der Beratung der Berg-gesetz-Novelle einen Antrag an, der bestimmt: die Arbeitszeit unter Tage darf acht Stunden für den Tag in der Regel nicht übersteigen. Bei ungünstigen Verhältnissen des Wassers und der Temperatur in den Gruben hat das Oberbergamt eine entsprechende Minderung der regelmäßigen Arbeitszeit festzusetzen. Die Dauer der Schicht kann unter bestimmten Bedingungen zwei Stunden jedoch höchstens 2 mal im Jahre verlängert werden. Die Arbeitszeit wird gerechnet vom Verlassen der Erdoberfläche bis zur Rückkehr an dieselbe.

Offentlich stimmt die bayerische Regierung diesem vernünftigen Beschluß bei. —

Mittelstands-Wünsche. Die Warenhaussteuer, so schreibt der konservativ „Reichsbote“, wird dem Mittelstande zu bitterer Enttäuschung gereichen. Ihm könnte das Gesetz nur nutzen, wenn man die Warenhäuser zum Eingehen zwänge, indem man sie einfach verböte. Das Blatt empfiehlt, die Steuererleichterung zum Vorwande des Verbots zu nehmen. —

Wie man für die Volksbildung sorgt. Nach den statistischen Feststellungen für das Jahr 1898 kamen auf jeden Lehrer an den höheren Schulen im Deutschen Reich 17 Schüler. Das ist ein ganz annehmbares Verhältnis. Auf jeden Volksschullehrer oder Lehrerin aber kamen durchschnittlich 63 Kinder! Ein recht hübsches Beispiel, wie unsere herrschenden Klassen für sich zu sorgen verstehen, und was sie für die Volksbildung übrig haben.

Wiedereinrichtung der Berliner Produktenbörse. Ein Ministerialerlaß ordnet an, daß wochentäglich in Berlin vormittags von 9-11 Uhr im Produktensaale des Börsengebäudes ein Specialmarkt abgehalten wird für den Großhandel in Getreide, Mehl und Mühlenfabrikaten, Samenreien, Del und Oelfaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffel- und Getreidemehl, Futterartikeln, Vutter, Schmalz, Petroleum, Spiritus und Eisen. Der Handel soll indeß nur Montags und Donnerstags stattfinden. Die Feststellung der Preise erfolgt täglich durch eine Markt-kommission von 14 Mitgliedern, die der Polizeipräsident von Berlin ernannt. Die Mitglieder sind zu entnehmen in der Zahl von neun aus den Mitgliedern des Vorstandes des Vereins Berliner Getreide- und Produzentenhändler, von denen zwei Vertreter der Mäckerel, oder eines von dieser in Vertretung stehenden Gewerbes sein müssen; von drei aus den landwirtschaftlichen Mitgliedern des Vorstandes der Produktenbörse und von zwei aus der ständigen Deputation der Großhändler. —

Handwerkskammern. Nach Artikel 9 der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 26. Juli 1897 wird der Zeitpunkt, mit welchem der größere Teil der Novelle in Kraft tritt, kaiserlicher Verordnung vorbehalten. Dem Bundesrat ist nun der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung zugegangen, wonach die Bestimmungen über die Bildung der Handwerkskammern (§§ 100 a bis 103 q von Artikel 1) mit dem 1. April dieses Jahres in Kraft treten. Dagegen sollen die Bestimmungen über die Befugnis zur Aus-bildung von Lehrlingen und die Bildung von Ausschüssen für Gesellenprüfungen (§§ 129 bis 132 a von Artikel 2) erst am 1. Januar 1901, und die Bestimmungen über die Erteilung des Meistertitels erst am 1. Oktober nächsten Jahres in Kraft treten. —

Statistische Aufnahmen. Dem Bundesrat sind die Entwürfe von Bestimmungen für die Vornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1900, für die land- und forstwirtschaftlichen Aufnahmen im Jahre 1900 und für die Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1900 zugegangen. Die Ermittlung der landwirtschaftlichen Vodenbenutzung sollte nach dem Beschluß des Bundesrats vom 7. Juli 1892 erst im Jahre 1903 ausgeführt werden. Der Zeitpunkt ist aber früher gelegt worden, da die Ergebnisse für die in Aussicht stehenden Zoll- und handelspolitischen Erörterungen nutzbar gemacht werden sollen. —

Und Sachsen-Weimar wird uns geliebt: „Politische Sprachstunden“ haben unsere Genossen im 1. weimarschen Wahlkreise eingeführt. Darüber berichten bürgerliche Blätter: „Angesichts der Versammlungsbewegung, mit denen jede socialdemokratische oder als solche verdächtige Versammlung in dem durch seine liberalen Traditionen ausgezeichneten Großherzogtum Sachsen-Weimar nach irgend einem bereit liegenden Schema befaßt wird, ist die Art und Weise interessant, in der die Betroffenen sich zu helfen wissen, um demnach ihren Zweck zu erreichen. So hat der socialdemokratische Land- und Reichstags-Abgeordnete Landert am Sonntag eine Art politische Sprachstunde abgehalten. Es wurde im Laufe der letzten Woche zu diesem Behufe von Weimar aus ein Inserat verbreitet, welches befaßt, daß Herr Landert am kommenden Sonntagmittags in Gaderndorf anwesend und bei dieser Gelegenheit gern bereit sein werde, etwaige Fragen und Wünsche seiner Wähler entgegen zu nehmen. Natürlich folgten zahlreiche Landleute aus Gaderndorf und Umgegend dieser Einladung. Der Vorgang lieferte wieder einmal den Beweis, wie verfehlt großen Bewegungen gegenüber eine künstliche Politik ist.“

Die landwirtschaftliche Centralstelle des Großherzogtums verlangte von der Regierung die Verlegung eines Regierungsbüros, nach welchem, wie bereits in Anhalt geschieht, der Kontraktbruch der landwirtschaftlichen Arbeiter streng bestraft wird. —

Karlruhe, 15. Februar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Centrumsantrag auf Zulassung der Orden im Großherzogtum angenommen. — Wir haben schon in voriger Nummer davon gesprochen, daß die Regierung diesen Beschluß nicht zustimmen pflegt. —

In der Söderstrass-Affaire in Ostrowo schreibt der „Goniec“, seit langem habe hier keine Nachricht eine solche Verführung hervorgebracht, wie die von der Verhaftung Verlegener. Einzelne polnische Blätter sind der Ansicht, daß die von dem Verhafteten verfaßte Schrift über Rapperowul der Reichsanwaltschaft Ursache zum Einschreiten gegeben haben könne. Die „Gaz. Ostrowka“ teilt mit, sie werde wegen der Verhaftung ihres Herausgebers ihr Erscheinen zeitweise einstellen. Ueber weitere Vernehmungen meldet die „Alein.“ Weik, Sig.“ aus Dortmund. Dort wurden Dienstagmittags

zwei Polen, und zwar der Buchdrucker Egidius und Melerojewicz und der Schneidermeister Johann Kolenda verhaftet und in das Gefängnis abgeführt. Die Beschuldigung gegen sie lautet, wie das Blatt erzählt, ebenfalls auf Hochverrat. Sie sollen für den „polnischen Nationalfonds“ in Wlappersühl (Schweiz), der „revolutionären Nuecken“ dienen und in allen Ländern seine Agenten haben soll, in hiesigen Kreisen Gelder gesammelt und abgeliefert haben. Der Buchdrucker hatte ein kleines Zimmer inne und druckte, nach der genannten Quelle, heimlich deutsche und polnische Schriften. —

Von der geplanten Schulreform. Im Kultusministerium geht man, wie auch die „Post“ jetzt zugiebt, mit der Absicht um, unser höheres Schulwesen einer durchgreifenden Umgestaltung zu unterwerfen. Es ist richtig, daß die Anregung dazu vom Kaiser ausgegangen ist. Was im Jahre 1890 begonnen wurde, aber damals noch nicht zu einem solchen Abschluß gebracht werden konnte, wie ihn der Kaiser im Auge hatte, das soll nun weitergeführt werden. Der bisher immer zurückgewiesene Vorschlag, unsere höheren Schulen in zwei Abteilungen zu zerlegen, ein Unterghymnasium bis zur Untersekunda und ein Oberghymnasium mit den drei oberen Klassen soll jetzt erwogen werden. Man wird, nach den Mitteilungen der „Post“, das Griechische nicht beseitigen, aber es der Oberstufe zuweisen. Es muß, sagt das citierte Blatt, den Forderungen der Gegenwart Rechnung getragen werden. Die ausschlaggebende Stellung, die sie früher hatten, können die alten Sprachen auf die Tauer nicht behalten. —

Ausland.

Die Einberufung des österreichischen Reichsrats.

Wien, 12. Februar. Wie schon in gestriger Nummer gemeldet, wird der österreichische Reichsrat bereits für den 22. Februar einberufen. Da diesmal zum erstenmal, seitdem dieses Abgeordnetenhaus überhaupt existiert, die Session nicht geschlossen, sondern bloß vertagt wurde, nimmt das Parlament die „Arbeit“ dort auf, wo es sie am 20. Dezember unter der Regierung Clary stehen ließ: bei der ersten Lesung der Regierungsvorlage auf Festsetzung und Einhebung des Rekrutenkontingents für das Jahr 1900, also einer jener berühmten „Staatsnotwendigkeiten“, die das obstruierte Parlament seit drei Jahren beharrlich verweigert. Die Session des Parlaments kann nicht lange währen, denn es ist noch die Tagung der Landtage zu absolvieren, die bekanntlich im Dezember die Landesbudgets nur provisorisch beschlossen haben. Ueberdies wünscht man aber den Umstand, daß das Mandat der Delegation noch nicht erloschen ist, dazu zu benutzen, um recht rasch, das gemeinsame Budget für das nächste Jahr unter Dach und Fach zu bringen, und so muß der Reichsrat jedenfalls im April werden, um der Delegation Platz zu machen. Schon aus diesen äußeren Umständen geht hervor, daß es sich bei der kommenden Reichsrats-tagung wesentlich um eine Probe darauf handelt, ob die Obstruktion schon erloschen ist oder noch glimmt. Der Reichsrat wird eigentlich deshalb verammelt, um zu zeigen, ob er noch oder ob er schon lebensfähig ist; man will wieder einmal probieren, ob dem versteinerten Werke menschliche Töne zu entlocken seien, oder ob es schon als gänzlich verdorben zu betrachten und zu — behandeln ist.

Genau betrachtet, rechnet die Regierung darüber darauf, daß nichts da sein wird, das zu obstruieren wäre. Der österreichisch-ungarische Ausgleich, diese Schmelzkerze jeder bisherigen Regierung, ist mit dem nie versagenden § 14 glücklich von der Tagesordnung geschafft worden; das provisorische Budget ist von der Regierung Mittel bis Ende Juni „verordnet“; mit Ausnahme des Rekruten-gesetzes ist weit und breit nichts zu finden, auf das sich der Widerstand der Parteien verdecken könnte. Die einzige Sorge der Regierung ist vielleicht das Investitionsbudget, das die Regierung zu einer Anleihe von 40 Millionen Gulden für Investitionszwecke ermächtigen soll. Geld ausborgen kann man sich nämlich mit dem § 14 nicht; das verbietet nicht nur das Staatsgrundgesetz, sondern man kriegt's auch nicht gepumpt. Nun wirtschaftet man aber in Oesterreich bereits das dritte Jahr ohne ein verfassungsmäßig zu stände gekommenes Budget und deshalb sind die Staats-laffen völlig ausgeschöpft, da auch die Mittel, die sonst durch Anleihen aufgebracht werden — für produktive, tragende Zwecke — aus den Kassebeständen bestritten werden mußten. Die Bewilligung des Quotengesetzes, das schließlich ausständig ist, ist eigentlich eine bloße Formalität. Wie noch erinnert, hat der Kaiser die Quote diesmal nur auf ein halbes Jahr bestimmt; da er aber die Erhöhung versagt, auf die sich die Quotenrepräsentanten geeinigt hatten, so ist das Gesetz, das der Reichsrat beschließt, nichts mehr als die Sanktion des schon geltenden Verhältnisses; wenn der Reichsrat das Gesetz bewilligt, so wird eben nur die suppletorisch eintretende Verfügung der Krone erpart werden. Wie man sieht, sind die Ansichten der Regierung über die Verhältnisse der aller ihrer Vorgängerinnen, weil die „notwendigen“ Verfassungsbüchse so ziemlich alle bereits verbraucht sind.

Der zweite Stein im Spiel der Regierung ist die Verständigungskonferenz. Sie hat wohl bis jetzt nichts zu Tage gefördert und man kann hundert gegen eine weiten, daß am 22. Februar ebenso wenig herausgekommen sein wird. Aber in dem Sinne scheitern, daß ein negatives Resultat konstatiert würde, das wird die Konferenz ebenso wenig. Und das ist wohl das, was die Regierung von der Konferenz erwartet, was sie mit ihr bezweckt: Es soll das Gefühl erweckt werden, daß sich die nationalen Fragen im Zuge der Verhandlung befinden, auf dem Wege zur Lösung sind. Durch die Konferenz wird naturgemäß die „böhmische Frage“ vom Parlamente losgelöst, in der Konferenz sollert. Wie die Dinge heute liegen, ist es nicht ausgeschlossen, daß der kommenden Tagung der unfruchtbar Charakter nicht mehr anhaften werde, der die drei verstorbenen Parlamentsjahre kennzeichnet. Freilich ist bei den sprunghaft wechselnden Stimmungen der nationalen Parteien jede Voraussage unmöglich, und so kann es auch kommen, daß statt der allmählichen Gewandung der komplette Krach eintritt.

Die Wirkungen des Scheiterns der deutsch-österreichischen Verständigungskongressen machen sich bereits bemerkbar. In ezechischen Blättern wird für die am 22. d. Mts. beginnende Reichsrats-session die Fortsetzung der Obstruktion angekündigt. Die „Korodni Listy“ geben neuerlich die alte Forderung aus, die Thätigkeit des Parlaments müsse so lange gestört sein, wie die Ezechen für die Aufhebung der Sprachverordnungen nicht Genußnahme erhalten haben. Der Ministerrath des Kabinetts Clary ist ihnen keine hinreichende Genußnahme. Die Wünsche der Ezechen werden dabei folgendermaßen ausgedrückt: Der Reichsrat soll beimge-schickt, der § 14 wieder in Anwendung gebracht und die Landtage sollen einberufen werden, als die einzige Zusuchtsstätte des Konstitutionalismus. Auch die „Udova Rovine“ erklären, die beginnende Reichsrats-session werde die ezechischen Abgeordneten wieder in der Obstruktion finden, in der sie verharren werden, bis sie für das ihnen zugesagte Unrecht volle Satisfaktion erhalten. —

Belgien.

Brüssel, 15. Februar. Gegen den sozialistischen Deputierten Demblon wurde heute von der in der gestrigen Kammer-session begangenen Thätlichkeiten auf Antrag des Staats-anwalts das gerichtliche Verfahren eingeleitet. —

Frankreich.

Flottenvermehrung in Frankreich. Paris, 14. Februar. Gegenüber dem Vorschlag der Regierung betr. die Vermehrung der Flotte brachte der Deputierte Fleury-Ravarin einen Antrag ein, in welchem der Bau von acht Panzerkreuzern von fünfzehn-tausend Tonnen sowie von sechs Panzerkreuzern von zwölftausend Tonnen anstatt der von der Regierung verlangten sechs Panzerkreuzer und fünf Panzerkreuzer gefordert wird. Fleury-Ravarin beantragt weiter den Bau einer größeren Anzahl von Torpedos- und Unterseebooten als die Regierung in ihrem Entwurfe. —

Italien.

Drei reaktionäre Gesetze wird demnächst die Regierung der Kammer vorlegen. Erstens wird wieder Geld gebraucht für militärische Zwecke und zwar nicht weniger denn 800 Millionen. Durch ein neues Steuerprojekt sollen diese Millionen aufgebracht werden. Danach haben alle Personen, die Gehälter, Löhne von mehr als 3,50 Fr. pro Tag empfangen, eine Steuer zu entrichten. Der Durchschnittslohn beträgt in Italien 2,50 Fr., davon entfällt ein gutes Drittel auf Wohnungsmiete und die indirekten staatlichen und kommunalen Steuern, die schon heute zu entrichten sind. Gegen diesen neuen Plan wird sich das Volk natürlich wenden. Damit aber die Opposition eine nicht allzu starke werde, soll ein dritter Gesetzesentwurf gleichzeitig für die Anhebung der Presse sorgen, soll ferner das Verbands- und Versammlungsfreiheit beschränkt und den Arbeitern das Recht des Streiks beschränkt werden. Die Fraktionen der Sozialdemokraten und Republikaner der Kammer trüben sich zum Widerstand gegen diese reaktionären Pläne; eventuell soll das Mittel der Obstruktion wieder in Anwendung kommen. —

Schweden.

Eine 10z-Steuer (Literatur-Paragraf) in Schweden. Im schwedischen Reichstag stand der „Druckfreiheits- und Sittlichkeits-Paragraf“ zur Beratung. In der ersten Kammer wurde derselbe ohne Debatte und ohne Abstimmung angenommen. In der zweiten entstand eine 1/2stündige Debatte. Dieses Gesetz ist eine Erweiterung und Aenderung eines bestehenden und enthält einen irreleitenden Ausdruck für die „süßbaren Schriften“, nämlich: Die gegen Jucht und Sittlichkeit verstoßen“. Die gegnerischen Redner brachten die kräftigsten Argumente für die Ablehnung vor und bewiesen, daß das bisherige Gesetz völlig genüge, weil überhaupt gar keine Anklagen erfolgt sind; aber Lamentationen des Herrn Rastadius, die Jugend müsse geschützt werden, und die Sophismen des Herrn Waldenström, daß ein solches Gesetz ja nichts schade, wenn die Literatur „anständig“ sei und daß man ja vielleicht „weiteren Verfall verhindern“ könne, veranlassen die obnehin dafür gestimmte Majorität zur Annahme mit 132 gegen 73 Stimmen. Nach dem neuen Gesetz kann in Schweden alle moderne Literatur und auch wissenschaftliche Werke unter Umständen verfolgt werden.

Rußland.

Rußland in Persien. Eine Petersburger „Times“-Drahtung meldet, daß nunmehr 20 000 russische Truppen bei Ruschit angekommen seien. Rußland beabsichtigt eher oder später, Perat zu besetzen. Eine solche Operation würde ebenso leicht sein, wie die britische Besetzung von Kandahar, wenn nicht viel leichter. Die „Times“ bemerkt zu dieser Meldung: Man kann kaum zweifeln, daß die russische Regierung zu der Ansicht gelangt ist, jetzt sei der psychologische Moment gekommen, in dem durch eine aktive Demonstration ein Druck auf das britische auswärtige Amt ausgeübt werden könne. Das Blatt meint, das wahrscheinlichste Ziel, welches Rußland mit seinen Truppenansammlungen in Ruschit verfolgen, sei lediglich, den Gewinn einiger Punkte bei seinem Spiel in Persien und sonstwo sich zu erleichtern. Das Blatt fügt hinzu: Wir müssen bereit sein, unsere eigenen Interessen im persischen Golf und im südlichen Persien gegen die ganze Welt zu verteidigen. — Es fragt sich nur, ob England in diesem Augenblick imstande wäre, seine Interessen in Persien zu vertreten. Das Vordringen Rußlands in Ostasien illustriert in überzeugender Weise das Wort, daß in Südafrika um die Stellung Englands in Asien gekämpft wird. —

Türkei.

Konstantinopel, 15. Februar. Die russische Botschaft richtete an die Pforte eine Note, in welcher die Repatriierung der im vorigen Sommer nach Rußland geflüchteten Armenier verlangt wird. —

Partei-Nachrichten.

Protestbewegung gegen die Flottenvorlage. Von einer „Willenseinigtheit des deutschen Volkes“ mit Bezug auf die Flottenfrage ist in der That nichts zu hören. Im Gegenteil rühren sich gerade die unteren Schichten des Volkes, welche die Kosten des Wasserbaus zu zahlen haben, um gegen die Flottenvorlage zu protestieren. So haben kürzlich mehrere sehr stark besuchte Volksversammlungen in Frankfurt a. M., in Mannheim, in mehreren Orten der Pfalz, in Karlsruhe stattgefunden. In den nächsten Tagen werden im dritten hiesigen Wahlkreise allein 13 Protestversammlungen abgehalten werden.

Die Wahlbewegung im Kreise Calbe-Afersleben wird mit dem Heranrücken des Wahltermins immer lebhafter. Auch die Gegner arbeiten jetzt fleißig und finden namentlich die Krieges-vereine zu Vorparaden für ihren Kandidaten zu benutzen.

Während aber die Gegner mit den bekommen Mitteln der Lüge und Verleumdung arbeiten, hinter geschlossenen Thüren tagen, geheime Circulare verbreiten und jeder offenen Aussprache mit den Sozialdemokraten aus dem Wege gehen, vollzieht sich die sozialdemokratische Agitation in breiterer Öffentlichkeit. Am Samstag und Sonntag fanden Versammlungen statt in Quedlinburg, Calbe, Auen, Barb, Thale, Stajfurt und Schönebeck, in welchen die Reichstags-Abgeordneten Albrecht, Sachse, Rosenow, der Stadt-prodruent Adolf Hoffmann und Frau Zeitlin referierten. Die Versammlungen waren gut besucht, die Stimmung vortrefflich. Daneben werden fleißig Flugblätter verteilt von unsern Genossen, die überall gern in Empfang genommen werden, während die durch Frauen verbreiteten Flugblätter des Herrn Blode nicht besonders freundlich aufgenommen wurden. In den letzten Tagen vor der Wahl werden noch in allen und zur Verfügung stehenden Lokalen im Wahlkreise Versammlungen abgehalten, in welchen bekannte Abgeordnete unserer Partei referieren werden. Die Mäßigkeit unserer Parteigenossen wirkt dem auch recht beängstigend auf die Gegner.

Partei-Organisation. In Bremen ist der Social-demokratische Verein im letzten Jahre erheblich an Mitglieder gewachsen; er zählt jetzt ca. 1800 Mitglieder. Der Bericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 15 028,88 M., der eine Ausgabe von 18 494,88 M. gegenübersteht. Das Defizit, entstanden durch gesteigerte Ausgaben infolge der Wählerfortschrittswahl, wurde vollausgedeckt durch einen Kassenbestand von über 5300 M. aus dem Vorjahre. Aus den Einkünften des Vereins wird außer der Agitation im bremischen Wahlkreise (außer Bremerhaven) auch die kassipolige Agitation im 18. hannoverschen Wahlkreise Stade-Bremervörde bestritten. Für die dänischen Ausgesperrten entsandte der Verein 2200 M.

Politiklagers, Gerichtliches usw.

Vom mecklenburgischen Inzuel. Frau Jhrer hatte in Schwerin in einer geschlossenen Gewerkschafts-Versammlung in ihrem Referat zum Abonnement auf die „Mecklenburgische Volks-Zeitung“ aufgefordert. Dadurch sollte die Versammlung politischen Charakter erlangt haben. Die Referentin, der Einderufer der Versammlung und der Wirt des Lokals belamen Strafmandate in Höhe von 40 bzw. 50 M., weil diese „politische“ Versammlung nicht angemeldet war. Das zur Entschuldigang angerechnete Schöffengericht gelangte jedoch zur Freisprechung, weil, es nach der ganzen Sachlage zu der Ansicht gekommen war, daß Frau Jhrer in diesem Fall die „Meckl. Volksz.“ nicht als ein politisches, sondern als ein wirtschaftliches Blatt habe empfehlen wollen, und daß daher durch diese Aufforderung der Versammlung nicht der Charakter einer „politischen“ gegeben sein könne.

Der Streik der Bergarbeiter.

Der Stand der Lohnbewegung der böhmischen Bergarbeiter ist ein unverständer. Die Regierung, die sich unfähig gezeigt hat, auf die Bergwerksbesitzer energisch einzuwirken, wird nunmehr sich entschließen müssen, offen Farbe zu bekennen, ob es ihr ernst ist mit den

socialistischen Maßnahmen, die sie den Arbeitern in Aussicht gestellt hat. Unsere Parteifreunde werden sofort bei Eröffnung des österreichischen Reichsrats den einen dringlichen Antrag stellen, den Achtstundentag im Bergbau einzuführen. Sicherlich wird dieser Antrag die lebhafteste Sympathie in der gesamten Arbeiterwelt finden und die Regierung hat ein Mittel, die auf ihren Geldsack pochenden Grubenbarone zur Raison zu bringen.

Die bisherige Haltung der Regierung ist nur ein zaghaftes Aufstreifen gegen Grubeninteressen, sie ist nicht einmal imstande, dem Einfluß dieser mächtigen Kapitalistengruppe ihre Beamten zu entziehen. Denn obwohl der Minister Körber erklärt hat, die Regierung stehe neutral dem Streik gegenüber, sie habe nur den einen Wunsch, den Streik herbeizuführen, bedienen sich die Beamten fortgesetzt gewaltsamer Unterdrückungsmittel, die nichts anderes sind als eine starke Parteimahne für die Unternehmer. So wurde in Prax die Einberufung einer Vollversammlung verboten; in Teplitz hatte die Behörde jeden Wirt mit Entziehung der Konzession bedroht, der den Arbeitern kein Lokal zu Versammlungen herbeigebe. Dasselbe geschieht in zahlreichen andren Orten, ohne daß die Regierung diesem Treiben Einhalt gebietet. Aber nicht nur die hier gefährdete Parteimahne tritt stark hervor, auch direkt treten Beamte für die Anwerbung von Streikbrechern ein.

Dieser Aufgabe widmete sich ganz besonders eifrig der Bergkommissar Schneider in Jallanau. Eine Rücksprache mit diesem Herrn, die unser Parteigenosse Dr. Verkauf unternahm, hatte keinen Erfolg, so daß nunmehr beim Ministerium Beschwerde erhoben ist. Mittlerweile zeigt der Ausstand kein andres Gepräge, als eine unerschütterliche Ausdauer der Arbeiter, die Bewegung nimmt an einigen Orten noch zu und erwartet man in den Schächten von Karwin den Eintritt der Maschinenarbeiter in den Ausstand.

In Deutschland macht sich der Kohlenmangel immer unangenehmer bemerkbar. Die sächsische und bayrische Industrie ist vielfach auf den Verbrauch böhmischer Kohlen eingerichtet. In der Oberpfalz und Oberfranken haben mehrere Tafelglasfabriken ihren Betrieb eingestellt und für die sächsische Industrie wird sich in den nächsten Wochen neben den Sauerbrunnen, böhmische Kohlen herbeizuschaffen, noch das Fehlen einheimischer Kohle stellen. Im Ummut über die geschaffene Lage machen sich selbst Stimmen im bürgerlichen Lager gegen die Grubenbesitzer bemerkbar. Die Interessenten der Papierindustrie sind entsetzt über die Preiserhöhungen der Kohlenwerke und das Organ der deutschen Papierindustrie, die „Papier-Zeitung“, nimmt in einem Artikel gegen den Wucher der böhmischen Grubenbesitzer Stellung, indem es schreibt:

Einen Begriff von den Preissteigerungen der Kohle in den letzten Jahren geben nachstehende Zahlen. Wir kauften z. B. Duxer Ruhkohle II

in Jahre 1888 zu 35 Pf.	
1898	47
1897	50
1898	60
1899	63

per Doppelhektoliter ab Unfer Ruschig

und schlossen kürzlich unseren Bedarf für 1900 mit Option für 1901 zu 68 Pf.

Der Preis der Duxer Ruhkohle II hat sich also im Laufe von sechs Jahren verdoppelt.

In welchen rhabiliten Vorkäufen aber gut kapitalistisch gefundene Unternehmer kommen können, wenn sie die Heiligkeit des Profits bedroht sehen, das bezeugt folgende Schlussbemerkung des Blattes:

„Es macht den Eindruck, als sei die österreichische Regierung zu schwach, um dem Gebaren dieser Leute energisch entgegenzutreten. Gegen solche Ueberschüsse könnte nur ein Einfuhrverbot der Großverbraucher etwas ausrichten, oder die Gruben müssen verstaatlicht werden. Den besten Weg hat die russische Regierung eingeschlagen, sie hat die Verkaufspreise der Kohlen amtlich feststellen lassen und bestraft jeden als Wucherer, der zu höheren Preisen verkauft.“

Der Ausstand in Sachsen hat an Umfang gewonnen. Im Lygauer Revier ist der Streik allgemein, in Jwidau ist die Kohlschicht im Mittelstoch nur in geringer Zahl angefahren. Die uns ein Privattelegramm meldet, streiten von 11 000 Mann 60—70 Proz. Das Anhalten der regelmäßigen Kohlenlieferung hat die sächsische Staatsbahnenverwaltung, die nur für einige Wochen Kohlenbestände aufzuweisen hat, in Verlegenung ziehen müssen und so besteht die Aussicht den Betrieb der Staatsbahnen im Personenverkehr einzuschränken, damit nicht später vollständige BetriebsEinstellung zu befürchten ist. Die löstündigen Anruppen beteiligen sich an dem Streik nicht. Sie haben einen Aufruf an die Reitererlassen, sich nicht „durch Deherei“ verleiten zu lassen, einen unbesonnenen Schritt zu thun, der ihnen den größten Schaden bringen müsse, da ein Streik ausichtslos sei. Es wird den Kameraden geraten, sich mit den von den Werksleitungen gebotenen Lohnerbhöhungen (bis zu 20 Pf. pro Schicht für jeden Arbeiter) zu begnügen. Trotz dieses Aufrufs ist der Streik ausgedehnt und hat den erwähnten Umfang schon jetzt angenommen. Ein Beweis, daß die Bergarbeiter mit den von den Werksleitungen gebotenen Broden nicht zufrieden sind.

In Waldenburger Revier hat das Gewerkschaftsamt sich vor einigen Tagen mit den Lohnverhältnissen im Bergbau beschäftigt, ein bestimmter Beschluß ist noch nicht gefaßt. Die Verwaltung der „Glückw.-Friedenshoffnungsbetriebe“ hat nach diesen Besprechungen im Kartell mit den Vertrauensleuten der Arbeiter ihres Werkes Verhandlungen gepflogen und den Arbeitern das Versprechen gegeben, am 2. April d. J. verlässlich den Achtstundentag einzuführen. Auch die Frage der Lohnerbhöhung soll in beschleunigter Weise geregelt sein.

Dresden, 15. Februar. (B. Z. V.) Wie das „Dresdener Journal“ meldet, hat sich der Staatsminister v. Meißig heute in Begleitung des Geheimrats Metz und des Oberfinanzrats Dr. Walle nach Jwidau begeben, um die durch die Arbeiteransprüche im Jwidauer und Lygauer-Deutscher Revier geschaffene Lage mit den Vorständen der betreffenden politischen und Ortsbehörden sowie Vertretern der Vereine für bergbauische Interessen zu besprechen.

Chemnitz, 15. Februar. (B. Z. V.) Das „Chemnitzer Tageblatt“ meldet aus Lygauer-Deutscher: Die Lage im Lygauer-Deutscher Revier ist unverändert. Von 8000 Mann Belegschaft streiten 2000. In Lygauer ist alles angefahren. Es kann ungefähr die Hälfte der früheren Menge des genannten Reviers von den Werken abgegeben werden. Eine für heute nächstmalig geplante Versammlung in Deutscher wurde von der Amtshauptmannschaft in Chemnitz nicht genehmigt. Die Streikenden verhalten sich ruhig, heute, morgen und übermorgen sind die Haupt-Lohnzahlungstage in Deutscher. Es wird abgewartet sein, ob sich nach den Zahlungen noch mehr Bergarbeiter dem Streik anschließen werden.

Chemnitz, 15. Februar. (B. Z. V.) Nach Mitteilungen der Amtshauptmannschaft in Jwidau haben von etwa 11 000 Bergarbeitern des Jwidauer Reviers heute 1074 Mann die Arbeit eingestellt.

Gerichts-Beilage.

Zwei Monat Gefängnis für den Ausdruck Ausbeutung! Ein Urteil, welches in seiner Schärfe an die Rechtsprechung sächsischer Gerichte erinnert, ist gestern von einer Berliner Strafanstalt gefällt worden. Der Magistrat der Stadt Spandau, deren bekanntes kommunales Zustände wir Jahre hindurch besprochen haben, ohne daß die Stadtverwaltung es mit dem von manchen Behörden fleißig angewandten Reinigungsmittel der Beleidigungslage versucht hätte, schickte sich im Dezember plötzlich getroffen, als wir in einer kommunalen Korrespondenz und des nicht allein in der sozialdemokratischen Presse gang und gaben Ausdrucks „Ausbeutung“ bedient hatten.

Der Staatsanwalt wurde angerufen, und unter der Anklage, den Magistrat der Stadt Spandau beleidigt zu haben, hatte unser

Redacteur Paul John sich gestern vor der vierten Strafkammer am Landgericht I zu verantworten.

Der Thatbestand liegt wie folgt: Am 17. Dezember brachten wir einen Bericht über eine Sitzung der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. Darin wird unter anderem gesagt: Der Vorsitzende der Straßenreinigungs-Deputation, Stadtrat Becker, habe rühmend hervorgehoben, daß der Zuschuß, den Spandau aus städtischen Mitteln für die Straßenreinigung zahle, nur den fünften Teil von dem betrage, was Charlottenburg für seine Straßenreinigung aufwende. Dann heißt es in meinem Bericht: Herr Becker habe vergessen hinzuzufügen, daß die Stadt Charlottenburg ihre Straßenreinigungs-Arbeiter doppelt so hoch entlohne wie Spandau, daß also das günstigere Resultat der Spandauer Kommune auf die schon so oft gerügte Ausbeutung der Arbeiter zurückzuführen sei. — Durch diese Bemerkung fühlte sich der Magistrat von Spandau beleidigt. — Der Staatsanwalt hielt dem dem Magistrat von Spandau gemachten Vorwurf, er beute die Arbeiter aus, für einen so schweren und die Ehre des Magistrats in so erheblicher Weise angreifenden, daß er eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten beantragte. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine mann, führte aus: Der Magistrat sei durch die unter Anklage stehende Bemerkung gar nicht beleidigt. Höchstens könne sich die Straßenreinigungs-Deputation beleidigt fühlen. Diese Behauptung sei 10 Mitgliedern, wovon nur 2 Stadträte seien. Die Deputation sei kein Organ des Magistrats, aber selbst, wenn sie ein solches wäre, so hätte der Magistrat nicht das Recht, Strafantrag zu stellen, denn nur die Behörde, die sich selber beleidigt fühlt, sei zur Stellung eines Strafantrags berechtigt. Demnach beantragte er die Einstellung des Verfahrens. Im übrigen sei der Ausdruck „Ausbeutung“ in dem hier gebrauchten Zusammenhang nicht als beleidigend anzusehen. Keinesfalls rechtfertige sich die vom Staatsanwalt beantragte exorbitante Strafe. — Hier erhob sich der Staatsanwalt und erklärte, daß er sich durch den Ausdruck exorbitante verletzt fühle. Rechtsanwalt Heine mann: Dann werde ich sagen: „Horrende“ Strafe. Der Staatsanwalt wollte auch diesen Ausdruck zurückgenommen wissen, worauf der Verteidiger dann bemerkte, er halte die Höhe der beantragten Strafe für eine nicht angemessene, denn nicht dem Magistrat sei der Vorwurf gemacht, Arbeiter ausgebeutet zu haben, der Sinn der Bemerkung sei vielmehr der, daß den Arbeitern im Interesse des Stadtsäckels ein zu geringer Lohn gezahlt worden sei. Falls das Gericht dennoch eine Beleidigung für vorliegend erachte, so sei eine geringe Geldstrafe eine ausreichende Sühne.

Der Gerichtshof fällt folgendes Urteil: Der Magistrat sei als vorgelegte Behörde der Straßenreinigungs-Deputation zur Stellung des Strafantrags berechtigt. Der Antrag sühle sich zwar auf § 186 des Strafgesetzbuchs, das Gericht halte aber nur eine einfache Beleidigung nach § 185 für vorliegend. Die Bemerkung, der Magistrat beute wirtschaftlich Schwache im Interesse eines wirtschaftlich Starken aus, enthalte den Vorwurf niedriger Gewinnung. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die Strafen des Angeklagten habe das Gericht auf zwei Monate Gefängnis erkannt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Ausstand der Mafaster-Arbeiter gilt nunmehr als resultatlos beendet. Die Arbeitnehmer, die um die Erhaltung ihres Koalitionsrechts kämpften, haben dabei keinen Vorteil errungen. Die Fabrikpächter können aber jedenfalls auch nur von einem Pfrschuß weg reden, denn ihre Verluste zeigen sich augenblicklich schon allzu deutlich. Aus den Reihen der Ausständigen haben sich während der zwölfwöchentlichen Dauer des Streiks neun Arbeitswillige gefunden, welche den Gang der Dinge wesentlich beeinflussen. Wenn nun auch die Streikenden versucht haben, wieder in ihre alten Arbeitsstätten hineinzukommen, so haben sie es doch unter ihrer Würde gehalten, ihre Organisationszugehörigkeit so abzuschwören, wie die Herren Chefs es verlangten. 40 Mann haben ausgehalten bis zur letzten Stunde. Zur Zeit sind hiervon schon die Hälfte wieder in andre Beschäftigung getreten und steht zu hoffen, daß dies auch in Bälde für dem Rest der Ausständigen geschieht. Als Nachwehen des Streiks sind 18 Strafmandate wegen Streikpostenstehens und 6 Strafverfahren wegen Streikvergehens (§ 153 der Gewerbe-Ordnung) anhängig gemacht worden. Trotz alledem haben die Ausständigen, tren ihrer Pflicht, ihren Posten ausgefüllt, sie werden natürlich auch später ihre Interessen zu vertreten wissen.

Deutsches Reich.

In Mainz steht eine allgemeine Aussperrung der Schuhamacher bevor. Die Arbeiter verlangen von den Fabrikanten die Lieferung der Houtenuren, ein Arbeitsmaterial, das bisher von den Arbeitern dem Fabrikanten vergütet werden mußte. In einer Fabrik ist es bestreuen zum Streik gekommen und ein vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts unternommener Versuch, die Differenzen beizulegen, ist gescheitert, da sich die Fabrikanten nur bereit erklärten, den Wert der Houtenuren zu ersetzen, die Arbeiter dagegen vom Fabrikanten das Material entnehmen sollten. Damit haben sich die Arbeiter nicht einverstanden erklärt, sie verlangen gänzliche Freigabe der Houtenuren. Die Ablehnung dieses Angebots seitens der Arbeiter dürfte zu einer allgemeinen Aussperrung führen.

Sociales.

Die Anstaltsbehandlung Lungenkranker. Bei der Pensionskasse für die Arbeiter der preussischen Staatsbahnverwaltung wurden im Jahre 1899 641 Anträge auf Einleitung eines Heilverfahrens in Heilanstalten gestellt, von denen 510 genehmigt wurden.

Von den bis zum Jahreschluß im Heilverfahren behandelten 504 Kranken waren 354 Lungenkranke. Der Kosten aufwand für diese betrug bei 23 425 Verpflegungstagen 98 497 M., zu denen noch 85 749,27 M. für Unterstützung der Familien der Erkrankten hinzutrat. Auf einen Lungenkranken entfielen durchschnittlich 66,1 Verpflegungstage a 4,20 M. Kosten. Die Familienunterstützung betrug durchschnittlich für jeden der 299 verheirateten Kranken 119,56 M. Insgesamt betragen die Verpflegungskosten einschließlich der Familien-Unterstützung für einen Kranken 379,23 M. — Von den 354 Lungenkranken wurden 303 gleich 85,59 Prozent als geheilt oder gebessert und arbeitsfähig entlassen. Von diesen wurden noch im Jahre 1899 3 Personen dauernd erwerbsunfähig, so daß bis Ende des Jahres nur noch 300 Personen = 84,74 Proz. erwerbsfähig waren. — Von den im Jahre 1897 und 1898 mit Erfolg behandelten Lungenkranken sind inzwischen 11 dauernd erwerbsunfähig geworden und 25 gestorben. Die Zahl der im Jahre 1898 in Heilanstalten behandelten, zur Zeit noch erwerbsfähigen lungenkranken Personen beträgt 187 = 63,13 Proz.

Zur Entwicklung der deutschen Textilindustrie. Nach den von den Handelskammern verschiedener Textilzentren in ihren letzten Jahresberichten gemachten Mitteilungen hat die deutsche Textilindustrie seit dem Jahre 1895, da die amtliche Berufsstatistik aufgenommen wurde, eine ganz erhebliche Weiterentwicklung erfahren. So wurden in den Wammoll-Spinnereien des Bezirks Augsburg 1895 840 857 vorhandene und 626 446 im Gang befindliche Spindeln gezählt, 1898 aber 694 174 resp. 681 924, so daß in der dreijährigen Periode eine Vermehrung um 53 317 bezw. 59 478 stattgefunden hat. Im Jahre 1891 wurden 596 917 Spindeln gezählt, wovon 546 856 im Betrieb waren. Die Zahl der in den Wammollspinnereien vorhandenen Stühle betrug 1891 12 815, wovon 12 307 in Betrieb waren; 1895 gab es deren 14 897 bezw. 14 345 und 1898 16 793 bezw. 16 245. Vermehrung seit 1895 um 1896 bezw. 1900.

Im Bezirke Plauen i. S. gab es 1895 1160 Textilbetriebe mit 66 309 (wovon 30 771 weibliche) Arbeitern, 1898 1283 Betriebe mit 60 648 (33 984 weibliche) Arbeitern, Vermehrung um 123 Betriebe und 4399 Arbeiter in drei Jahren. Dazu kommen aber noch

die vielen Tausende von Heimarbeitern, deren allein auf die Stiderei-Industrie über 20 000 im Jahre 1895 entfielen, während in den fabrikmäßigen Stidereibetrieben nur 9814 Arbeiter gezählt wurden. Welche Entwicklung die Hausindustrie seit 1895 in der Textil- bezw. Stiderei-Industrie genommen, wird nicht berichtet.

Die Tuchfabriken des Kreises Sagan beschäftigten 1896 2348, im Jahre 1898 2428 Arbeiter, Vermehrung um 80.

Vom Kriegsschauplatz.

Nach langer Zeit eine Nachricht vom Kriegsschauplatz, die einen Erfolg der Engländer meldet! Es ist den unter dem Oberbefehl des Lord Roberts stehenden Truppen gelungen, von Westen her in den Orange-Freistaat einzutreten. Vermutlich dient freilich diese Bewegung vorläufig nur der Befreiung des belagerten Kimberley. Ueber den Vorstoß meldet Feldmarschall Roberts vom Riet River, datiert vom 13. Februar: Der mit einer Brigade berittener Infanterie auf dem Marsch von Orange River nach Kamah befindliche Oberstlieutenant Hamay hatte am 11. d. Mts. ein Schirmhülzchen mit einem kleinen Boerencorps, welches die Hügel auf seinem rechten Flügel besetzt hielt. Hamay hielt mit einer Abteilung seiner Brigade den Feind zurück, während er mit der Hauptkolonne bis Kamah vordrängte. Der Zweck des Vormarsches wurde glücklich erreicht. Am 12. d. Mts. gelang der Kavalleriedivision unter Riet River, auf dessen Ufer jetzt die 6. und 7. Division lagern.

Von der Deliels-Drift wird dann am 14. Februar weiter gemeldet: General French erzwang mit drei Brigaden Kavallerie, Artillerie und berittener Infanterie den Uebergang über den Modderfluß bei der Klipdrift, 25 Meilen von hier, besetzte die nördlich gelegenen Berge und nahm drei Boerenlager. Inzwischen besetzte General Gordons Brigade zwei Furten und nahm zwei Boerenlager in westlicher Richtung. General French fand nur geringen Widerstand, seine Versuche sind unbedeutend. Die Aktion wurde vorzüglich ausgeführt, wenn man die übermäßig drüdende Hitze und den die Augen blendenden Staub in Betracht zieht. Die sechste Division, welche auf der Nordseite des Rietflusses bei Waterford liegt, geht zur Unterstützung der Kavallerie vor. Die siebente Division steht noch hier und wird heute nachmittag abmarschieren. 4 Offiziere und 53 Mann sind von Hirschlag betroffen worden.

Es ist begreiflich, daß man in England ob dieser Siegesnachrichten triumphiert, wenn es auch an pessimistischen Stimmen nicht fehlt. Die Times erwarten von den Operationen des Lord Roberts während der letzten drei Tage strategische Folgen von höchstem Werte, nicht nur habe Roberts große Fortschritte in der Umgehung der furchtbaren Boerenstellung bei Ragersfontein gemacht, sondern die direkten Verbindungen zwischen dieser Stellung und ihrem Stützpunkt bei Bloemfontein abgetrennt und festen Fuß auf ihnen gefaßt. Die Anwesenheit einer großen britischen Truppenmacht innerhalb der Freistaatgrenzen müsse die Aussichten des Kriegs für die Boeren ändern. Der Standard sagt, es werde weise sein, nicht vorauszusetzen, daß die Bürgerarmee vor dem siegreichen Vormarsch unserer Truppen zerfallen werde, aber jedenfalls sei es befriedigend, zu wissen, daß die englische Strategie jetzt endlich zur ursprünglichen Grundlage, von der sie durch die Ereignisse in Natal abgelenkt wurde, zurückgekehrt sei. Daily Mail rät, über die bisherigen Erfolge nicht allzu sehr zu frohlocken. Die Befreiung der Furten, die Einnahme von Lagern seien keine großen Siege. Die erste Notwendigkeit sei, die Boeren in regelrechter Schlacht gründlich zu besiegen. Ein solcher Sieg werde teuer erkauft werden müssen. Daily Mail schätzt die Streitmacht des Lord Roberts auf 45 000 Mann.

Von Buller.

General Buller telegraphiert aus dem Lager bei Chidley vom 13. Februar: Bei Springfield fand ein Korpostengefecht statt. Eine Schwadron der First Royal Dragoons trat auf eine Boeren-Abteilung. Die Boeren erreichten den Kamm eines in der Nähe liegenden Berges zuerst und eröffneten ein heftiges Feuer auf die Schwadron, welche auf ungunstiges Terrain geraten war und sich daher zurückzog. Als britische Verstärkungen eintrafen, gingen die Boeren zurück. Die Truppe Lord Dundonalds, bestehend aus 700 Briten, einer Batterie und einem Bataillon Infanterie, unternahm einen Aufklärungsmarsch. Als Dundonald sich nach Durchführung dieser Aufgabe zurückzog, eröffneten die Boeren ein heftiges Gewehrfeuer auf seine Truppen.

Aus England.

London, 15. Februar. Eine Versammlung, an der etwa 300 Personen, darunter zehn Mitglieder des Unterhauses, teilnahmen, wurde gestern nachmittag in Westminster abgehalten. Es wurden Vorschläge angenommen, welche den Krieg verurteilen, die Veröffentlichung der geheimen Korrespondenz betreffend den Jamesonzug verlangen und sich für Eröffnung einer Subskription aussprechen, durch welche eine ständige Organisation geschaffen werden soll, welche eine politische Bewegung in diesem Sinne einleiten soll.

Die Flucht der wehrpflichtigen Engländer. Aus New York meldet der Morning Leader, daß der Dampfer „Oceanic“ mit 600 Emigranten, unter denen sich 350 junge Engländer befanden, in New York eingetroffen ist. Der Zollaufseher, welcher von der ungewöhnlich großen Zahl der Engländer überrascht war, leitete eine Untersuchung ein, welche ergab, daß die jungen Briten aus Furcht vor der Einführung der allgemeinen persönlichen Wehrpflicht in England ihre Heimat verlassen hatten. In New York glaubt man an eine allgemeine Auswanderung junger Engländer.

Versammlungen.

Verband der Tapezierer. Am 13. Februar verhandelte die lombinierte Versammlung aller Filialen über den augenblicklichen Stand des Kleberstreiks. Den aufgestellten Tarif haben bis jetzt 52 Firmen anerkannt, 7 Firmen haben teilweise und 14 Firmen nicht bewilligt.

Zur Frühjahrsbewegung wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß die Lebensmittelpreise seit 15 Jahren angehten und die Mieten ungeheuer in die Höhe gegangen sind, der Minimallohn aber derselbe geblieben ist und mit der allgemeinen Teuerung nicht Schritt gehalten hat; in fernerer Erwägung, daß es unsren Berufskollegen nicht mehr möglich ist, bei dem bisherigen Minimallohn den an sie gestellten Anforderungen, ihren Verpflichtungen gegen Familie, Staat und Kommune gerecht werden zu können, beschließt die heutige Versammlung folgende Forderungen zu stellen: Erhöhung des Minimalstundenslohns auf 60 Pf., Erhöhung der Accordlöhne um 20 Prozent. Sonnabend und Montag eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug, der Fußboden muß am Sonnabend noch gereinigt werden, bei Ueberstunden ein Zuschlag von 33 1/3 Prozent, Freigabe des 1. Mai.

Die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter hielten am 12. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in der Hünzel über das neue Invalidengesetz sprach. Unter Gewerkschaftlichem berichtete Sauerzopf, daß die Tischler der Firma Bruns-Low, Neue Königsstr. 15, sich im Ausstande befinden und haben auch die dort beschäftigten Maschinenarbeiter die Arbeit eingestellt. Hieran schloß sich eine recht lebhaft diskussion, in der die Frage erörtert wurde, wie verhalten sich die Maschinenarbeiter zu der von den

Tischlern geplanten Lohnbewegung? Der Vorstand beantwortete die Frage dahingehend, daß zwischen dem Holzarbeiter-Verband, Möbelpolierern und Maschinenarbeitern ein Kartellverhältnis bestehe, welches hierfür Bestimmungen enthält. Außerdem seien in besonderen Fällen zwischen den Verbänden geeignete Maßnahmen vereinbart worden. Die Maschinenarbeiter haben in gemischten Betrieben, da wo die Tischler in den Ausstand treten, unter keinen Umständen die Arbeit gleich mit niederzulegen, sondern so lange zu arbeiten, bis ihnen vom Vorstand Bescheid zu teil wird. Bei dem in Frage kommenden Stundenbetriebe werden voraussichtlich die Kollegen wenig oder gar nicht in Betracht kommen. Sollte dies jedoch vorkommen, so ist möglichst schnell der Vorstand davon in Kenntnis zu setzen. Falls es jedoch vorkommen sollte, daß von den Tischlern, welche Streikfortbedienste leisten, ihnen Arbeit zugeführt wird, so haben die Kollegen noch der ihnen gegebenen Taktik zu handeln. Inzwischen war ein Antrag eingelaufen, Wulff und die Gebrüder Schod wieder als Mitglieder in den Verband aufzunehmen. Hiergegen wandten sich alle Redner; man sei nicht gewillt, Kollegen, welche schon zweimal Streikfortbedienste geleistet haben, so ohne weiteres wieder als Mitglied aufzunehmen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß am kommenden Sonnabend in den Zahlstellen eine vom Vorstand herausgegebene Broschüre an die Mitglieder zur Verteilung gelangen werde.

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am Dienstag eine nur mäßig besuchte Versammlung ab. Hirtmann erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern vor dem Einigungsamt, die eine vollständige Anerkennung des im vorigen Jahr während der Lohnbewegung von den Arbeitern aufgestellten Lohns tarifs bezwecken sollten. Die Unternehmer erklärten damals den Tarif durch Unterschneidung an, aber nach Beendigung des Streiks wurden die Tarifforderungen wieder vielfach verweigert. Die Arbeiter verlangten nunmehr die Anerkennung des Tarifs vor dem Einigungsamt. In einer aus diesem Anlaß einberufenen Arbeitgeber-Versammlung wurde aber beschlossen, eine derartige, doch nur moralisch bindende Anerkennung des Tarifs zu verweigern. Eine gleiche Antwort erfolgte von dem Vertreter vor dem Einigungsamt und damit war jede Einigung abgelehnt. Die Versammlung beschloß, dieses Gebahren der Unternehmer, dem Urteil der öffentlichen Meinung zu unterbreiten, um die Forderungen bei günstiger Geschäftszeit zu erneuern. Ritsche erinnert sodann an die Dedung des Darlehns. Nach längerer Besprechung beschließt die Versammlung gegen nur wenige Stimmen, daß vom 17. Februar ab jeder arbeitende Marmor- und Granitarbeiter pro Woche 50 Pf. für den Streifonds zu zahlen hat. Die Vertrauensleute haben auf allen Arbeitsstätten die Verzählung, sowie eine genaue Kontrolle zu veranlassen. Ueber Stellungnahme zum Kongress referierte Ritsche in sehr ausführlicher Weise, indem er unter Hinweis auf die vermehrte Arbeitsbewältigung die Anstellung eines besoldeten Beamten empfahl. Die weitere Beratung über diesen Gegenstand wurde vertagt.

Die Spandauer Arbeiterschaft nahm am Mittwoch in einer öffentlichen Volksversammlung im Besessenen Lokale, welche trotz des Schneegestäubers, das am Abend herrschte, zahlreich besucht war, zu der Flottenvorlage Stellung. Das äußerst fesselnde Referat des Genossen Jubel wurde von den Versammelten mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion vertrat ein Arbeiter P., welcher in der Pulverfabrik zu Spandau beschäftigt ist, den Standpunkt, daß die Annahme der Flottenvorlage zu wünschen sei, da im Falle der Ablehnung der Flottenvorlage durch den Reichstag etwa 70 000 Staats-Werkstätten-Arbeiter brotlos werden würden. Die Socialdemokratie sei aber doch noch nicht so weit, um diesen Arbeitern gleich Arbeit zu geben und immerhin sei die Lage der Arbeiter in Staatsbetrieben eine etwas bessere, als die derjenigen in Privatbetrieben, denn ihnen sei es möglich, sogar 5 und 6 M. pro Tag zu verdienen, wenn auch die Mehrzahl der Staatsarbeiter nur mit 2,50 M. entlohnt werde. Jubel wies auf die Unmasse Arbeit hin, die den Arbeitern schon im heutigen Staat zufallen müßte, wenn dieser Staat die Kulturaufgaben (Erweiterung und Verbesserung der Eisenbahnen, Bau von Lungenheilstätten etc.) nicht weiter zu Gunsten des Militarismus und Militarismus hinten lassen würde. Caro und Schröder kritisierten die von P. so glänzend geschilderte Lage der Arbeiter in den Staatsbetrieben und Schiffsverfehr (Sullan) an der Hand zahlreicher Beispiele, und führten den ängstlichen Herrn P. wegen seiner Befürchtungen, die er an die Ablehnung der Flottenvorlage knüpfte, unter der lauten Zustimmung der Versammlung gründlich ab.

Die Berliner Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Der Reichstags-Abgeordnete Pauli-Potsdam, welcher zum Besuch der Versammlung schriftlich eingeladen war, hatte sein Fernbleiben brieflich mit einer Reise nach Heidelberg entschuldigt.

Nabebrück bei Alt-Landsberg. Eine von den Bewohnern der Umgegend gut besuchte Volksversammlung tagte hier am Sonntag im Weperschen Lokal. Genosse Stadthagen sprach unter reger Zustimmung über die letzten politischen Ereignisse. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zur Gründung eines Arbeitervereins. Unter Berücksichtigung, daß an den einzelnen Orten nicht soviel unabhängige Personen vorhanden sind, um einen Vorstand bilden zu können, beschloß die Versammlung, von der Gründung eines Vereins vorläufig abzusehen, und dem socialdemokratischen Verein von Stralau-Rummelsburg beizutreten. Man will an den einzelnen Orten Filialen dieses Vereins mit einem Vertrauensmann errichten. Es erfolgte sodann die Wahl je eines Vertrauensmanns für den Bezirk Alt-Landsberg-Neuenhagen und den Bezirk Fredersdorf-Bruchmühle nebst angrenzenden Ortschaften. Von den zahlreich erschienenen erklärten gleich eine Anzahl Personen ihren Beitritt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 15. Februar. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten kam der bekannte Flaggenerlaß und die Angelegenheit der Einziehung einer Flagg bei der Universität Würzburg am Geburtag des Kaisers zur Sprache. Der Kultusminister Dr. von Landmann erklärte, die Einziehung der Flagge sei nicht vom Ministerium angeordnet; der Flaggenerlaß selbst sei älteren Datums. Daß derselbe im vorigen Jahre wieder in Erinnerung gebracht wurde, richtete sich in keiner Weise gegen den Kaiser oder einer andern hohen Persönlichkeit.

Frankfurt a. M., 15. Februar. (B. Z. V.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Außer dem Vortugsrecht auf Erbanung einer Eisenbahn Kors-Erzurum wurde Rußland auch ein solches für Erzurum-Trapezunt gewährt. Doch wurden von den Ungarinnen solche von dem Vortugsrecht ausgenommen, welche in dem Bereich der KonzeSSION für die Bagdadlinie fallen könnten. — Die englische Regierung unternimmt seit gestern hier Schritte zum Ankauf mehrerer Batterien für Sibirien.

Frankfurt a. M., 15. Februar. (B. Z. V.) Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Lissabon: Die Regierung wird keinerlei Truppenverstärkungen nach Afrika entsenden.

Frankfurt a. M., 15. Februar. (B. Z. V.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Madrid mitgeteilt: Der heute früh 1 Uhr beendete Ministerrat beschloß die Freilassung von 28 auf der Insel Mafarinas im Bago befindlichen Barcelonaer Anarchisten.

Paris, 15. Februar. (B. Z. V.) Deputiertenkammer. Die Beratung des Kriegsbudgets wird fortgesetzt. Pelletan untersucht, ob die Millionen, welche für die nationale Verteidigung bewilligt, wohl angewendet seien, kritisiert die zu große Zahl der Regimenter und legt dar, daß die französischen Artillerie- und Genieoffiziere zu lächerlichen Beschäftigungen verwendet würden, auch würden die Effektivbestände durch die übergroße Zahl der Offiziersburden und Ordonanzen vermindert. Des weiteren führt er aus, daß bei den Bewaltungen der Regimenter viel Geld verschleudert werde.

Vordeaux, 15. Februar. (B. Z. V.) Ein mit leeren Fässern besadener, von Rantes kommender Dampfer kenterte an der Mündung der Gironde. 13 Mann ertranken.

Reichstag.

149. Sitzung vom 15. Februar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. v. Buchta, v. Thielen.

Die zweite Beratung des Kolonialstatuts wird fortgesetzt. Zunächst werden die zurückgestellten Titel der Schutzgebiete Kamerun und Togo betr. den Reichszuschuß debattelos angenommen.

Weiter werden die zurückgestellten Titel betr. Eisenbahnen aus dem Statute für Südwestafrika debattelos angenommen.

Schließlich werden die auf die Kolonialverwaltung bezüglichen Teile des Etats für das künftige Jahr, Tit. 1-9, genehmigt.

Zu Tit. 10 werden zur Erwerbung eines Grundstückes behufs Errichtung eines Dienstgebäudes für die Kolonialverwaltung als erste Rate zum Beginn der Bauausführung 1 753 000 M. gefordert.

Die Kommission beantragt, diesen Titel zu freieren. Das Haus beschließt debattelos demgemäß.

Damit ist der Kolonialetat mit Ausnahme der an die Budgetkommission zurückverwiesenen Teile erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung.

Zum Kapitel „Centralverwaltung“ beantragt Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) folgende Resolutionen:

Der Reichstag wolle beschließen: 1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß im Militärstatut für Eisenbahnen bei Verleihungen von Mannschaften vom Feldwebel abwärts die Vergütung für den Kilometer von 1,5 Pf. auf denselben Satz, welcher für die gleichen Mannschaften im geschlossenen Truppenteil vorgesehen ist, nämlich auf 1,0 Pf. ermäßigt werde;

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Personentaxen der Eisenbahnen baldmöglichst verbilligt und vereinfacht werden.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Die Frage der Personentaxe ist in diesem Hause bereits öfter behandelt worden, ich kann mich daher darauf beschränken, Ihnen die Resolution zur Annahme zu empfehlen. Was die Frage der Herabsetzung der Kilometergebühren bei Verleihungen der Mannschaften anlangt, so liegt eine Erklärung der Militärverwaltung vor, wonach es dieser nicht gelungen ist, die Herabsetzung bei der Eisenbahnverwaltung durchzusetzen.

Es bleibt uns nun nichts anderes übrig, als den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in diesem Sinne auf die Reichs-Eisenbahnverwaltung einzuwirken.

Preussischer Eisenbahnminister v. Thielen: Was die Frage der Personentaxe anlangt, so kann ich nur wiederholen, daß wohl ein Bedürfnis zur Vereinfachung, aber kein Bedürfnis zur Ermäßigung der Personentaxe vorliegt.

Die Gründe dafür liegen erstens darin, daß innerhalb der bestehenden Tarife sich der Personenverkehr in Deutschland ganz außerordentlich entwickelt hat, zweitens darin, daß die Tarife in Deutschland verhältnismäßig billiger sind als in den meisten anderen Ländern, z. B. Amerika, England und Frankreich, und drittens darin, daß die Betriebskosten sämtlicher deutschen Eisenbahnen im ständigen Wachstum begriffen sind.

Zu diesem letzten Punkt will ich nur bemerken, daß es in der Landesbevölkerung vielfach als Härte empfunden wird, daß den Mannschaften bei dem Urlaub z. B. zur Gänze keine Tarifermäßigung gewährt wird.

Ich muß dann auf die Versicherung des Herrn Ministers v. Thielen gegenüber meinem Antrag auf die Wasserbautechniker zurückkommen. Eine Erwiderung darauf behalte ich mir für das preussische Abgeordnetenhaus vor, ich wollte hier nur konstatieren...

Präsident Graf Ballestrem:

Herr Abgeordneter, es geht nicht an, daß Sie bei dem Etat der Eisenbahnen über die Wasserbautechniker reden. Ihre Erwiderung an den Herrn Eisenbahnminister hätten Sie in einer persönlichen Bemerkung in der betreffenden Sitzung erledigen können, jetzt ist dazu nicht der Moment.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich wollte nur konstatieren, daß nach dem stenographischen Bericht das Wort „unfähig“ damals nicht von mir gebraucht ist.

Präsident Graf Ballestrem: Auch diese Bemerkung war hier unzulässig. (Weiterleit.)

Abg. Hank (Eis.):

Die Zahl der Petitionen, die Verbilligung der Personentaxe verlangen, ist Legion, leider aber haben sie noch nicht den geringsten Erfolg gehabt. Das kam mir verstimmt vor. In Süddeutschland sind mit den Kilometertarifen, Sonntagsfahrten usw. die besten Erfahrungen gemacht. Der Satz von 2,07 Einheiten für den Personenkilometer, der für Preußen zutrifft, mag, paßt für Elsaß-Lothringen gar nicht. Die in Preußen sehr beliebte vierte Klasse wird dort sehr wenig benutzt.

Weiter werden in Elsaß-Lothringen die D-Züge mit ihren Platzkarten-Gebühren auch für den Lokalverkehr benutzt. Zur Hebung des Lokalverkehrs ist diese Maßnahme nicht geeignet.

Auch in Bezug auf die Verbilligungsdauer der Eisenbahnbeamten haben sich die Verhältnisse nicht wesentlich geändert. Die meisten Beamten haben eine tägliche Dienstdauer von 12 Stunden.

Außerdem ist der ganze Dienst außerordentlich bürokratisch geregelt. Neben unverhältnismäßig langem Dienst kommen dann wieder unverhältnismäßig lange Dienstpausen vor. Wenn es an dem genügenden Personal fehlt, so stelle man doch einige Leute mehr ein.

Der Reichstag wird keine Zustimmung dazu sicherlich nicht versagen. — Bei dem Unfall in Wiesweiler war der Postwagen entgegen den Betriebsvorschriften als Schutzwagen verwendet. Ich bedauere, daß der Staatssekretär des Reichs-Postamts nicht anwesend ist, um Auskunft darüber zu geben, ob die Hinterbliebenen der verunglückten Postbeamten entschädigt werden.

Preussischer Eisenbahnminister v. Thielen: Wenn die neue Tarifreform zu stande kommt, so wird jedenfalls der erste Paragraph derselben sein, es gibt weder Kilometerbeste, noch Vadekarten, noch Sonntagsfahrten usw., sondern nur ein einfaches Billet und nur für gewisse notwendige soziale Bedürfnisse Arbeiter, Arten und dergl. Die Kilometerarten werden ja in Baden in ziemlich umfangreicher Weise benutzt, aber die badische Verwaltung ist von dem Nachteil dieses Systems ebenso überzeugt wie ich, nur schlägt sie die Vorteile höher ein, als ich das tue.

Wenn die D-Züge in Elsaß-Lothringen nicht überall halten würden, wo dies jetzt geschieht, würde das große Enttäuschung in ganzen Lande herbeiführen. Unser Verfahren geht ja dahin, die D-Züge möglichst selten halten zu lassen; nur das zu ermöglichen, müßten aber erst für den Lokalverkehr andere Verbindungen hergestellt werden.

Die Beamtenfrage ist ja auch schon vielfach erörtert worden. Wir wollen den Beamten nicht übermäßige Belastungen zumuten. Der Eisenbahndienst ist aber kein igematischer, in dem man die Dauer vorschreiben kann. Sonst würde es ja vorkommen können, daß Jäger mitten in der Fahrt halten müssen, weil die Dienstzeit einzelner Beamten zu Ende ist. Seien Sie überzeugt, daß wir alles thun, um eine Hebung unserer Beamten zu verhüten.

Abg. Niff (Eis.):

Ich möchte zunächst eine Angelegenheit zur Sprache bringen, die einen rein lokalen Charakter trägt. Es handelt sich um die Vereinfachung der Bahnhofsübergänge in Neustadt, einer Vorstadt Straßburgs. Wir hoffen, daß schon in dem diesjährigen Etat ein entsprechender Titel eingesetzt werden würde; nun haben wir aber wenigstens in der Kommission die Zusicherung erhalten, daß dies im nächsten Jahre der Fall sein soll. Wir meinen freilich, daß die Stadt Straßburg nicht vertragspflichtig ist. Die Erklärung des Ministers über die Reform des Personentaxen hat uns sehr enttäuscht.

Wir verlangen Kilometerbeste, wie sie in Baden üblich sind, und Land-Dauerarten, wie Württemberg sie hat. Wir haben sich die Anschauungen der Eisenbahnverwaltung geändert! Vor zwei Jahren schrieb unsere Eisenbahndirektion: Wir streben nach einer Reform des Personentaxen in der Weise, daß eine allgemeine Ermäßigung der Fahrpreise eintritt unter Vereinfachung aller Sonderbestimmungen.

Im vorigen Jahre hatte man schon die Vereinfachung fallen lassen; es blieb uns nur noch die Hoffnung auf eine Vereinfachung. Warum sträubt sich die Verwaltung vor einer Ermäßigung der Preise? Sobald eine Vereinfachung eintritt, steigt doch sicherlich der Verkehr und damit auch die Einnahme. Ich gebe zu, daß die Eisenbahnverwaltung in letzter Zeit größere Ausgaben gehabt hat durch Anlegung von Doppelgleisen, von neuen Bahnhöfen zc., aber immerhin sind die Einnahmen in dem Maße gestiegen, daß eine Ermäßigung des Personentaxen wohl eintreten könnte.

Graf v. Bernstorff (Bauernburg) (Rp.): Durch alles, was ich bisher über Vorteile und Nachteile einer Vereinfachung der Tarife gehört habe, bin ich einer solchen Vereinfachung nicht geneigter geworden. Was gut ist an unserm jetzigen Tarif, würde bei einer Vereinfachung leider verloren gehen.

Was nützt z. B. ein Retourbillet Berlin-Hamburg, Berlin-Dresden usw., wenn ich die Schnellzüge nicht benutzen kann? Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch den Minister bitten, zu erwägen, ob nicht die Gültigkeitsdauer der Retourbillets auf 10 Tage erhöht werden kann.

Eisenbahnminister v. Thielen: Ich wende mich gegen die Ausführungen des Abg. Niff. Ein Wechsel in dem Standpunkt der Straßburger Eisenbahndirektion sei nicht eingetreten. In dem betreffenden Erlaß sei nicht von der Ermäßigung der Preise, sondern der normalen Preise die Rede. Er könne sich mit diesem Erlaß einverstanden erklären, obwohl er nicht sein Urheber wäre.

Abg. Leinenweber (natl.) wünscht bessere Anschlußlinien an die pfälzischen Eisenbahnen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Die Vereinfachung der Tarife ist für uns viel wichtiger wie die Vereinfachung. Wenn das Reichs-Eisenbahnamt die Macht anwänden würde, die es hat, so könnte es eine Vereinfachung der Tarife durchsetzen. Bei den Tarifen für die dienstlich reisenden Soldaten und den Urlaubern liegt ein Mißverhältnis vor, das beseitigt werden muß.

Deshalb bitte ich um Annahme meines Antrags. Meiner bringt die Censur zur Sprache, die die Eisenbahnverwaltungen an den Vätern der Bahnhofs-Verschönerungen übt. Die Eisenbahnverwaltung hat keine Berechtigung, sich um die Leistung des reisenden Publikums zu kümmern. Höchstens in Bezug auf den Verkauf von Ansichtskarten dürfte sie Vorschriften erlassen. Tagelang hat sie gar kein Recht, Parteipolitik zu treiben und gewisse Zeitungen ihrer politischen Richtung wegen vom Bahnhofverkauf auszuschließen.

Von dem Ausschluß des „Vorwärts“ hat die Socialdemokratie insofern Vorteil, als wir Parlamentarier auf der Reise z. B. und nicht über den Inhalt des Blattes unterrichten können und deshalb socialdemokratische Angriffe nicht abwehren können. (Heiterkeit.) Der „Simplificismus“ ist verboten, aber englische Witzblätter, die viel stärkere Dinge in der Richtung bringen, wegen deren der „Simplificismus“ verpönt ist, sind auf den Bahnhöfen käuflich. Man ist also nicht einmal konsequent und macht sich dadurch geradezu lächerlich.

Abg. Hank (Eis.) befragt noch einmal die Herabsetzung der Tarife.

Abg. Dr. Graf v. Stolberg-Wernigerode: Wegen einer Vereinfachung der Personentaxe muß ich mich entschließen erklären. Die Tarife müssen nach den Selbstkosten berechnet werden. Der Güterverkehr bringt mehr ein als der Personenverkehr, es sollten also zuerst die Güterpreise ermäßigt werden.

Eine Herabsetzung der Personentaxe darf erst nachfolgen, jetzt liegen mir für eine Herabsetzung der Personentaxe bei den Urlaubern Gründe vor. Mit dem Programm des Ministers bin ich vollständig einverstanden. Wir begrüßen die Vereinfachung der Tarife. Eine Vereinfachung ist um so weniger angebracht, als die Kosten ständig steigen sind.

Abg. Schrader (fr. Sp.): Es scheint alles noch in der Schwebe zu sein, die Regierung weiß offenbar noch nicht recht, was sie thun soll. Von einer Ermäßigung der Personentaxe, das scheint festzustellen, wird in absehbarer Zeit keine Rede mehr sein. Die einzige Hoffnung, die in der Lage wäre, Wandel zu schaffen, ist das Reichs-Eisenbahnamt, mit anderen Worten der Reichskanzler. Dieser könnte einen starken Druck auf die Einzelstaaten ausüben.

Vom Abg. Hank (Eis.) ist eine Resolution eingegangen, in welcher verlangt wird, daß auf den eisenbahnlichen Bahnen den Teilnehmern an den Verhandlungen von Darlehnsklassen-Vereinen und landwirtschaftlichen Kreisvereinen freie Mitfahrt gewährt wird.

Abg. Gamp (Rp.): Ich muß, der Ansicht widersprechen, daß das Reichs-Eisenbahnamt in der Lage sein soll, die Tarife der einzelstaatlichen Eisenbahnen maßgebend zu beeinflussen. Die Festsetzung der Tarife darf den Leitern der Einzelverwaltungen nicht entzogen werden. Die Abschaffung der vierten Klasse empfiehlt sich nicht. Es gibt Leute, die fahren heute lieber vierter als dritter Klasse. Unsere zweite Klasse ist besser als fast in der ganzen Welt die erste. An den Gütertarifen hat die große Allgemeinheit ein Interesse, mit den Personentaxen ist doch viel Zugunsten verbunden. (Lachen links.) Speziell die eisenbahnlichen Bahnen haben nicht solche Ueberflüsse, daß eine Tarifvereinfachung geboten erscheinen könnte.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Rp.) amendiert seine Resolution dahin, daß hinter die Worte Personentaxe die Worte „und Gütertarife“ eingefügt werden. Er wolle der Rechten entgegenkommen und dem Reichskanzler auch um billigere Gütertarife ersuchen. Billige Tarife liegen im Interesse der Kultur.

Abg. Dr. Graf v. Stolberg-Wernigerode (I.): Von den Rückfahrkarten, Saisonkarten zc. hat in der Hauptsache nur der Großstädter Vorteil. Deshalb sind wir für die vom Minister Thielen geplante Vereinfachung.

Abg. Dr. Schrader (fr. Sp.): Die Freunde der Verstaatlichung der Eisenbahnen wollten gerade Vereinfachung der Tarife dadurch erreichen. Daß der Personenverkehr so große Ausgaben für die Eisenbahnverwaltung bedingt, ist nicht richtig. Ein reger Personenverkehr bedingt doch auch regen Güterverkehr und dadurch haben sich die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung.

Preussischer Eisenbahnminister v. Thielen: Die Förderung über die neue Tarifreform hat einen rein theoretischen Charakter. Diese Reform ist noch ein ungebrochenes Hind und ihrer Verwirklichung stehen große Schwierigkeiten entgegen. Das liegt besonders daran, daß die Verhältnisse in Nord- und Süddeutschland so verschieden sind. Weder Nord- noch Süddeutschland wird leicht auf seine historisch gewordenen Einrichtungen verzichten. — Man hat gesagt, bei dem Bestehen der Privatbahnen wäre die Kontrolle leichter gewesen. Thatsache ist aber, daß der Staat sich um die Tarife der Privatbahnen fast gar nicht gekümmert hat. Infolge der Verstaatlichung sind dagegen ganz enorme Summen dem Lande durch Tarifermäßigungen erspart worden. Von einer Erhöhung der Tarife infolge der Verstaatlichung kann keine Rede sein. Was die Resolution Hank anlangt, so kann ich erklären, daß auch, wenn sie hier nicht zur Annahme gelangen sollte, ich ihre Forderung jedenfalls in Erwägung ziehen werde.

Abg. Gamp (Rp.) weist gegenüber dem Abg. Schrader darauf hin, daß eine große Reihe von Tarifermäßigungen nach der Verstaatlichung eingetreten sei. Ein großer Vorteil der Verstaatlichung ist auch gewesen, daß Tausende von Unterbeamten in ihrer sozialen Stellung wesentlich gehoben worden sind.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolutionen wird geschäftsordnungsmäßig bis zur dritten Sitzung zurückgestellt.

Beim Kapitel Betriebsverwaltung wünscht Abg. Hank (Eis.), daß ein allgemeines Verbot erlassen würde, daß unter den Beamten für Ehrengelohn gesammelt werde, und bittet ferner um Ausschluß darüber, ob thatsächlich Listen mit Beitrittsaufforderungen zum Flottenverein unter den Beamten existieren haben.

Geheimrat Bittner erklärt, daß das von dem Vorredner gewünschte Verbot bereits erlassen sei. Von der Agitation für den Flottenverein sei ihm nichts bekannt, er würde aber keinen Grund finden, gegen eine solche Listenverteilung einzuschreiten.

Abg. Werner (Antij.) wünscht Besserstellung der Betriebssekretäre und Telegraphisten. Ebenso bedürfen die Lokomotivführer dringender einer Gehaltsaufbesserung. Diese Beamten haben eine ganz besonders verantwortungsvolle Stellung. Sie haben einen viel schwierigeren Beruf, als die Bureaubeamten, da sie allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. Zum mindesten müßten ihre Pensionsverhältnisse anders geregelt werden in der Weise, daß das doppelte Dienstalter in Anrechnung kommt.

Abg. Dabach (C.) tritt für Aufbesserung der Eisenbahn-Telegraphisten ein. — Ferner bitte ich den Herrn Minister dafür zu sorgen, daß wenn schon die Stelle eines Lokomotivführers durch einen Geiziger angefüllt wird, dann wenigstens, sobald dies eine längere Zeit andauert, dieser Geiziger ebenfalls angefüllt wird.

Geheimrat Glöckner: In einer Besserstellung der Betriebssekretäre liegt zur Zeit keine Veranlassung vor. Was die Eisenbahn-Telegraphisten anlangt, so wird zur Zeit erwogen, ob diese Beamtenklasse überhaupt aufrecht zu erhalten ist. Andre Eisenbahnverwaltungen kommen ganz ohne sie aus. Eine Gleichstellung der Eisenbahn-Telegraphisten mit den Telegraphenbeamten der Reichs-Postverwaltung ist ausgeschlossen; an diese letzteren werden viel höhere Anforderungen in Bezug auf die Bildung gestellt. Der doppelten Anrechnung der Dienstjahre bei Regelung der Pensionsverhältnisse der Lokomotivführer stehen erhebliche Bedenken gegenüber. Auch jetzt schon erhalten diese Beamten übrigens einen Zuschuß zu ihrer Pension. Die Lokomotivführer kommen bereits mit 45 Jahren in die höchste Gehaltsklasse und werden in den seltensten Fällen früher pensionsbedürftig.

Abg. Niff (fr. Sp.) verweist darauf, daß z. B. die Jagdführer früher ein niedrigeres Gehalt bezogen, als die Telegraphisten, während sie jetzt sich in einer höheren Gehaltsstufe als die Telegraphisten befinden. Die Gehaltsaufbesserungen sind also nicht nach partiellen Grundsätzen erfolgt.

Abg. Müller-Duisburg (natl.): Die Schwierigkeit, den Telegraphisten zu helfen, liegt darin, daß diese Beamten sich aus sehr verschiedenartigen Bevölkerungsteilen rekrutieren. Es wäre wünschenswert, wenn wenigstens die Telegraphisten, welche eine höhere Vorbildung zu verzeichnen haben, besser gestellt würden.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt. Hiermit wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr verlegt. (Auserdem Antrag Rind-Heber auf Errichtung von Handelskammern im Ausland und Petitionen.) Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 15. Februar, 11 Uhr. Am Ministerisch: Frdr. v. Rheinbaben.

Die Specialberatung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt. — Die Diskussion über den Titel „Minister“ dauert noch fort.

Abg. Staute (C.) befragt sich über die zahlreichen Aufweisungen ausländischer Arbeiter aus den Grenzbezirken Schlesiens.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) findet es befremdlich, daß der Minister es gestern abgelehnt hat, auf den Zusammenhang zwischen der Festsetzung des Berliner Oberbürgermeisters und der März-Friedhoffrage einzugehen. Da aber der neue Minister schon seit dem September im Amt sei und doch die Festsetzung noch monatelang auf sich habe warten lassen, so sei doch wohl anzunehmen, daß die Regierung zunächst das Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts hat abwarten wollen. Der Zusammenhang sei somit nicht wegzulernen. Um so auffälliger sei es, daß die Regierung diesen Zusammenhang früher entschieden genehmigt habe. Eine Festsetzung seiner Annahme sehe er auch darin, daß der Minister es abgelehnt habe, auf die Angelegenheit einzugehen. Hätten wir eine wirkliche Minister-Verantwortlichkeit, so würde der Minister es nicht wagen, eine solche Antwort zu geben. (I) Ebenso hätte der Minister dann ein Eingehen auf den Schieferlag nicht ablehnen können, dessen Fortbestehen er gestern kritisiert habe.

Abg. Brämer-Kelmischkeiten (I.) dankt dem Minister für die energische Bekämpfung der Socialdemokratie im Bezirk Gumbinnen. Selbst Liberale erkennen an, daß etwas Energisches geschehen mußte. Man halte auch den ostpreussischen „Volkshof“ für ein sehr geeignetes Blatt für diesen Zweck, dessen Verbreitung müsse also möglichst gefördert werden. Als Redner dem Abg. Kopff „Verbilligung“ vorwirft, wird es deshalb vom Präf. v. Ardenne zur Ordnung gerufen.

Abg. v. Jagow (I.) hält die Beschwerden der Polen für durchaus unberechtigt. Er und seine Freunde dürften sich viel eher über das Auftreten der Polen beschweren, denn das Deutschthum werde immer mehr bedrängt. Man müsse aber verlangen, daß das Deutschthum ein gewisses Vorrecht habe.

Abg. Niefert (fr. Vg.):

Der Landrat von Homburg, der den Bund aus der Nähe kennt, hat offen ausgesprochen, daß ihm eine ähnliche gemeingefährliche Sache von keiner andern politischen Partei bekannt geworden sei. (Lärm rechts.) Wie wird denn jetzt wieder der Reichstag in ihrer Generalversammlung behandelt? Haben nicht die Händler die Parole ausgegeben, ein Bemühen sei gefährlicher als fünfzig Bebel? (Beifall links.)

Abg. Febr. v. Jeddli (fr.)

potenziert gegen den Abg. Dr. Barth, der gestern darans, daß das Sozialistengesetz nicht mehr bestünde, geschlossen habe, daß die Sozialdemokratie von den Behörden ebenso behandelt werden müsse, wie die andern Parteien. Diese Auffassung sei total irrig. Das Ober-Verwaltungsgericht hat konstant dahin entschieden, daß mit Rücksicht auf die Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie kein Beamter Sozialdemokrat sein und kein Beamter die Sozialdemokratie beugünstigen dürfe. Daraus geht hervor, daß die Sozialdemokratie von der Verwaltung nicht wie eine andre Partei behandelt, daß sie vielmehr mit allen Mitteln niedergehalten werden muß. Wie konnte Herr Dr. Barth den Bund der Landwirte mit der Sozialdemokratie vergleichen? Er wies dem Bund der Landwirte seine Agitation gegen die Handelsverträge vor. Ja, weiß denn Dr. Barth nicht, daß die Regierung sich selbst anderer Meinung geworden ist? Kennt er nicht die Erklärung des Ministers Febr. v. Hammerstein? Er scheint gestern geistesabwesend gewesen zu sein.

Präsident v. Kröcher: Daß ein Mitglied des Hauses geistesabwesend ist, kann ich doch nicht annehmen. Eine solche Aeußerung dürfte wohl nicht der Ordnung des Hauses entsprechen.

Abg. Febr. v. Jeddli (fortfahrend): Wenn man unsere Haltung in der Kanalfrage vorgeworfen wird, so liegt eine arge Uebertreibung vor. Es ist eine reine Zweckmäßigkeitfrage, ob Wasserstraßen oder Eisenbahnen dem Verkehr dienlicher sind. Die Kanalfrage in der Mittelpunkt der Politik zu stellen, ist geradezu grober Unfug. Die Auffassung des Abg. Dr. Barth über die Behandlung der Sozialdemokratie ist ja erklärlich. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie durch den Unfug, daß das Sozialistengesetz durch ein Versehen des Herrn v. Seidorf (?) nicht verlängert worden ist, an ihrer Gefährlichkeit nichts eingebüßt. Aber zwischen Raucherstern und Sozialdemokratie besteht eine gewisse innere Verwandtschaft, so wie zwischen der philosophischen Presse, dem Journalismus und der Sozialdemokratie enge Fäden bestehen. (Bravo! rechts.) Dem spezial freibändlerischen Liberalismus ist mit der Sozialdemokratie gemein die Anhängerhaft an die Goldwährung. Weiter sind die Sozialdemokraten entsetzliche Freibändler und als Bundesgenossen dem Raucherstern beim Kampf um die Handelsverträge höchst willkommen. Diese innere Bundesgenossenschaft macht die Freibändler blind für die Gefahren, die von der Sozialdemokratie drohen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.):

Es ist höchste Zeit, daß in der Verwaltung die Auffassung Platz greift, die Sozialdemokratie sei so zu behandeln, wie jede andre Partei; dem steht auch nicht das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts gegenüber. Das Urteil sagt nur, es verträge sich nicht mit der Stellung eines Beamten, daß er sich eine Begünstigung der Sozialdemokratie zu Schulden kommen ließe. Das ist meine Meinung auch. Ich gebe mir noch einen Schritt weiter und sage: der Beamte darf sich überhaupt die Begünstigung keiner Partei zu Schulden kommen lassen. (Bravo links.) Das ist die thatsächliche Unterlage meines ganzen Rechtsstaates. (Sehr richtig! links.) Die Sozialdemokratie kann keine größere Förderung erfahren, als wenn man so klar wie Herr v. Jeddli zum Ausdruck bringt, daß mit verschiedenen Mäßen gemessen werden muß, daß es den Beamten als Verdienst angesehen werden soll, wenn sie gegen die Sozialdemokratie Ungerechtigkeiten begehen. Es handelt sich geradezu um die Aufreizung der Beamten, die Sozialdemokratie ungerecht zu behandeln. (Bravo! links.) Dies unkluge Verfahren hat dazu beigetragen, die Sozialdemokratie zur stärksten Partei Deutschlands zu machen. Herr von Jeddli war empört darüber, daß der Bund der Landwirte, die Stütze des Staates, mit der Sozialdemokratie auf dieselbe Stufe gestellt werde. In diesen praktischen Fragen steht die Sozialdemokratie auf Seiten der Regierung, während der Bund der Landwirte sie bekämpft. Ich erinnere nur an die Goldwährung. Die Sozialdemokratie hat für die Handelsverträge gestimmt, die der Bund der Landwirte bekämpft, während der Monarch sie als rettende That bezeichnet hat.

Präsident v. Kröcher: Ich bitte, Aeußerungen des Monarchen nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.): Auch wenn sie im „Reichs-Anzeiger“ gestanden hat? (Große Heiterkeit.) Die neuen Handelsverträge werden wieder ebenso angenommen werden, wie die des Jahres 1894, und wenn sie abgelehnt würden, so gibt es ja noch eine Auflösung des Reichstags. Und Remonstration gegen den Bund der Landwirte möchte ich gern noch einmal erleben. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Krenndt (l.)

freut sich, bei der Beratung dieses Etats über die Währungsfrage reden zu dürfen. (Lachen links.) Redner bekämpft die Goldwährung, die schließlich unser ganzes Wirtschaftssystem zerstören müsse. Darum sei die Sozialdemokratie auch nur Anhängerin der Goldwährung. Bei allen Revolutionen aber hätten immer die Girondisten, die Männer vom Schlege des Abg. Dr. Barth, die Hauptschuld gehabt. (Lachen links.) Name aber eine sozialdemokratische Revolution, dann würde Dr. Barth mit als erster zum Schafot geführt werden. (Schallendes Gelächter.) Dann würde er von seiner Vorliebe für die Sozialdemokratie schon geheilt werden. (Ermutes Gelächter.)

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.):

Die Prophezeiung des Abg. Dr. Krenndt hat mich so erfüllt, daß ich ihm gar nicht antworten kann. (Große Heiterkeit.) Herr v. Jeddli hat den Grundlag ausgesprochen, jeder solle im Staat so behandelt werden, wie er es verdiene. Dieses Prinzip verneint die Grundlagen des Rechtsstaates. (Sehr gut! links und im Centrum.) Nicht, wie er es verdient nach der einen oder andern Ansicht soll der Staatsbürger behandelt werden, sondern wie es Recht und Gerechtigkeit erfordern, wie es die Gesetze des Staats verlangen. (Bravo! links und im Centrum.) Wo aber ist das Gesetz, das die ungleiche Behandlung der Sozialdemokratie vorschreibt? — Redner erinnert die Konfessionen an ihr Verhalten bei seiner eigenen Reichstagswahl, wo sie zu Gunsten der Sozialdemokratie den Ausschlag gegen ihn gegeben hätten.

Der Titel „Minister“ wird hierauf bewilligt.

Weim Titel „Unterstaatssekretär“ beschwert sich

Abg. Szynula (l.) über die behördlichen Maßnahmen bei der Zulassung galizischer Arbeiter in Oberschlesien.

Minister Febr. v. Rheinbaben: Zur Erörterung der Frage der Zulassung ausländischer Arbeiter wollte ich eine Konferenz einberufen und auch den Abg. Szynula daran teilnehmen lassen. Nach seinem heutigen heftigen und unbedachten Angriff auf die Regierung werde ich davon absehen, den Abg. Szynula in die Konferenz zu berufen.

Der Titel wird bewilligt.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Titel verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Inzwischen Akt des Handels- und Gewerbe-Etats und Antrag Langerhans auf Einführung der fakultativen Feuerbestattung.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Kommission begann am Donnerstag ihre Beratungen bei dem § 58. Nach demselben hat die Feststellung der Entschädigung „in bestimmtem Verfahren“ zu erfolgen. Da dieser Antrag nicht beschlossen ist, beantragen die Sozialdemokraten, daß für die Feststellung eine Frist von höchstens vier Wochen nach dem Unfall festgesetzt werde. Diese Frist

ist bedingt dadurch, daß nach einem Betriebsunfall von Beginn der fünften Woche an das Krankengeld auf mindestens 2/3 des Arbeitslohns erhöht werden muß. Trotzdem erklärt sich die Regierung gegen den Antrag, weil es nicht möglich sei, in allen Fällen innerhalb 4 Wochen die nötigen Voruntersuchungen zum Abschluß zu bringen. Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, daß in solchen Fällen eine vorläufige Feststellung zulässig sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Dasselbe Schicksal hatte aus demselben Grunde der weitere sozialdemokratische Antrag, der für die Feststellung des Schadens der festgestellten Entschädigung einer Frist von höchstens zwei Monaten vorseht.

Der verunglückte Arbeiter muß nach dem geltenden Recht innerhalb zwei Jahren bei der zuständigen Berufsgenossenschaft seinen Anspruch anmelden, weil sonst der letztere verjährt. Der Regierungsentwurf enthält die Verbesserung, daß die Anmeldung auch dann genügt, wenn sie bei einer andern Berufsgenossenschaft erfolgt ist. Die Sozialdemokraten verlangen, daß auch die Anmeldung bei den Behörden zulässig sein soll, denn sonst könnten viele Arbeiter schwer gefährdet werden. Nachdem die Regierung eine Ergänzung des Antrags dahin verlangt und erreicht hatte, daß als Behörden nur die unteren Verwaltungsbehörden zu verstehen seien, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die Sozialdemokraten verlangen, daß dem Verletzten vom Schiedsgericht das nötige Geld zur freien Eisenbahnfahrt zwecks persönlicher Wahrnehmung seines Termins zugesetzt werde. Der jetzige Zustand sei gerade für die nichtorganisierten Arbeiter am schlimmsten, denn der organisierte Arbeiter erhalte von seiner Gewerkschaft zur Reise an das Schiedsgericht die nötigen Mittel, während der andre mit Rücksicht auf die für seine Verhältnisse immerhin beträchtlichen Kosten von dem Recht, vor dem Schiedsgericht persönlich zu erscheinen, keinen Gebrauch machen könne. Der Antrag wird aber abgelehnt.

Der Entscheidung des Schiedsgerichts muß, so beantragen die Sozialdemokraten, eine Rechtsbelehrung über die Frist zur Einlegung des Rekurses an das Reichs-Versicherungsamt angehängt werden. Auch diesen Antrag widerspricht der Geheimen Regierungsrat Caspar, da durch denselben mancher Arbeiter, der ohne eine derartige Rechtsbelehrung gar nicht an weitere Schritte denken würde, zur Einlegung des Rekurses veranlaßt werden könnte. Die Sozialdemokraten antworteten hierauf, daß gerade aus diesem Grunde die Annahme des Antrags notwendig sei, weil ja sonst die Unkenntnis des Rechts zum Schaden der Arbeiter ausgebeutet werden würde. Der Antrag fand denn auch fast einstimmige Annahme; nur die Nationalliberalen stimmten dagegen.

Um die Geschäfte des Reichs-Versicherungsamts zu vereinfachen, hat die Regierung vorgeschlagen, daß das Reichs-Versicherungsamt den Rekurs, der mangelfähig oder verspätet ist oder sich als „offenbar ungerechtfertigt“ darstellt, ohne mündliche Verhandlung zurückzuweisen hat. Sowohl von den Sozialdemokraten als von den Kreisrichtern wird beantragt worden, diese Ausnahmeregelung für den Fall des „offenbar ungerechtfertigten“ Rekurses zu streichen. Die Meinungen darüber, welcher Rekurs „offenbar ungerechtfertigt“ sei, könnten sehr weit auseinandergehen. Auch sehe man nicht immer einem von ungeschickter Hand hergestellten Rekurs auf den ersten Blick an, welche Gründe noch beigebracht werden könnten. Daher sei es möglich, daß die von der Regierung vorgeschlagene Aenderung das allgemeine Vertrauen zum Reichs-Versicherungsamt erschüttern würde. Die Regierungsvertreter erklärten wiederholt, daß eine Entlassung des Reichs-Versicherungsamts unbedingt notwendig sei. Die vorgeschlagene Aenderung solle nur in ganz zweifelhaften Fällen in Wirklichkeit treten, wenn sowohl der Bescheidende als auch der Vertreter der Unternehmer und der der Arbeiter den Rekurs als unbedingt ausständig anerkennen. Um jeden Zweifel zu beseitigen, wird der Wortlaut des Regierungsentwurfs dahin geändert, daß der Rekurs einstimmig für „offenbar ungerechtfertigt“ erklärt werden müsse und zweitens wird eine Milderung dadurch herbeigeführt, daß das Reichs-Versicherungsamt nicht verpflichtet, sondern berechtigt ist, die mündliche Verhandlung ausfallen zu lassen. Nach diesen Aenderungen wird der Regierungsvorschlag angenommen.

Bei Einlegung des Rekurses an das Reichs-Versicherungsamt soll nach einer weiteren von der Regierung verlangten Abänderung angegeben werden, aus welchem Grunde die Entscheidung des Schiedsgerichts angefochten wird. Die Kreisrichtern verlangen die Streichung dieses Antrags, da eine Erleichterung des Rekurses völlig überflüssig sei. Die Regierung empfiehlt die Abänderung damit, daß noch ihrem Vorschlag das Reichs-Versicherungsamt sofort in der Lage sein wird, etwaige neue Beweismittel beizugehen zu beschaffen und dadurch das Verfahren zu beschleunigen. Auf verschiedene Anfragen giebt die Regierung die Erklärung ab, daß durch das Fehlen von Gründen der Rekurs weder als unzulässig noch verspätet oder als „offenbar ungerechtfertigt“ gelten kann. Hieran ziehen die Kreisrichtern ihren Antrag zurück und der Vorschlag der Regierung wird angenommen.

Nächste Sitzung Freitag.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber Arbeiterinnen-Erhaltung sprach Maria Jettin am Mittwoch in einer äußerst zahlreich besuchten Volksversammlung, die im Konzerthaus Sandersons tagte. Die wichtige Frage des Arbeiterinnen-Schutzes — führte die Referentin aus — ist in meinen Tagen wieder aktuell geworden durch die auf Anordnung der Regierung durch die Fabrikinspektoren vorzunehmenden Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Diese Enquete wird zwar in jedem Bundesstaat in anderer Weise angeführt, sie ist nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt, und abgesehen sie deshalb recht mangelhaft werden wird. Haben sich doch schon in den verschiedenen Industriebezirken die Stimmen der Unternehmer gegen die Vornahme der Erhebung ausgesprochen. Dem Kapitalisten ist jeder Arbeiterinnen-Schutz wider. Er kennt keine Rücksicht auf das Menschentum, welches an der Ware Arbeitskraft hängt, er kennt auch keine Rücksicht auf die besonderen Aufgaben, welche die Arbeiterin als Frau und Mutter zu erfüllen hat. Der Arbeiterinnen-Schutz ist notwendig im Interesse der Gesundheit des weiblichen Proletariats und im Hinblick auf das Wohl der kommenden Generation. Die Natur des weiblichen Geschlechts bringt es mit sich, daß die Frau durch die gesundheitsschädlichen Einflüsse der Industriearbeit besonders schwer betroffen wird. Rauschgift ist zwar für Fabrikarbeiterinnen abgelehnt, dagegen herrscht sie in der Hausindustrie in ungeheurer Menge. Aber nicht nur die Hausarbeit, auch der lange Arbeitstag zehrt an der Gesundheit der Arbeiterinnen, besonders wenn man bedenkt, daß die Frau nicht nur Fabrik-, sondern auch Hausknechtin ist. Wie durch ärztliche Autoritäten festgestellt ist, ist die anhaltende Arbeit an der Nähmaschine für junge Mädchen und für Frauen zu gewissen Zeiten eine Ursache dauernder Schädigung der Gesundheit. Wie verheerend die Beschäftigung in Betrieben, welche Blei, Quecksilber und andre giftige Stoffe verarbeiten, ebenso die Tätigkeit in der Tabakindustrie auf die Gesundheit der Arbeiterinnen und ihrer Nachkommen wirkt, das ist so bekannt und spricht mit so zwingender Notwendigkeit für den Arbeiterinnen-Schutz, daß es der Erhebungen nach dieser Richtung nicht mehr bedarf. Die Frau, welcher der Kapitalist das Wort aus den Knochen und das Blut aus den Adern gelogen und blinkendes Gold daraus gemünzt hat, kann nicht die Mutter eines gesunden Geschlechts werden, und die in endloser Arbeit ausgebeutete Mutter kann nicht die Zeit finden, sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Im Hinblick auf diese Thatsache steht es der herrschenden Gesellschaft schlecht an, über Verzehrung der Jugend zu klagen und ein Gesetz zu machen zur Zwangs-erziehung derjenigen Jugend, die mangels der erforderlichen Mittel nicht in der Lage ist, hausgemäßen Lastern zu fröhnen.

Wie verlangen Schutzes nicht nur für die verheirateten, sondern auch für die ledigen Arbeiterinnen und füngemäße Anwendung der Schutzvorschriften auch auf die weiblichen Angestellten im

Handelsgewerbe, die ländlichen Arbeiterinnen und die Diensthöten. Ein gänzlich Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen, wie es die Centralvereine wollen, ist eine Utopie, denn ein solches Gesetz kann doch nicht die Ursachen, welche die Frau zur Erwerbsarbeit zwingen, aus der Welt schaffen. Wenn den Frauen die Fabriken verschlossen sind, dann werden sie sich der Heimarbeit zuwenden und infolgedessen nicht einmal den dürftigen Schutz genießen, welcher den Fabrikarbeiterinnen zusteht. Ein Verbot der Fabrikarbeit für verheiratete Frauen würde eine Vermehrung der Kontinuität zur Folge haben. Wir sind zwar nicht gegen freie, auf gegenseitiger Reizung beruhende Ehen, aber da die gesetzliche Ehe doch den Kindern einen gewissen gesetzlichen Schutz gewährt, so wünschen wir nicht die Ausdehnung der Kontinuität. Die industrielle Frauennarbeit ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche Selbstständigkeit und die politische Gleichberechtigung der Frau, darum sind wir nicht für ein Verbot der Frauenarbeit, aber für ausgedehnten Arbeiterinnen-Schutz, denn dieser giebt den Frauen Zeit, sich fortzubilden, an den gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse teilzunehmen und mit einzutreten in den großen Kampf für die Befreiung des Proletariats. Wir fordern soziale Reformen als Mittel zur sozialen Revolution.

Der wirkungsvolle zweifelhingige Vortrag fand stürmischen Beifall. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, welche besagt, daß die Versammlung sich den Ausführungen der Referentin anschließt, und ausgedehnten gesetzlichen Arbeiterinnen-Schutz gemäß den Forderungen des sozialdemokratischen Programms und den auf dem Parteitag aufgestellten Gesichtspunkten fordert.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Vierzehnter Tag.

Staatsanwalt Kleine erhält das Wort zum Plaidoyer. Er leuchtete den schmutzigen Charakter des Angeklagten v. Kriegsheim, dessen Verbrechen um so schwerer ins Gewicht fielen, als besonders glückliche Bedingungen vorhanden gewesen seien, um diesen Mann zu einem tüchtigen Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft zu machen. Die lange Untersuchungsfrist habe der Angeklagte seiner Verantwortlichkeit zuschreiben. Unter andern führt der Staatsanwalt an: Jeder Verbrecher hat einen Augenblick, wo er die innersten Tiefen seines Handelns offenbart. Der Angeklagte hat dies in einem Briefe gethan, in welchem er sagte: „Ich fürchte mich vor keinem Staatsanwalt, Untersuchungsrichter oder Gerichtshof; ich werde mit ihnen allen fertig, man braucht bloß so viel zu schreiben, daß sie alle müde werden.“ Nach dieser Methode hat er denn auch wirklich während des ganzen Verfahrens gehandelt. Der Verhandlung standen insofern große Schwierigkeiten im Wege, als bei der Länge der Zeit viele Zeugen in ihrer Erinnerung nicht mehr fest genug waren, um die Schuld des Angeklagten nachzuweisen. Deshalb werde in vielen Fällen der Anklage freisprechung erfolgen müssen, nicht weil kein Engel so rein ist, wie Herr v. Kriegsheim, sondern weil die Beweise nicht ausreichen. Wie ein geschickter Einbrecher schon beizeiten sein Alibi präpariert, so hat der Angeklagte schon Jahre voraus das System festgelegt, nach welchem er die vertrauensvollen Leute rufen zu können glaubte, ohne mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen. Als er schließlich ganz fertig war, da geschah etwas, was in Berlin schon freiwildlich für jemand, der pleite ist, geworden ist: der Angeklagte wurde Vandalenführer! Er hat seine Tätigkeit in der Bank mit einem Schwindel begonnen, indem er bezüglich der Zahlung des Grundkapitals falsche Eintragungen in das Genossenschaftsregister veranlaßte. Die 5000 M., die er dem Notar vorlegte, erinnern an die Schauspielerin, deren glänzende Brillanten das Publikum in Erstaunen setzen, während die Trägerin derselben weiß, daß hinter den Coullissen schon der Zerkleber steht, der ihr den Schwindel geordnet hat und darauf bedacht ist, ihr ihn nach dem Gebrauch sofort wieder abzuschmeißen.

Der Staatsanwalt beantragt schließlich gegen v. Kriegsheim drei Jahr sechs Monat Zuchthaus unter Anrechnung von 4 Monaten, 5 Jahre Ehrverlust und 3000 M. Geldstrafe event. noch 300 Tage Zuchthaus. Bei Wismann läßt der Staatsanwalt sämtliche Anklagefälle fallen bis auf einen Fall der Untreue, wofür die Untersuchungsfrist beantragt. Es sei ja bedauerlich, daß Wismann so lange in Untersuchungsfrist habe zubringen müssen, er sei daran aber nicht unschuldig.

Die Verteidigung.

Als erster Verteidiger trat Rechtsanwält Bronker für mildere Beurteilung verschiedener Straftaten des Angeklagten v. Kriegsheim ein. Ingegeben sei, daß der Angeklagte nicht die Größtmöglichkeit gezogen und Wäcker nicht ordnungsmäßig geführt habe, es liege aber eine Zahlungseinstellung in der Allgemeinheit nicht vor und deshalb löme v. Kriegsheim auch nicht wegen Vergehens gegen die Reichs-Konkursordnung verurteilt werden.

Rechtsanwalt Morris wendet sich gegen den Staatsanwalt, der als ein Schindwebwichtin des Angeklagten hervorgehoben habe, daß dieser zuerst mit 5 Verteidigern und zuletzt noch mit 3 aufträte. Der Verteidiger bekämpft auch den Gedanken, daß es hier darauf ankommen könne, daß der Angeklagte von Abel sei. Hierin habe sich der Gerichtshof absolut nicht zu kümmern, sondern er habe höchstens darüber nachzudenken, in wie weit Erziehung und Lebensgewohnheit des Angeklagten bei der Abmessung der Strafe in Erwägung zu ziehen ist. Da diese doch nicht verneinbar werden, daß der Angeklagte, der mit dem für Offiziere üblichen Maße von Bildung in das Heer eintrat, in dem Augenblicke, als er durch widrige Umstände zum Verlassen dieses Berufs gezwungen war, plötzlich in ein Chaos hineingeriet, in welchem er nicht mehr die richtigen Wege zu finden wußte. Der Angeklagte leidet in gewissem Sinne an moral insanity, er gehört zu den

Ueberrauschen.

denen das richtige Verständnis dafür fehlt, wo die Grenzen von Gut und Böse liegen. Für den Fall der Beurteilung in einzelnen Fällen müsse berücksichtigt werden, daß der Angeklagte 1 Jahr 9 Monate Untersuchungsfrist hinter sich habe, die wesentlich unverändert von ihm getragen worden ist.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt führt an, wenn man erwäge, daß der Angeklagte durch die Verhandlung von manchem Verdachte gereinigt worden sei, so liege die Sache doch nicht so, daß das Ueberrauschen den Angeklagten ins Quarantän führen müsse. Der Verteidiger schloß, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Gerichtshof den aus einer hochachtbaren und hochangesehenen Familie stammenden Angeklagten von der entsetzlichen Strafe, dem Zuchthaus, bewahren werde.

Für den Angeklagten Wismann beantragt Rechtsanwält Dr. Schneider völlige Freisprechung.

Darauf wurde die Verhandlung bis Freitagvormittag 10 Uhr vertagt.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierien Berliner Wahlkreis (Westl. Osten) hatte am Dienstag eine Versammlung anberaunt. In der Robert Schmidt über das Thema: Haben die Arbeiter einen Nutzen von dem wirtschaftlichen Aufschwung? referierte. Redner bejahte die Frage, wies aber darauf hin, daß die Kapitalisten den größten Vorteil einheimsen. Der Reich der Arbeiter sei ein verhältnismäßig geringer und müsse fast allgemein im schweren Kampf durch die Gewerkschaft errungen werden. Eine Diskussion folgte dem Vortrag nicht. Von den übrigen zur Erledigung gelangten Gegenständen sei hervorgehoben, daß der Vorstand, einer Anregung aus der Versammlung folgend, in nächster Zeit die Frage der Konsumvereine zur Debatte stellen wird.

Die Steinbildhauer hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung bei Gruppe, Amnenstraße, ab, um zu dem Resultat der bisherigen Verhandlungen mit der Firma G. v. t. Seidler zwecks

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Montag, den 19. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr,
bei **Grannann**, Rannustraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Lennhoff** über: Tuberkulose und Tuberkulose-Verhütung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Grosser Wiener Maskenball

am Sonnabend, den 17. Februar 1900,
in Schlegelsberg's Festsaal (Zuhaber-Schindler), Hasenheide 21.
Anfang 8 Uhr.
Billets a 50 Pf. sind zu haben bei Adelb. Nachweis, Rannun-
straße 78, bei Grannann und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Verein die *Urania* zum
Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr, gemietet hat. Billets
zu dieser Vorstellung können abgehoben werden und zwar bei dem Kassierer
D. Busch, Reichensbergerstr. 48, vom 3. Droppel. 141/6
J. A.: G. Darfort, Vorsitzender, Grünauerstr. 25.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei **Cohn**, Benthstr. 20/21:
Sitzung der Orts-Verwaltung.

Parquetbodenleger

Sonntag, 18. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, bei **Buske**, Grenadierstr. 33:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Vorlage des abgeänderten Textes. 3. Bericht des
Kollegen, es ist nicht über, zu entscheiden!
Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn **Hoffmann**
(Englischer Garten), Alexanderstr. 70/1:

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher.

Tages-Ordnung:
Unsere Forderungen und wann stellen wir dieselben?
Kollegen! In dieser Versammlung müssen alle Kollegen Berlin und
Umgegend erscheinen, nur über diesen wichtigen Punkt der Tagesordnung
Beschluss fassen zu können. Agitiere daher ein jeder für dieselbe. 78/16

Achtung, Bau-Anschläger!

Freitag, den 16. Februar 1900, abends 6 1/2 Uhr, bei **Buske**,
Grenadierstraße Nr. 33:

Ausserordentliche öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Fall **Blume-Charlottenburg**.
Es ist Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung recht zahlreich zu
erscheinen.
Die Lokalkommission. J. A.: August Wagner. 33/11

Fachverein der Holz- u. Bretterträger.

Sonntag, den 18. Februar cr., vormittags 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei **Ewald**, Schönelehnstraße Nr. 6.

Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Ver-
schiebenes.
Nur zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. P. Karnal. 84/2

Achtung, Maurer!

Freitag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, in den Arminiushallen,
Brennerstr. 72-73: [130/12]

Öffentliche Versammlung mit Frauen für Moabit.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag von Frau **Weich** über: Ist die Frau
verpflichtet, sich am wirtschaftlichen und politischen Kampfe zu beteiligen?
2. Diskussion und Beschiedenes.
Regen Wind erwartet
Die Verbandsleitung.

Tischler-Verein.

Sonntag, den 17. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr,
Mehlfeldstraße 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Markwald** über: „Das Bürgerliche Gesetzbuch,
unter besonderer Berücksichtigung des Miet- und Eherechts.“ 2. Ein Unter-
suchungsbericht und Vereinsangelegenheiten. 198/3
Damen haben Zutritt. Der Vorstand.

Steinarbeiter!

Sonntag, den 18. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, im Engl. Garten,
Alexanderstraße 27 c:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Extrakter. 2. Stellungnahme zu den Kongress-
Anträgen. 3. Biersteuern-Abrechnung. 4. Beschiedenes. 172/6
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 18. Februar, vorm. 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei **Cohn** (großer Saal), Benthstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen **Dr. Joël** über:
Wissenschaft und Weltuntergang. 3. Beschiedenes. 172/6
Es erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter

Berlin, Zahlstelle V.
Gruppe Rabijspanner und Träger.
Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, in Feuersteins
Festsaal, Alte Jakobstraße 73:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das Einwirken der neuen Kollegen und welchen Nutzen haben wir
davon? 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Beschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist jeder Kollege verpflichtet
zu erscheinen. Auch werden die Fragebogen in der Versammlung aus-
gegeben. 32/6
Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter

Deutschlands, Zahlstelle Berlin I.
Pant Beschluß der Februar-Versammlung werden von jetzt ab in
folgenden Vorkosten Beiträge entgegengenommen, und zwar am Sonnabend
nach dem 15. jeden Monats, abends von 8 bis 10 Uhr im Saal bei
Oskar Blume, Gubenstr. 6; S Ad: 8 R bei **Theodor Metzner**,
Sallystr. 59, und in den Versammlungen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Friedrichsberg. Achtung!

Dienstag, den 20. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr:
Grosse öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
in Köstlich's Schwarzem Adler, Frankfurter Chaussee 120.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Bürgerdeputierten **H. Thomas** über die praktische
Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Kommunalverwaltung. 2. Diskussion.
NB. Die Herren Gemeindevorsteher der 3. Wahlklasse sind zu dieser
Versammlung schriftlich eingeladen. 222/4
Zahlreiches Erscheinen der Wähler der 3. Klasse ist Pflicht.
Das Wahlkomitee.

Zunolge an mich ergangener Anfragen bitte
ich das pp. Publikum höflichst, etwa vor-
handene Mängel in der Pünktlichkeit der Aus-
gabe der Speisen von den Speisewagen damit
zu berücksichtigen, daß ein jedes Unternehmen
verbesserungsfähig ist, diese jedoch erst mit der
Zeit sich einführen lassen.
Mein Bestreben ist, den Wünschen des
Publikums nach jeder Richtung hin entgegen
zu kommen.
Bei Aufnahme neuer Touren werden die-
selben vorher durch Zusetat bekannt gegeben.
Hochachtungsvoll
L. Höhnke,
Greifswalderstraße 71.

Grosse Berliner Centralküche

Zunolge an mich ergangener Anfragen bitte
ich das pp. Publikum höflichst, etwa vor-
handene Mängel in der Pünktlichkeit der Aus-
gabe der Speisen von den Speisewagen damit
zu berücksichtigen, daß ein jedes Unternehmen
verbesserungsfähig ist, diese jedoch erst mit der
Zeit sich einführen lassen.
Mein Bestreben ist, den Wünschen des
Publikums nach jeder Richtung hin entgegen
zu kommen.
Bei Aufnahme neuer Touren werden die-
selben vorher durch Zusetat bekannt gegeben.
Hochachtungsvoll
L. Höhnke,
Greifswalderstraße 71.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1/50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Arbeiten Sie

nur bei echtem Auerlicht und lassen Sie durch unser Personal das Nach-
sehen und Reinigen der Apparate besorgen, dann werden Sie sich nicht
mehr über schlechte Beleuchtung beklagen. Fordern Sie Prospekte.
Auergesellschaft, C., Molkenmarkt 5.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Entschendes Material, Ode- und
Gemeinschaft fruchtlos, sofort
zu verkaufen. Auskunft erteilt J. Mehl,
Barnimstraße 42. (352)

Bausachen, gute 12 Mark, an der
Gauptstraße von Bienenwerder nach
Bergfelde gelegen, verkauft Bloßfeld,
Hilfsstraße 21. (378)

Gartenhaus große Frontierstr.
straße 9, parterre. (418)

Möbel, bar und Teilzahlung,
billig. Frontierstr. Nr. 110, I. Ecke
Schnitzergasse. (374)

Ruhbaumöbel, ganze Wirtschaft,
auch einzeln, preislich. Kollmer-
straße 38, vom II. rechts. (324)

Ess-, pfeifens-, billig, Sautje,
Bergmannstraße 107, vom IV.

Kanarienvogel, feine Sänger,
verkaufte Resonanz, Schöneberg,
Salmstraße 35. (428)

Arbeitsstellen, zwei prachtvolle
Stand, rot, sofort billig, ein schöner
Stand 20 Mark. Adalbertstraße 78,
vom I. rechts. (392)

Uhren, Goldwaren Teilzahlung,
Befellungen gratis. Louis Bode,
Kugelfraße 92. (288)

Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark.
Bekannt genügt. Landsberger, Guden-
bergerstraße 35. (238)

Vermietungen.

Mietgesuche.
Wohlfürte Schlafstelle für zwei
Herren gesucht, wöchentlich 1 Mark,
Vandenbergstr. 28. Bäcker. (418)

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Büchler verlangt Uferstraße 18.
Tüchtiger Arbeiter, der fröhlich kann
und möglichst schon in einer Glas-
buchstaben-Fabrik gearbeitet hat, findet
dauernde Beschäftigung noch u. Wein-
Ritterstraße 49. (242)

Diegen, tüchtig, gesucht von
Gelang-Berlin für Mittwoch abends.
Offerten mit Preisangabe unter P. 2,
Expedition dieser Zeitung. (242)

Tischlergesellen und Lehrling ver-
langt Kramer, Steglitz, Schloß-
straße 65. (121/15)

Damenwäsche Arbeiterinnen auf
Händen, Beinleider, Regatta, beseren
und Mittelgewicht verlangt (mit Probe-
vorlage) Arnhold, Gertrauden-
straße 25. (242)

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, Neuer Abend-
kursus, Radson, Alte Jakobstraße 24.
Kugelmühl, Köpenickerstraße 60.
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
anstalten. 388

Elektrotechnik 12. Februar.
Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülow-
straße 65, 2. Hof parterre. 288/6

Elektrotechnik 12. Februar.
Unfallkosten, Klagen, Grogaden,
Bunger, Steglitzerstraße 65. 498

Elektrotechnik Radson.
Uhren repariert Wilhelm Hade,
Uhlenmacher, Dudenstraße 45. (414)

Elektrotechnik, Ausstellungen zum
neuen Abendkursus bis 12. Februar.
Radson, Alte Jakobstraße 24.

Möbel, Wäsche, Kunst Möbel-
geschäft Anklamstraße 20. 332

Bereitszimmer empfiehlt Her-
mann, Alte Jakobstraße 119. (388)

Elektrotechnik Radson. (288/6)

Pachte sofort tiefe mechanische
Schlöterwerkstatt im Bezirk, anher-
halb oder Provinz. Viehisch, Kirdorff-
Berlin, Dudenstraße 2, I. (242)

Wohnung auf Weiden verlangt

Vindenbergstr. 57, Hof rechts, III.
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen lösen 10 Pf. pro Zeile

Tüchtig, Grauens auf Walzen

für Epheppapier auf auswärts ge-
sucht. Angebote unter O. 2 an die
Exped. d. Bl. erbeten. (2418)

Achtung, Drechsler!

Wegen Vorkaufspreisen ist der Zu-
zug nach der Möbel-Fabrik von
P. Seelisch, Rigauerstr. 96/97,
streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Möbelpolierer!

Seit dem 4. Dezember sind die
Kollegen bei **Lobenz**, Wladimir-
Rückstraße, im Ausland. Zugig
fernzuhalten. 115/9

Achtung! Drechsler!

Bau d. Kabinenherrenfabriken von
Habil u. Comp., Glatzberg-Str. 29
Goldschmidt u. Comp., Mitterstr. 40
Kassel u. Aischler, Brinckstr. 7, 16
Zugig fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Wäsche-Garderobe.

Größe Auswahl.
Billigste Preise.
Berein. Feinreinigung.
Fr. Panknin,
Dennickestraße Nr. 178
II. Adalbertstraße 91,
Ecke Drahtstraße.

Frauenleiden

heilt mit vorzähl. Erfolge
Frau Grundmann,
prakt. Naturheilkundige - Sprechst.
im Franzosenbad
Köpenickerstr. 72, Bräudenstraße
Dienstags u. Freitags 6-7
u. Charlottenburg, Naturheilanst.
Berlinerstr. 40. (Alte Stadt
täglich 8-10, 2-5, 3028)
Konjunktions mit Untersuchung 1.50.

Achtung!

Tischler der Laden- und Comptoir-Branche.

Nicht bewilligt haben folgende
Beistellen:
Fehling, Langestr. 91
Götsch, Kappelerstr. 38-40.
Fratow, Köpenickerstr. 21.
Hecht, Köpenickerstr. 32
Zietlow, Wilmersdorferstr. 78
Nischel, Landsbergerstr. 32.
Cujas, Köpenickerstr. 31.
Netzel, Köpenickerstr. 14.
Rahn, Brunnenstr. 198.
Brunzlow, Near Köpenickerstr. 15.
Mitsch, Bismarckstr. 22.
Kraiger & Holmann, Benthstr. 4.
Müller, Gortmannstr. 6.
Kattlich, Köpenickerstr. 13.
Gammes, Köpenickerstr. 4.
Neumann, Gr. Hamburgerstraße 4.
Krumholz, Köpenickerstr. 2 u. Simon-
straße 11.
Fingerhut, Kommandantenstr. 18.
Kahn, Brunnenstr. 198.
Bei Rahn und Brunzlow haben die
Wäschearbeiter die Arbeit aus-
niedergelegt.
Zuzug fernhalten.
Bewilligt haben gehen Schräder,
Charlottenburg und Barwell,
Köpenickerstr. 148.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage betreffend die Gemeindefullerien ist auch der Stadtv. Singer gewählt.

Der Wahlprüfungsausschuss hat sich konstituiert; Vorsitzender ist Stadtv. Meyer.

Folgender dringliche Antrag der Stadtv. Friedemann und Genossen ist vorgestern eingereicht worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, sofort die im Krankenhaus Friedrichshain hergerichteten Baracken zur Verlegung mit Kranken zur Verfügung zu stellen.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern ist folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet:

Welche Maßregeln gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um gegenüber dem in den städtischen Krankenhäusern herrschenden Mangel an Betten vor Fertigstellung des vierten Krankenhauses die Beschaffung geeigneter Räume zur Unterbringung erkrankter Personen sicher zu stellen?

Ueber den Gegenstand wird an der Spitze der Tagesordnung verhandelt.

Nach kurzer Begründung des Antrags Friedemann durch den Antragsteller bemerkt

Stadtrat Vail: Die beiden Baracken sind mit größtmöglicher Beschleunigung gebaut worden; die Bauabnahme ist auf künftigen Mittwoch angelegt worden.

Die Krankenh.-Deputation hätte beide schon früher in Benutzung genommen, wenn sich ein dringendes Bedürfnis dazu herausgestellt hätte.

Das ist bisher nicht der Fall gewesen. (Bewegung.) Schwerverrannte sind bisher nicht abgewiesen worden.

Es wurden abgewiesen leichtere Kranke aus den Vororten, und das wird nur gebilligt werden können. (Zustimmung.)

Mitglieder von Berliner Krankenkassen, welche in den Vororten wohnen, aber in Berlin arbeiten, sind nach wie vor aufgenommen worden.

Wenn man 2 neue Pavillons eröffnet, muß auch für das ärztliche und Pflegepersonal Vorkehrung getroffen werden.

In dieser Beziehung hat sich die Krankenh.-Deputation schon vor drei Wochen schlüssig gemacht, so daß, wenn Rot am Mann ist, die Verlegung nach 24 Stunden erfolgen könnte.

In den 16 Jahren, die ich in der Krankenh.-Verwaltung stehe, hat sich der Vorgang, der jetzt in der Erscheinung tritt, alljährlich wiederholt.

Es ist die Zeit von Mitte Dezember ab, die sogenannte Arbeitslosenzeit, wo der Andrang stets größer wird.

Heute mittags 12 Uhr waren im Krankenhaus Friedrichshain 23 Betten für Männer frei, auf der inneren Abteilung 16, auf der chirurgischen 7; für Frauen 15 (10 und 5); für Kinder 25 (8 und 17).

In Moabit waren frei für Männer 61 (31 und 20), für Frauen 10 (7 und 3), für Kinder 7. Im Urban Krankenhaus sind unbesetzt geblieben für Männer 23 (12 und 11), für Frauen 6, für Kinder 12.

Der Urban ist also verhältnismäßig am meisten belegt. In den letzten Tagen haben da auch einige Abweisungen stattgefunden. (Aha.). Ja, ja, ja (Heiterkeit).

Am 18. sind abgewiesen in Moabit 1 Frau und 1 Mann, weil die Aufnahme nicht dringend war, ferner einige Patienten mit Hautleiden, welche sich poliklinisch behandeln ließen konnten.

Es ist auch richtig, daß auf telephonische Anfrage von der Centralstation wiederholt geantwortet werden mußte, daß Plätze nicht frei seien.

Das liegt daran, daß in der kritischen Zeit von 9-10 Uhr vormittags vor der Entlassung solche Anfragen kommen, ehe der Arzt noch seine Visite gemacht hat.

Wir haben jetzt im Friedrichshain 696 belegte Betten von 800 inkl. der Kinderbetten, in Moabit 904 von 980 inkl. der 80 Kinderbetten, im Urban 567 von 645. Erfahrungsgemäß pflegt der Krankenbestand von Mitte Februar ab erheblich nachzulassen; sollte aber Rot am Mann kommen, so wird die Verwaltung nicht zögern, die beiden Pavillons zu belegen.

Stadtv. Freudenberg: Wir werden für den Antrag Friedemann stimmen, behalten uns aber meine Anfrage vor, da wir auch die Eröffnung von 150 neuen Betten für keineswegs dem Bedürfnis entsprechend halten.

Denn ein Bedürfnis besteht trotz der Erklärung des Stadtrats. Merkwürdig, daß diese alarmierenden Zeitungsnotizen durch alle Zeitungen gegangen sind, selbst durch diejenigen, welche sonst der Verwaltung sehr freundlich gegenüberstehen.

Leichterkrankte und solche aus auswärtigen Gemeinden sind zugegebenermaßen öfter abgewiesen worden. Gegen solche Abweisungen ließen sich vielleicht auch juristische Einwände erheben; abgesehen davon wäre es aber doch auch volkswirtschaftlich zu wünschen, daß diese Kranken dort Aufnahme finden, denn zum Vergnügen gehen die Leute doch nicht in die Krankenhäuser (Widerspruch und Ironie), auch handelt es sich in vielen Fällen um ansiedelnde Kranke, deren Verbreitung am ehesten im Krankenhaus verhindert werden kann.

Dah in dieser Jahreszeit diese Erscheinung immer eintritt, giebt der Stadtrat selbst zu; das wird also von der Verwaltung als regulärer Andrang angesehen, und für den hat man nicht einmal durch die genügende Anzahl von Betten Vorkehrung getroffen!

Der Arzt muß sich in diesen Tagen sehr überlegen, ob er einen Kranken ins Krankenhaus schicken soll, weil er weiß, der Kranke wird abgewiesen oder muß eine Rundfahrt machen.

Die Rettungsgesellschaft sagt auch meistens: Es ist kein Bett frei; ich habe diese Nachricht nicht bloß morgens von 9-10, sondern auch einmal nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr bekommen.

Seiner Zeit haben wir in der Zeit von drei Monaten ein Baracken-Krankenhaus aus der Erde gestampft, das so vorzüglich ist, daß es heute noch fast ganz in Benutzung steht; heute will man in die Säle einfach ein paar Betten ein-schieben, und das erklärt man dann für eine muster-gültige Verwaltung! (Beifall.)

Stadtv. Dr. Langerhans: Diese Klagen halte ich doch für ungerecht. Ich bin in der Gesundheitspflege und in der Krankenh.-Deputation; wir bemühen uns dauernd, Abhilfe zu schaffen für alle berechtigten Beschwerden. Sie haben heute gehört, wieviel Stellen frei sind. (Ironie: heute!) Es ist ein Fehler, daß die aufsichtführenden Ärzte bei der Rettungsgesellschaft oder den Krankenhäusern so unzutreffende Auskunft geben.

Seit lange wollen wir die Krankenhäuser von den Siechen befreien. Wir haben nicht genügende Siechenhäuser; dem soll jetzt abgeholfen werden. Mit den erfolgten Abweisungen ist nur gezeichnet, was recht ist; wir können nicht für die ganze Welt Krankenhäuser unterhalten, wir wollen aber für Berlin sorgen und gut sorgen. Schwerverrannte werden nicht weggeschickt. Hätte der Magistrat alle Zeitungsnotizen berücksichtigen sollen, dann wäre das eine dauernde Schreiberlei des Magistrats an die Zeitungsschreiber; die sollten sich doch zuvor genauer informieren, ehe sie so etwas schreiben. Leere Krankenhäuser können wir doch nicht hinstellen. (Rufe: Doch!); das wäre einer sorgsamsten Gemeinde nicht würdig.

Stadtv. Singer: Unse Anfrage hat Herr Stadtrat Vail nicht richtig verstanden. Nicht für den nächsten Winter wollen wir Vorkehrung treffen, sondern wir gehen von der Ansicht aus, daß die gegenwärtigen Krankenhäuser nicht ausreichen, und der Magistrat bis zur Fertigstellung des vierten Krankenhauses, die noch mehrere Jahre auf sich warten lassen wird, inzwischen Vorkehrung treffen muß.

Nur zufällig trifft unsere Anfrage mit dem Antrag Friedemann zusammen. Die Tatsache, daß heute einige Betten frei sind, mit Beifall zu begrüßen, bedeutet Vogel-Strauß-Politik treiben. (Lärm und Zustimmung.)

Es klingt doch eigentümlich, daß gerade heute so viel Entlassungen stattgefunden haben. (Unruhe.) Aus den Entlassungen vor dem heutigen Tage hätten wir Genauereres erfahren können. In weiten Kreisen der Bevölkerung empfindet man es als Unbestand, daß vielfach Kranke entlassen werden, welche mit ihrer Genesung noch nicht soweit sind, daß ihre schwachen Kräfte ihnen die Sorge für ihren

Unterhalt ermöglichen. Auch nach den Mitteilungen des Magistrats bleibt die heutige Krankenhausnot bestehen; wir müssen zur Abhilfe Baracken oder Mieträume beschaffen, damit uns das beschämende Schauspiel erspart wird, jeden Tag in den Zeitungen lesen zu müssen, wie es steht. (Große Unruhe.) Der Vorsitzende spricht von Zeitungs-schreibern; er wird dabei keine herabwürdigende Absicht gehabt haben, aber abgesehen davon, die Presse ist die Vertreterin der öffentlichen Meinung; und hätte sie etwas Unrichtiges geschrieben, so hätte der Magistrat einfach die Pflicht der Richtigstellung. Was in der Sache noch zu sagen ist, behalten wir uns vor für den Moment, wo der Magistrat meine Anfrage beantworten wird.

Stadtrat Vail: Keineswegs hat heute eine stärkere Entlassung von Kranken stattgefunden; ein Versuch, wie es Herr Singer supponiert, wäre durch und durch gewissenlos. Vorgestern sind im Friedrichshain aufgenommen 23, entlassen 21, Urban 19 bezw. 14, Moabit 33 bezw. 41, in der Wilmersstr. 7 bezw. 6. Diesen Verdacht muß ich also mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es scheint, als ob die betreffende Zeitungsnote aus ganz bestimmter Absicht geschrieben worden ist. (Hört! hört!) Was in Zukunft geschehen soll, läßt sich heute schwer sagen, das wird sehr von der Krankenbewegung selbst abhängen. Ich füge dem vorher Gesagten noch hinzu, daß wir auch im städtischen Urban eine Krankenstation haben, welche 100 Betten aufnehmen kann. Näheres läßt sich heute noch nicht sagen.

Im Schlußwort giebt Stadtv. Friedemann seiner Freude Ausdruck, daß die Mißstände nicht in dem behaupteten Maße vorhanden seien. Bezüglich der Urheberschaft der Zeitungsnote hätte sich der Stadtrat etwas deutlicher aussprechen sollen; es könnte leicht ein falscher Verdacht auf Unschuldige fallen. Abhilfe ist immerhin erforderlich, denn die Auskunft, es sei kein Platz, ist mehrfach gegeben worden. Es wäre auch durchaus nicht unter der Würde des Magistrats gewesen, diesen wiederholten Veröffentlichungen gegenüber das Wort zur Richtigstellung zu ergreifen.

Es steht fest, daß ein Kranker über drei Stunden lang vergeblich von einem Krankenhaus zum andern gefahren worden ist, ohne Unterkunft zu finden. Der heutige und der gestrige Tag waren aus keineswegs die schlimmsten; vorher haben wir viel schlimmere Tage gehabt. In der Erwartung, daß die Debatte zur Vernichtung der Bürgerchaft beitragen wird, ziehe ich den Antrag zurück.

Stadtv. Freudenberg nimmt den Antrag wieder auf, der Vorsitzende will das aber nicht zulassen, da die Beratung bereits geschlossen ist. Nach einiger Zeit überlegt sich der Vorsitzende, nachdem ihm Stadtv. Singer die Geschäftsordnungsbestimmungen hierüber mitgeteilt hat, daß seine Weigerung nicht gerechtfertigt war.

In der Abstimmung wird der Antrag Friedemann darauf abgelehnt.

Der Ausschuss für die Vorbereitung des Magistratsvorschlages, das Grundstück Linkestr. 7/8 behaltend Errichtung einer West-filiale der Sparkasse für 550 000 M. anzulassen, hat diesem Vorschlag gegen zwei Stimmen zugestimmt.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte angenommen.

Die Veräußerung des Straßensandes zwischen den Grundstücken Blumenstr. 10/13 und die Festsetzung einer Pfandlinie für dasselbe an der Blumenstraße soll unter den vom Magistrat mitgeteilten Bedingungen (Zahlung von 10 000 Mark jettens des Eigentümers Strewe, der die übrigen Grundbesitzer abzufinden hat) erfolgen; doch wird die weitere Bedingung daran geknüpft, daß mit der Bebauung innerhalb zweier Jahre begonnen sein muß.

Stadtv. Lange will auf die Offerte nicht eingehen; das Terrain, welches abgetreten werden soll, sei mindestens 20 000 Mark wert. Die Annehmlichkeit habe den dort interessierten Grundbesitzern diesen Sachverhalt ihres Besitzes beseitigen helfen wollen, ohne ihnen ein Opfer aufzuerlegen.

Stadtv. Dünge: Es bleibt durchaus sonderbar, daß Herr Strewe sich selbst von 5000 auf 8000 und 10 000 M. heraufgehandelt hat, ehe die Sache an uns gelangt ist. Sonderbarer noch ist, daß jetzt plötzlich diese Sache zur Ablagerungsstätte für Unrat und Reichtum und abends und nachts zum Rendezvous für Dürren und Louis erklärt wird! Den Anwohnern und auch mir, der ich diese Gasse seit 1873 lebe, ist nicht das mindeste davon bekannt; sonst wäre doch auch längst ein Schutzmann dort stationiert worden! Nicht wir haben Herrn Strewe, sondern er hat uns für die Ueberlassung zu danken; er will bauen, zu diesem Zweck allein laßt er doch; man kann uns also nicht darauf verweisen, daß es sich um Straßensand, nicht um Baugrund handelt. Wie kommen wir dazu, in diesem Falle dem Adjazenten so billige Preise zu bewilligen, da doch Herr Strewe seine alte Klammottenbude Nr. 13 ohne das Terrain gar nicht lohnend umbauen kann? Herr Strewe soll auch beabsichtigen, auf dem Terrain und dem Hinterland ein großes Theater zu erbauen.

Stadtrat Hirsfeldern plädiert für Annahme der Vorlage. Für die Stadt sei es von Wichtigkeit, daß dieser alte Straßencorso endlich beseitigt werde.

Stadtv. Förster hält 10 000 M. noch für viel zu viel, während Stadtv. Ballack sich auf die Seite des Herren Lange und Dünge stellt und die Erhöhung der Abstandssumme auf 20 000 M. beantragt.

Stadtv. Hoffmann: Ich wohne eine ganze Reihe von Jahren als unmittelbarer Nachbar dort und habe niemals das geringste von Ungehörigkeiten bemerkt. Das ist schon deshalb fast eine Unmöglichkeit, weil das Maschinenhaus der Alhambra, die auf die Sache hingehört, fast immer geöffnet ist. Auch wird dort nicht Reichtum abgeladen, sondern Kies für das Asphaltpflaster, und das Spielzeug auf diesem Kies ist eine sehr angenehme Abwechslung für die Kinder der zahlreichen Mieter dort. Ehe Sie die Stelle für ein Futterbrot weggeben, lassen Sie sie lieber als Spielplatz! (Beifall.)

Die Vorlage wird mit der Erhöhung auf 20 000 M. angenommen.

Die Vorlagen betr. die speziellen Entwürfe für den Neubau der Realschule am Schleswiger Ufer, der Gemeindepfeilschulen in der Strahmannstraße und in der Walfstraße sind Gegenstand einer Ausschussberatung gewesen. Das Specialprojekt für die Schule in der Walfstraße wird genehmigt. Die Prüfung des Projekts für die Realschule hat der Ausschuss ausgesetzt, bis die Vorlage wegen Verlegung des Friedrichs-Berderschen Gymnasiums nach Moabit an die Versammlung gelangt sein wird.

Die Versammlung beschließt mit großer Mehrheit, entgegen dem Ausschussantrage das spezielle Projekt für die Realschule sofort zu genehmigen.

Den speziellen Bauplan für die Gemeindepfeilschule in der Strahmannstraße will der Ausschuss genehmigen, die Berichterstattung über die auf demselben Grundstück zu errichtende Schule für gewerbliche Zwecke hat er sich vorbehalten, weil der Stadtschulrat Vertram an der Ausschussberatung nicht teilnehmen konnte.

Stadtschulrat Vertram giebt näheren Aufschluß über Ziel und Organisation dieser Schule, welche den Fachschulen zur Seite zu treten bestimmt ist. Die Genehmigung sei um so notwendiger, als das eine Schulprojekt ohne das andre auf demselben Grundstück auszuführen technisch unmöglich sei. Die geplante gewerbliche Schule sei allerdings etwas Neues, in Deutschland noch nicht vorhandenes.

Die Stadtv. Dünge und Khlmann beantragen hiernach die Genehmigung beider Projekte.

Stadtv. Borgmann nimmt den Ausschuss in Schutz; derselbe habe gar nicht anders vorgehen können; über die Organisation der gewerblichen Schule habe er nicht das mindeste gewußt. Die Schwierigkeit für das technische Unterrichtswesen liege darin, daß das Volksschulwesen und das gewerbliche Unterrichtswesen in einer Hand liegt. Der Stadtschulrat Vertram hat unergänzliche Verdienste um das Berliner Volksschulwesen, aber es scheint doch seine Leistungsfähigkeit an ihre Grenze gekommen zu sein. Es wäre viel-

leicht gut, wenn der Herr Stadtschulrat in Anerkennung seiner großen Verdienste jetzt mit vollem Gehalt pensioniert würde. (Große Heiterkeit.)

Stadtschulrat Vertram: Ich werde den Tag segnen, wo ich mich von der Arbeit zurückziehen kann; aber mit diesem Wau scheint mir die Sache nicht zusammenzugehen.

Die Magistratsvorlage wird darauf in beiden Punkten angenommen.

Der Rest der Verhandlungsgegenstände wird abgesetzt. Nach der Verhandlung des Antrages Friedemann hatte die Versammlung die engere Wahl zwischen den Stadtv. Wienstrud und Singer für die Mitgliedschaft in der Schuldeputation vorgenommen. Am Schluß der Sitzung wird das Resultat verkündet: Wienstrud 71, Singer 36 Stimmen, 11 ungültig. Wienstrud ist gewählt.

Kommunales.

Der Stadthandhals-Gesetz von Berlin für 1900, wie er jetzt vom Magistrat aufgestellt ist, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 107 358 743 M. ab. Diese Summen verteilen sich auf die einzelnen Verwaltungszweige wie folgt:

Kämmerei Einn. 977 311 M., Ausg. 301 844 M., Städtische Werke Einn. 7 006 660 M., Ausgabe 2 441 909 M., Steuern Einn. 59 804 308 M., Ausg. 749 800 M., Kapital und Schulden Einn. 12 791 719 M., Ausg. 10 467 028 M., Unterrichts Einn. 2 868 482 M., Ausg. 20 457 479 M., Armenwesen Einn. 1 100 849 M., Ausg. 11 810 070 M., Kranken- sowie Gesundheitspflege und Heimstätten für Gemeindefürsorge Einn. 2 084 896 M., Ausg. 7 103 447 M., Park- und Gartenanlagen Einn. 18 205 M., Ausg. 890 935 M., Postwesen Einn. 5 927 300 M., Ausg. 25 261 735 M., Verwaltungskosten Einn. 751 006 M., Ausg. 10 418 715 M., Polizeiwesen Einn. 876 050 M., Ausg. 5 988 267 M., Straßenbeleuchtung, Reinigung und Bepflanzung Einn. 213 506 M., Ausg. 3 698 464 M., Verschiedene Einnahmen und Ausgaben 12 830 232 M. und 1 826 384 M. Der Etat für 1899 schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 100 323 807 M., der neue Etat für 1900 ist daher um 6 832 936 M. höher.

Lokales.

Zur Lokalliste. Die Arminius-Hallen (Zuh. F. Nothe), Bremerstr. 70/71, stehen der Arbeiterschaft zu Versammlungen unter den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

In der gestrigen Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung kam die Krankenhaus-Not zur Erörterung. Ein Antrag Friedemann verlangte Vereinstellung der im Krankenhaus Friedrichshain neu errichteten Baracken zur Verlegung mit Kranken, und eine Anfrage unserer Genossen wollte den Magistrat zu einer Auskunft darüber veranlassen, was angesichts der dauernden Ueberfüllung der Krankenhäuser geschehen solle, um bis zur einjährigen Fertigstellung des vierten städtischen Krankenhauses eine Unterbringung oder Aufnahme Vergehenden zu ermöglichen.

Der Magistratsvertreter Stadtrat Vail leugnete, daß ein dringendes Bedürfnis zu außergewöhnlichen Maßnahmen vorliege. Bisher seien nur leicht Erkrankte abgewiesen worden und im übrigen sei ja die in den letzten Wochen eingetretene Ueberfüllung nichts Neues, sondern lehre in jedem Winter wieder. Er erlaubte sich dabei, gegen die Berliner Arbeiterschaft eine schwere Verdächtigung auszusprechen, ohne einen Beweis dafür anzuführen zu können. Im Winter, sagte er, ziehen es eben infolge der im diese Zeit herrschenden Arbeitslosigkeit viele Leute vor, das Krankenhaus aufzusuchen. Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wurde von unsrem Genossen Dr. Freudenberg bekräftigt. Er wies — mehrfach von großem Lärm derselben Stadtvorordneten unterbrochen, die vorher den Ausführungen des Herrn Stadtrats lebhaften Beifall gesendet hatten — darauf hin, wie sehr die Krankenpflege durch die ständige Ueberfüllung der Krankenhäuser erschwert wird, und welche Gefahren sich daraus gelegentlich für die gesamte Bevölkerung ergeben können. Einen unerwarteten Verteidiger fand die Krankenhaus-Verwaltung an Herrn Langerhans, der die bösen „Zeitungs-schreiber“ für das ganze, seiner Ansicht nach unverdächtige Geschrei über die Krankenhaus-Not verantwortlich machen wollte. Nachdem Genosse Singer die Forderungen, schon jetzt besondere Maßnahmen zu treffen, mit dem Hinweis darauf begründet hatte, daß die naturgemäß fortgesetzte steigende Zahl der Aufnahme Vergehenden bis zur Vollendung des vierten Krankenhauses eine ganz außerordentliche Höhe erreicht haben wird, brachte Stadtrat Vail die sinnlose Verdächtigung vor, die Notizen und Artikel über die Krankenhaus-Not würden in böser Absicht geschrieben. Herr Friedemann fand diese Auskünfte so ausreichend, daß er seinen Antrag zurückzog. Der Antrag wurde von Freudenberg sofort wieder angenommen, wurde aber dann mit sehr großer Mehrheit — fast nur gegen die Stimmen der Sozialdemokraten — abgelehnt. Es bleibt also bis auf weiteres alles beim alten — ein Ergebnis, das dem sehr begrifflich erschienen muß, der sich erinnert, daß die Krankenhäuser ja vorwiegend von der unbemittelten Bevölkerung in Anspruch genommen werden, daß also in erster Linie diese unter der Krankenhausnot zu leiden hat.

Die Stadtvorordneten-Ergänzungswahl

Im 35. Bezirk so ausgefallen, wie wir es hoffen durften, im 44. Bezirk so, wie wir es befürchten mußten.

Im 35. Bezirk vereinigten sich auf unsern Genossen Buzum nahezu 80 Proz. aller abgegebenen Stimmen. An dem Rest ist der Bürgerpartei mit ungefähr 17 Proz., der Freisinnigen mit etwas über 3 Proz. beteiligt. Das Wahlergebnis zeigt, daß in diesem Bezirk auch bei allen künftigen Wahlen die Bürgerpartei nichts und die Freisinnigen weniger als nichts zu erwarten haben.

Im 44. Bezirk, der uns bei der Hauptwahl im November gleich im ersten Wahlgang — allerdings nur mit einer schwachen Mehrheit — zugesprochen war, ist es den gegnerischen Parteien gelungen, unsern Genossen Glode diesmal in die Stichwahl zu drängen. Dieses Resultat ist dem Wirken der erst vor der Wahl aufgetauchten „Mieterpartei“ zuzuschreiben. Die „Mieterpartei“ hat es auf 321 Stimmen gebracht. Das war genug, um zu verhindern, daß Glode gleich im ersten Wahlgang durchkam, aber für all den Lärm, den der „Mieterkandidat“ gemacht hat, ist es eigentlich doch ein bißchen wenig. Freuen wird er sich schwerlich über die Stimmenzahl, die er erreicht hat; denn er hatte auf größeres gerechnet. Freuen wird er sich aber darüber, daß nun bei der Stichwahl seine Anhänger, so klein ihr Häuflein ist, doch ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

Welchen Rat wird der „Mieterkandidat“ Herr Damasko seinen Wählern geben? Wird er ihnen empfehlen, in der Stichwahl für den Bürgerparteieller Wolf einzutreten?

Als Rationalist wird er dazu bereit sein; wird er aber auch als Bodenreformer dazu bereit sein können? Herr Damasko hat sich in dem Wahlkampf alle erdenkliche Mühe gegeben, Herrn Wolf seine Wähler abhängig zu machen. Wolf sei überhaupt nicht zum Stadtvorordneten geeignet, er könne nicht reden, er habe als Heiner Gewerbetreibender auch gar keine Zeit, sich mit den in der Stadtvorordneten-Versammlung zur Verhandlung kommenden Fragen so zu beschäftigen, wie es erforderlich sei. Selten ist ein Wahlkandidat von seinem Gegner so geringschätzig behandelt worden, wie Herr Wolf von Damasko. Aber selbst wenn Damasko und seine „Mieterpartei“ von allen dem bei der Stich-

wahl mit einem Male absehen könnten, werden sie auch darüber hinwegkommen können, daß Herr Wolf in der Frage der Wampfung des Bodensuchers auf einem Standpunkt steht, der demjenigen Demaschales und seiner „Mietpartei“ völlig entgegensteht? Herr Wolf hat öffentlich erklärt, daß er in die von Damaskale vorgeschlagene hohe Besteuerung der Baustellen nicht einwilligen könne; er habe selber eine Baustelle und wisse, daß mancher Baustellenbesitzer diese hohen Steuern nicht würde aufbringen können. Nun kann man ja darüber im Zweifel sein, ob die Steuer die von Damaskale erwarteten Wirkungen — nämlich schnellere Bebauung, folglich stärkeres Wohnungsgangebot und Bekämpfung weiterer Mietsteigerungen — hier in Berlin bei unsren besonders gestauten Verhältnissen noch in erheblichem Umfange haben kann. Deshalb braucht man aber noch lange nicht gegen diese Steuer zu sein. Doch Herr Wolf ist dagegen, und zwar gerade deshalb, weil er sie mit Damaskale für sehr wirksam hält, für in hohem Grade wirksam vor allem gegen sich selber, da er bei hoher Besteuerung seine Baustelle bald loszuschlagen mißte. Wird der Bodenreformer einen solchen Mann seinen Wählern empfehlen können? Werden seine Wähler für einen solchen Mann einzutreten vermögen? —

Wie wollen es abwarten, als was sich die „Mietpartei“ und ihr bedauerlicher Führer entwickeln werden. Nicht abwarten sollen es aber die Wähler, soweit sie auf Seiten der Arbeiterpartei stehen! Bei Wahlen ist es stets ratsam, von vornherein mit dem Schlimmsten zu rechnen und sich darauf einzurichten. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß die bürgerlichen Elemente, von den offen reaktionären bis zu den scheinbar fortschrittlichen, sich gegen die Sozialdemokratie vereinigen. Thue darum jeder vom ersten Tage an bis zum Tage der Stichwahl seine Pflicht! Dann wird es uns möglich sein, allen Nachschüssen zum Trotz unsere Genossen glückselig durchzubringen.

Wie vorteilhaft die Einführung der Künspfenntigkeiten auf den Omnibuslinien nicht allein für die Fahrgäste, sondern auch für die Geschäftsführung war, beweist der Bericht der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft für 1899. Im abgelaufenen Geschäftsjahre sind 80 420 155 Personen, d. h. 10 807 857 mehr als im Vorjahr befördert worden, was der Durchführung des 5 Pfennig-Tarifs für Reisenden zu verdanken ist; dem es haben nicht weniger als 21 Millionen Fahrgäste gegen 5 1/2 Millionen im Jahre 1898 diese 5 Pfennig-Touren benutzt. Daraus resultieren sehr bedeutende Mehreinnahmen, obgleich das pro Person durchschnittlich bezahlte Fahrgeld von 9,1 Pf. auf 7,3 Pf. zurückgegangen ist.

In den Stadtverordneten-Wahlkreisen. Im 3. Wahlbezirk der 2. Abteilung, wo für den Rentier Kunge, dessen Wahl ungültig erklärt worden war, der Bezirksvorsteher - Stellvertreter Hinmann gestern gewählt worden ist, soll von konservativer Seite Einspruch angemeldet worden sein.

Der Oberbürgermeister Kirchner ist an der Influenza erkrankt.

Die akademische Lesehalle. Eine allgemeine Versammlung der Mitglieder der akademischen Lesehalle tagte vorgestern abend, um Stellung zu nehmen zu dem Beschlusse des Direktors, die Lesehalle an den Sonntag nachmittags für jedermann aus dem Volke zu öffnen. Nach einer langen Debatte, in welcher die Gegner des Antrags erklärten, daß es eine Entweihung des akademischen Bodens sei, wenn Angehörige der unteren Stände die Lesehalle betreten würden, wurde gegen 12 Uhr mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, welche den Plan billigte. Freilich steht noch dahin, ob die akademische Versammlung die Sache genehmigen wird und ob die Berliner Bevölkerung bei aller Achtung vor den eben Beweggründen der vorgeschrittenen Mehrheit der Akademiker anfangs große Lust hat, ein Institut zu benutzen, in welchem einzelne Elemente sich ungeschickt in Anstößigen wie den mitgeteilten ergeben.

Nach einem Bericht der „Volks-Zig“ hat Herr stud. phil. Erich Schmidt die letzte Rede für den Antrag auf Öffnung der Lesehalle gehalten. Statt sich als höhere Wesen gegenüber den Arbeitern zu fühlen, sollten sich die Studenten lieber bemühen, Fühlung mit dem Volke zu gewinnen. Leider gebe es noch allzu viel Akademiker, die sich beschimpft fühlen, wenn ein Arbeiter sich mit ihnen an den Tisch setze.

Herr stud. med. Abraham meinte, die geltend gemachte Furcht vor ansteckenden Krankheiten sei um so törichter, als auch manche Studenten von solchen ansteckenden Krankheiten, allerdings etwas sonderbarer Art, befallen seien.

Ein Vertreter der ärztlichen Verbindung Wingolf erklärte, Bacillen fürchte er nicht von der Freigabe der Lesehalle, wohl aber Läuse!

Einen besonders großen Krankenstand haben in diesem Monat die Berliner Droschkentreiber zu verzeichnen. Während sich sonst die Zahl der wegen Krankheit zu unterbrechenden Kutschen auf 40 bis 50 beläuft, hat sie sich gegenwärtig auf 94 erhöht. Seit dem 15. Januar sind 63 neue Fälle hinzugekommen. Es handelt sich vorwiegend um Influenza, Keichn und Luftröhrenentzündung, alles Leiden, die mit dem wechselnden, unangenehmen Wetter zusammenhängen.

In dem Warenhausbrand in Norden, wofür wir gestern kurz berichteten, werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt. Das Geschäft wurde abends um 9 Uhr von dem Bruder des Inhabers W. Lewinsky geschlossen, wobei nichts Verdächtigendes bemerkt wurde. Um 9 1/2 Uhr bemerkten Hausbewohner verdächtigen Rauch aus den Räumen dringen, sie schlugen Alarm und benachrichtigten die Feuerwehr. Noch bevor diese erschien, brach unter den Hausbewohnern eine unbeschreibliche Panik aus. Sie stürzten auf die Straße, an die Fenster und nach den Treppen und riefen laut um Hilfe, weil die Flammen von den Schanzen aus dem Hause empor bis zum Dach schlugen. Jetzt erschien gerade im kritischsten Augenblick die Feuerwehr aus der Oberbergerstraße mit dem 3. Dampfprisenzug. Brandmeister Blücher übernahm sofort die Situation und ließ durch eine Ordonanz „Mittelfeuer“ an alle Wachen melden. In allen Stochwerken wurden Feuermänner postiert, die zur Bekämpfung der Feuer beitrugen. Von der Dampfprisen wurden sofort vier Schlauchleitungen vorgenommen und damit enorme Wassermengen in die Gasse geschleudert. Die am kritischsten Vorgehen ist es zu verdanken, daß keine Katastrophe wie in Rixdorf ausbrach. Niemand wurde verletzt. Das Warenhaus, das alle Räume des Erdgeschosses einnahm, war natürlich nicht zu retten, es brannte innerhalb einer halben Stunde vollständig aus. Nur die nachten rangschichtwärten Mauern sind übrig geblieben. Hauptsächlich wird auch das neueste Brandungsglied zu schärfer Beachtung der neuen Sicherheitsmaßnahmen in gewissen Warenhäusern beitragen.

Die beiden schwer Verunglückten aus der Rixdorfer Brandkatastrophe, der Bierfahrer Otto und seine Nichte Nette, sind bereits aus dem Reiter Krankenhaus entlassen. Otto gedenkt seine Tätigkeit demnächst aufzunehmen.

Selbstmord eines Defraudanten. Vor den Augen seiner Frau und in Gegenwart der ihn verfolgenden Kriminalbeamten hat sich Mittwochabend der 27 Jahre alte Kaufmann Paul Vorwerk, der ohne Wohnung war und zuletzt eine Stelle bei dem Kaufmann Z. in der Landsbergerstraße inne hatte, erschossen. Dort hatte er Unterhaltungen in Höhe von 400 M. begehren, die er durch falsche Rechnungen zu verzeichnen suchte. Seine Strafbaten wurden aber bemerkt und Vorwerk verhaftet aus dem Geschäft, bevor eine Anzeige gegen ihn erstattet werden konnte. Die Kriminalpolizei, die nach dem bald hier, bald dort auftauchenden Manne suchte, hatte ermittelt, daß das Dienstmädchen Pauline W. bei dem Kaufmann Kanger in der Bornimerstr. 74 seine Braut war und daß er sie oft besuchte. Gestern abend sahen zwei Beamte des 80. Polizeivorgabers, daß B. in der Wirtschaft von Jamisch, die in dem-

selben Hause sich befindet, saß. Als dieselben eintraten, um ihn festzunehmen, entlock er durch die Klische zu seiner sich im ersten Stock aufhaltenden Braut, die Polizei setzte ihn nach. Bevor sie ihn aber ergreifen konnte, hatte er die Wohnung erreicht, setzte sich mit den Worten: „Recht haben sie mich!“ einen Revolver an die rechte Schläfe und tötete sich durch einen Schuß. Die Leiche wurde später nach dem Schanzenweg gebracht.

„Schwere Jungen“ haben am Mittwochabend bald nach 6 Uhr in der Wohnung des Instrumentenmachers Grande, Wollenerstr. 33, arg gehaust. G. lag seiner Beschäftigung ob und seine Ehefrau hatte ihrer Gewohnheit gemäß einen Spaziergang angetreten und die Wohnung unbeaufsichtigt gelassen. Von dieser Beschäftigung hatten sich die Einbrecher Kenntnis verschafft und darauf ihren Plan gebaut. Mit Nachschlüsseln öffneten sie die Türen des Eingangs und zwei Zimmer, erbrachen mit ihren Werkzeugen sämtliche verschlossene Behälter und suchten dem Anwesenden noch bares Geld. Damit hatten sie indes keinen Erfolg, weil die Kassette bei dem Vater des G. in demselben Hause untergebracht war. Trotzdem war der Zug lohnend genug; denn die Diebe erbeuteten Schmuckgegenstände im Wert von über 1200 M. aus drei erbrochenen Behältern. Dazu gehörten vier goldene Uhren, zwei Armbränder mit Brillanten, zwei Brillant-Ohringe, mehrere Ringe mit Brillanten und zwei Broschen, die mit Diamanten und Perlen besetzt waren. Frau G. bemerkte den Einbruch bei der Heimkehr um 7 Uhr. Geleichen wurde niemand.

In dem gestern gemeldeten Unfall auf dem Görliger Bahnhof wird uns noch mitgeteilt, daß der Arbeiter Wilhelm G. G. leider noch am Abend um 6 Uhr im Krankenhaus am Urban verstorben ist. G. G., der übrigens erst 27, nicht 33 Jahre alt ist, hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Die Leiche ist bis auf weiteres von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Ein Feuer im Circus Schumann alarmierte gestern früh 9 Uhr ein großes Löschaufgebot. In dem einstöckigen Vorbau, der sich an der scharfen Biegung der Straße am Circus befindet, sind die Schloßräume der Dienstmädchen eingerichtet. Hier war nun wahrscheinlich durch den Schornstein die Zimmerdecke und Balkenlage in Brand geraten, der allerdings noch keine große Ausdehnung erlangt hatte und von der Wehr schnell beseitigt werden konnte. Zimmerhinz erwies sich die Durchschlagung des Daches als notwendig, um an den Brandherd gelangen zu können. Der verursachte Schaden ist nicht beträchtlich, da auch die Werten größtenteils rechtzeitig in Sicherheit gebracht waren. Da „Mittelfeuer“ gemeldet war, so erschienen mehrere Dampfprisen, die aber nicht in Tätigkeit traten.

Von den Gesangsleistungen der Berliner Gemeindeführer soll eine große Gesangsaufführung Zeugnis ablegen, die auf Veranlassung des Kreisinspektors Dr. Fischer von sämtlichen ersten Gemeindeführern des 7. Stadtkreises (2237 Kinder) unter Leitung des Chormeisters der Berliner Liedertafel, Ad. Zander, am 3. März, mittags 12 Uhr, im Circus Busch veranstaltet wird. Dort sollen 16 von Zander vierstimmig arrangierte Lieder zum Vortrag kommen. Der Vortrag der Aufführung soll den beiden Kinderhorten zu gute kommen, die von der Abteilung Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt des Vereins Kinderhort unterhalten werden.

Aus den Nachbarorten.

Partei-Veranstaltungen in den Vororten. Der Sozialdemokratische Verein Johannisthal und Rieder-Schöneweide hält seine Mitgliederversammlung am 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Strecker ab. — Ober-Schöneweide. Da es dem Antvorschiefer beliebt hat, die Sitzung des Arbeiter-Bildungsvereins am vorigen Sonntagabend in letzter Stunde zu verschieben, so findet am Sonntagabend, den 17. d. Mts. bei Töpfer eine Versammlung statt, in der Kreisabtags-Abgeordneter Gen. Rosenow einen Vortrag hält über: „Die Ziele des Sozialismus und die Arbeiterklasse“. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen; auch mögen sich die noch Interessierten dem Verein anschließen, um Protest zu erheben gegen die Maßregeln des Antvorschiefer. — Der Arbeiter-Bildungsverein in Friedrichshagen hält am Sonntagabend 8 1/2 Uhr im Restaurant Sängerkasse eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeindevahlen. Bericht der Gewerkschaft Vorth und Sonnenburg. Aufstellung eines Kandidaten. Wahl eines Wahlkomitees. Die Gemeindevähler der dritten Abteilung sind hierzu eingeladen. Der Vorstand.

Charlottenburg. Auch im Charlottenburger Krankenhaus sollen nach dem Vorbild der Caritas und der Berliner städtischen Krankenhäuser die Verpflegungsgänge eine wesentliche Erhöhung erfahren. Am 22. März vorigen Jahres hatte die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, eine Erhöhung der Verpflegungsgänge für Behandlung und Verpflegung im städtischen Krankenhaus vorzubereiten. Die über diesen Antrag gefolgten Verhandlungen haben dazu geführt, daß abgesehen von den Sägen für die erste und zweite Klasse, der Satz für Selbstzahler aus auswärtigen Gemeinden, die keine eignen Krankenhäuser haben, für die von solchen Gemeinden überwiesenen Patienten sowie für Angehörige von Dienstboten-Abkommensvereinen aus auswärtigen Gemeinden in der dritten Klasse für Erwachsene von 2,50 auf 3 M., für Kinder von 1,50 auf 2 M. erhöht wurde. Sinegenen zahlten einheimische Patienten und auch Auswärtige, soweit sie Mitglieder von Krankenkassen waren, nach wie vor 2 M. Eine weitergehende Erhöhung hat der Magistrat für unzulässig erachtet und deshalb durch Beschluß vom 30. November abgelehnt.

Maggebend für den Magistrat war in erster Linie der Umstand, daß die Vermögenslage der Kassen keine besonders gute ist und daß bei den meisten derselben der Reservefonds noch lange nicht die vorgeschriebene Höhe erreicht hat. Mit Recht führte der Magistrat damals an, daß die Kassen, falls sie gezwungen würden, für die vom Krankenhaus überwiesenen Mitglieder höhere Sätze zu zahlen, fast allgemein zu einer Erhöhung der Beiträge zureichten müßten, was eine Erhöhung ihrer Existenzfähigkeit bedeuten würde. Für das Gesamtergebnis der Einnahmen des Krankenhauses würde jedoch eine Erhöhung der Verpflegungsgänge nur von untergeordneter Bedeutung sein.

Inzwischen hat nun bekanntlich Berlin die Verpflegungsgänge erhöht. Das veranlaßte den Charlottenburger Magistrat, an die Stadtverordneten-Versammlung mit einer Vorlage heranzutreten, die auch für die Mitglieder auswärtiger Krankenkassen den Satz von 2 auf 3 M. erhöhen will. Dabei sind unter Mitgliedern auswärtiger Kassen auch solche Charlottenburger Einwohner zu verstehen, die etwa einer Berliner Orts-Krankenkasse oder einer freien Hilfskasse angehören, die ihren Sitz wo anders, in Charlottenburg jedoch eine Filiale hat. Von einer Erhöhung der Sätze für Mitglieder Charlottenburger Kassen sah der Magistrat auch jetzt wieder aus denselben Gründen wie früher ab.

Die Vorlage wurde einem Ausschuss zur Vorbereitung überwiesen, und dieser machte sich die schweren Bedenken des Magistrats nicht zu eigen. Er hob zwar den Unterschied zwischen Mitgliedern auswärtiger und Charlottenburger Krankenkassen auf, erhöhte aber dafür ganz allgemein die Verpflegungsgänge für die dritte Klasse auf 2,50 M. für Erwachsene, gleichviel ob es sich um Selbstzahler oder um Kassamitglieder handelt. Charlottenburg würde also, falls das Plenum den Beschluß der Kommission gut heißt, dem bösen Beispiel Berlins folgen. Einen peluvarien Vorteil würde die Stadt kaum haben, da die höheren Einnahmen des Krankenhauses vorwiegend durch höhere Ausgaben der Armenvermögens wieder aufgewogen würden. Wohl aber würden durch einen solchen Beschluß die Krankenkassen schwer geschädigt, die Volksgesundheit gefährdet und die Allgemeinheit erheblich benachteiligt.

Aus Weisensee wird uns berichtet: Die von der Arbeiterpartei beantragte Verlegung des Bahnhofs auf einen Sonntag event. auf günstiger gelegene Tagesstunden wurde in der letzten Sitzung der Gemeindeversammlung von Gersdorfer begründet. Ebenso wurde von diesem auf die bei der vorigen Wahl zu Tage getretenen Unzulänglichkeiten hingewiesen und eine humanere Anwendung der

für den Bahnlaf geltenden gesetzlichen Bestimmungen gefordert. Die beliebte Anwendung dieser Bestimmungen stelle sich dar als Entlastung der Wählerpartei. Der Gemeindevorsteher erwiderte, daß er die Wahl nicht für wichtig genug halte, um sie an einem Sonntag stattfinden zu lassen, dem weiteren Eventualantrage werde er insoweit Rechnung tragen, als er die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, also eine Stunde länger als vorher, zur Wahlhandlung ansetzen werde. Es werde also denen, die ihr Wahlrecht ausüben oder die gern feiern wollen (3. Zeit genug gegeben, dies zu thun. Diese, von allen anderen, nur nicht von Entgegenkommen für die Forderungen der Arbeiterpartei zeugenden Ausführungen werden die proletarischen Wähler nicht verzeihen. Glücklicherweise ist der Opfermut der Arbeiter größer als jene Herren sich träumen lassen.

Rixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte gestern den Steuerplan für das Geschäftsjahr 1900 festzustellen. Durch direkte Steuern sind 1 159 743 M. aufzubringen. Der Magistrat schlägt vor, an Einkommensteuer 133 1/3 Proz., an Gewerbesteuer 150 Proz. und an Gemeinde-Grundsteuer 213 Proz. der staatlich veranlagten Beträge zu erheben. Danach würden ergeben die Einkommensteuer 521 793 M., die Gewerbesteuer 193 200 M. und die Grundsteuer 508 810 M. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Magistrats zu. Der Ertrag einer neuen Hundsteuer-Erhebung wurde ebenfalls genehmigt. Danach beträgt die Steuer für jeden Hund vom 1. April dieses Jahres ab jährlich 15 Mark. Bisher wurden 12 Mark erhoben. Durch einen weiteren Beschluß wurde die Gebührenordnung für die Benutzung der Kanalisation erneuert. Die Bestimmungen bleiben im wesentlichen die alten. Nur soll die Erhebung der Gebühr nach Frontenlängen bei den Grundstücken in Fortfall kommen, welche zur Gebührenerhebung nicht oder nur teilweise veranlagt sind. Die Versammlung billigte das Projekt für den Schulbau in der Besterstraße. Die Schule wird 30 Klassenzimmer erhalten.

Friedenau. Lebhaftes Befremden hat in weiteren Kreisen der Bevölkerung die Kennerung des Ministers v. Rheinbaben hervorgerufen, daß er den Antrag Friedenau auf Vereinigung mit Schöneberg abgelehnt habe. Wähler lebte man der Erwartung, daß die entscheidenden Faktoren einer Einverleibung sehr sympathisch gegenüberständen. Man hat sich hier schon seit Monaten mit den stofffindenden Veränderungen verhalten gemocht, die Frage der Stadtverordnetenwahl erörtert, die bessere Reinigung und Herstellung der Straßen erörtert, — und nun diese Antwort. Die Reizung für die von dem Minister erwähnte „Schönzeit des Reiches“ ist ohne Zweifel auf Betreiben des Landrats v. Stubenrauch erfolgt, der schon vor Anfang an einer Einverleibung Friedenau in Schöneberg entgegen war.

Schöneberg. Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg hat, um das Bedürfnis für eine etwaige Erweiterung der Provinzial-Laubstummel-Anstalten prüfen zu können, an alle Kommunen den Wunsch gerichtet, alle bildungsfähigen Laubstummel-Kinder, welche Ende 1899 das fünfte, aber noch nicht das neunte Lebensjahr vollendet haben, zu ermitteln. Die Aufnahme in eine Laubstummel-Bildungsanstalt erfolgt erst nach Vollendung des sechsten Lebensjahres und zwar in Bedürfnisfällen unentgeltlich. — Der Bezirk der Zeitung „Bund der Berliner Buchdruckerzeitung“ ist von dem Regierungs-Präsidenten auf Schöneberg ausgedehnt worden.

Weisensee. Für den Amtsbezirk Weisensee ist als stellvertretender Amtsvorsteher der Rentier Leonhard von Poser-Käblich hier von Oberpräsidenten ernannt worden. Sein Vorgänger, der Fabrikbesitzer Henning, hatte, da er außerdem noch Vorsitzender der Rahnungsmittel-Vereinsgenossenschaft und Mitglied des Reichsversicherungsamts ist, den Posten niedergelegt.

Vermischtes.

Aus allen Teilen Englands laufen Meldungen ein über das Wüten eines heftigen Schneesturmes. In vielen Stellen sind die Wege nicht zu passieren. Ein heftiger Nordsturm auf der Nordsee hat längs der Küste beträchtlichen Schaden angerichtet. Mehrere Schiffe sind gescheitert.

In Tours verursachte ein heftiger Sturm großen Schaden. Mehrere Häuser sind eingestürzt.

Eine furchtbare Katastrophe hat sich in Termini Imerese auf Sicilien ereignet. Während zwanzig Arbeiter in der Schwefelmine Sonnacco bei der Arbeit waren, erfolgte plötzlich eine heftige Explosion, die wahrscheinlich durch Schwefeldämpfe verursacht wurde. Die ganze Fabrik stürzte zusammen. Aus den Trümmern stiegen dicke Wolken von schwefeligen Dämpfen empor, die bald in der ganzen Stadt die Luft verpesteten. Der Explosion folgte eine Feuersbrunst. Einen Arbeiter fand man tot unter den Trümmern. Mehrere Arbeiter haben entsetzliche Brandwunden erlitten; die Verwundeten wurden kaum von ihren Angehörigen wiedererkannt. Die Haut und das Fleisch hängen ihnen in Fetzen vom Leibe, und die Augenferne sind zum Teil ausgelassen. Außer den Schwerverwundeten, von denen mehrere ihren Leiden bereits erlegen sind, fand man noch einige Leichtverwundete.

Marktpreise von Berlin am 14. Februar 1900

nach Ermittlungen des lat. Volkswirtschaftsministeriums.		1 kg		per Schock	
* Weizen	13,20	14,-	Schweinefleisch	1,60	1,10
* Roggen	12,20	13,80	Rohfleisch	1,80	1,-
Winter-Weizen	13,50	13,-	Dammfleisch	1,50	1,-
Hafer gut	15,-	14,20	Butter	2,60	2,-
mittel	14,10	13,50	Eier	60 Stk	6,- 3,-
gering	13,20	12,50	Karpfen	1 kg	2,20 1,20
Milchschmalz	4,22	3,82	Kale		2,80 1,40
Hefe	7,10	4,50	Hunder		2,50 1,-
Hörzen	40,-	25,-	Defale		1,80 1,-
Hühnerfleisch	45,-	25,-	Salzete		1,60 0,80
Hühnerfleisch	40,-	20,-	Salzete		2,80 1,20
Kartoffeln, neue	7,-	5,-	Biele		1,40 0,80
Milchschmalz, feine 1 kg	1,60	1,20	Arbeits	per Schock	12,- 3,-
do. feine 1/2	1,20	0,80			

* Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsministerien — Koriensgröße — und umgerechnet vom Volkswirtschaftsministerium für den Doppelpentner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 15. Februar. Die Preise für Brotgetreide haben gestern nach Schluss der städtischen Geschäftsstunden noch eine weitere Erhöhung erfahren, die sich am heutigen Frühmarkt gut bezeugen konnte. Mittags trat dann wieder ein leichter Rückgang ein, der mit der Abkühlung der Preise in Paris und dem Mangel an Anknüpfung aus Nordamerika zusammen hing und durch neuerliches hartes Angebot aus dem Ausland begünstigt wurde. Weizen und Roggen gaben 0,50 M. nach bei nicht bedeutenden Umsätzen. Hafer lag still, behauptet, ebenso Raps.

Am Spiritusmarkt wurden 18 000 Liter 70er loco zum gestrigen Preise von 47,10 M. gehandelt.

Eier-Vericht vom 15. Februar. Normale Eier je nach Qualität von 3,85—4,10 M. per Schock. Ausfertigte kleine Eier je nach Qualität von 3,50 bis 3,55 M. per Schock. Kalketeer je nach Qualität von 0,90 bis 0,95 M. per Schock. Tendenz: flau.

Witterungsübersicht vom 15. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Zeitz	765	NO	4	Schnee	Wuppertal	760	SW	1	Wolkig	-25	-13
Darmstadt	765	NO	1	bedeckt	Wetzlar	762	NO	1	Wolkig	-22	-9
Berlin	765	NO	3	bedeckt	Wart	741	NO	3	Wolkig	-22	-9
Wiesbaden	765	NO	3	bed.	Waldheim	757	NO	3	bedeckt	-	-
München	765	NO	7	Schnee	Wien	-	-	-	-	-	-
Wien	758	NO	3	bedeckt	2						

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. Februar 1900. Zunächst ziemlich heiter, ein wenig kälter bei mäßigen südöstlichen Winden nachher zunehmende Bewölkung, Gewitter und Niederschläge. Berliner Wetterbureau.